

böll 2024

Jahresbericht



Wer wir sind
Wofür wir einstehen
Wie wir arbeiten



Vorwort	1
Klima und Wirtschaft	2
Landwirtschaft und Rohstoffe	8
Europapolitik und Außen- und Sicherheitspolitik	14
Demokratie und Menschenrechte verteidigen	20
Für eine vielfältige Erinnerungskultur	28
Kunst und Kultur	32
Preisverleihungen	35
Das Gunda-Werner-Institut	36
Die Heinrich-Böll-Landesstiftungen	38
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich	42
Studienwerk – Rückenwind für Talente	43
GreenCampus – Vom Wissen zum Handeln	48
Archiv Grünes Gedächtnis	49
Stiftungsmanagement	50
TuWas-Stiftung	56
Fördern und Spenden	57
Gremien	59
Vertrauensdozent*innen	61
Adressen	63

Impressum

Herausgegeben von der
Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Redaktion: Susanne Dittrich

Texte: Mitarbeiter*innen
der Heinrich-Böll-Stiftung

Cover und Gestaltung:
Heimann + Schwantes, Berlin

Papier umweltfreundlich,
chlorfrei gebleicht

Druckerei: Kern GmbH, Bexbach
Stand: August 2025

Die einzelnen Beiträge stehen unter der
Creative-Commons-Lizenz CC BY-NC-ND 4.0

Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei
der Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8, 10117 Berlin

T 030-285 34-0, F 030-285 34-109
info@boell.de, www.boell.d

 @boellstiftunge

Die Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung
dürfen nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden.

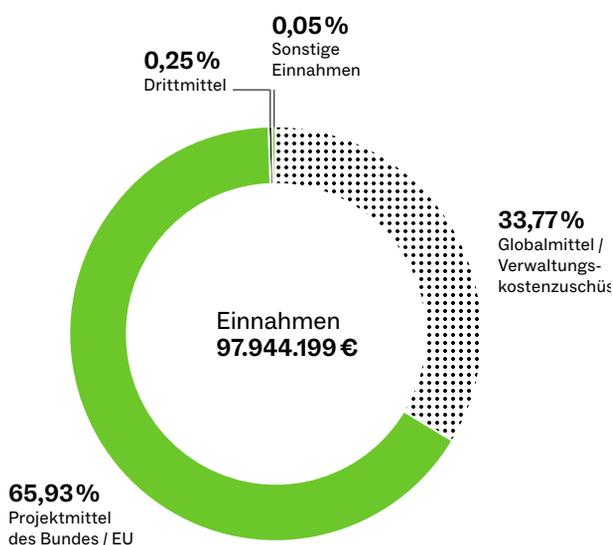
Was wir wollen Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorantreiben, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen.

Wir stehen der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und arbeiten als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerinnen und Partnern in rund 60 Ländern. Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 38 Auslandsbüros an 35 Standorten sind wir weltweit gut vernetzt. Wir kooperieren mit unseren Landesstiftungen in den deutschen Bundesländern und fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland.

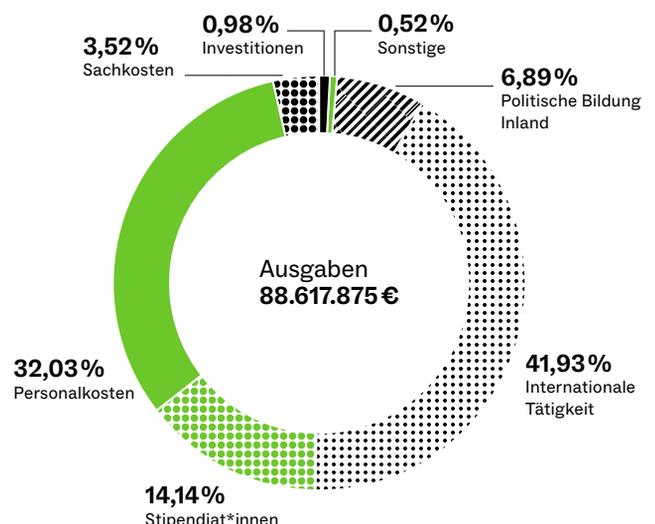
Wir folgen Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik und möchten andere anstiften mitzutun.

Fakten zur Stiftung

Einnahmen 2024



Ausgaben 2024



Heinrich-Böll-Stiftung weltweit



Afrika

- 1 Kapstadt (Südafrika)
- 2 Abuja (Nigeria)
- 3 Nairobi (Kenia)
- 4 Nairobi (Horn von Afrika)
- 5 Dakar (Senegal)

Asien

- 6 Bangkok (Thailand)
- 7 Neu-Delhi (Indien)
- 8 Peking (China)
- 9 Phnom Penh (Kambodscha)
- 10 Seoul (Korea)

Europa

- 11 Belgrad (Serbien)
- 12 Berlin (Deutschland)
- 13 Brüssel (Belgien)¹
- 14 Istanbul (Türkei)
- 15 Kiew (Ukraine)
- 16 Paris (Frankreich)
- 17 Prag (Tschechische Republik)
- 18 Sarajevo (Bosnien-Herzegowina)²
- 19 Tbilisi (Georgien)
- 20 Thessaloniki (Griechenland)
- 21 Tirana (Albanien)
- 22 Warschau (Polen)
- 23 Wien (Österreich)

Lateinamerika

- 24 Bogotá (Kolumbien)
- 25 Mexiko-Stadt (Mexiko)
- 26 Rio de Janeiro (Brasilien)
- 27 San Salvador (El Salvador)
- 28 Santiago de Chile (Chile)
- 29 Buenos Aires (Argentinien)

Nordafrika und Nahost

- 30 Beirut (Libanon)
- 31 Ramallah (Palästina)
- 32 Rabat (Marokko)
- 33 Tel Aviv (Israel)
- 34 Tunis (Tunesien)

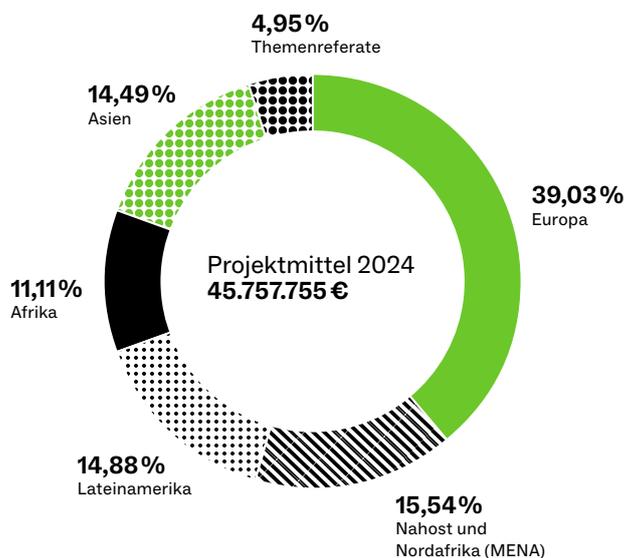
Nordamerika

- 35 Washington (USA)

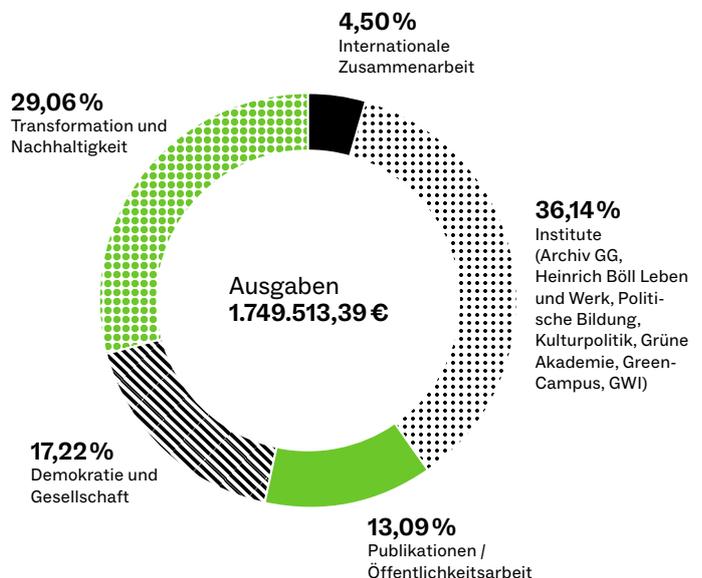
An diesen Standorten sind wir mit einem weiteren Büro vertreten:

- ¹ Globale Einheit Support for Democracy
- ² Globale Einheit Feminismus und Geschlechterdemokratie

Internationale Zusammenarbeit 2024



Politische Bildung Inland 2024



Liebe Leser*innen, „Nachrichten aus der Weltinnenpolitik“, so heißt ein kleiner Band des Soziologen Ulrich Beck, der vor fünfzehn Jahren, kurz nach der globalen Finanzkrise, erschienen ist. Es könnte ohne Weiteres auch der Titel des Jahresberichtes 2024 der Heinrich-Böll-Stiftung sein, der erneut mehr als deutlich zeigt, dass unsere Arbeit als grüne politische Stiftung im Inland untrennbar verbunden ist mit der Arbeit in unseren Auslandsbüros und Global Units. Es ist eine Arbeit, die oft fordernd ist, manchmal uns und unsere Mitarbeitenden an persönliche und systemische Grenzen bringt. An vielen Standorten ist die Lage prekär oder sogar dramatisch, und die Sorge um unsere Mitarbeitenden und Partner*innen begleitet uns, ob in Kyjiw, in Ramallah und Gaza, in Tel Aviv, Beirut, Peking, Rangun, um nur einige Orte zu nennen. Die Repression, die Gewalt, das Leid, sie lassen uns nicht kalt, sondern treiben uns um. Angesichts dieser oft schwierigen, gar schlimmen Lage die Spielräume für unsere politische Arbeit zu erhalten und auch in herausfordernden Zeiten neue zu schaffen, miteinander im Gespräch zu bleiben, ist und bleibt unser Ziel. Es war keinesfalls selbstverständlich und dennoch ungeheuer wichtig, dass im Januar 2024 unterschiedliche Akteur*innen aus der Region zu einer zweitägigen Konferenz zu „Szenarien für Israel und Palästina“, die wir gemeinsam mit der SWP veranstaltet haben, zusammengekommen sind. Wir sind dankbar, dass unser neues Büro in Buenos Aires in kurzer Zeit zu einem wichtigen Akteur für Journalist*innen und die Zivilgesellschaft geworden ist. Die Geschichte unseres Büros in der Türkei, dessen dreißigjähriges Bestehen wir im Oktober mit der Staatsministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth, als Festrednerin gefeiert haben, ist eine von vielen Geschichten zu dem langen Atem, den es oft braucht.

Und diesen langen Atem brauchen wir auch weiterhin. Nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und dem Bruch der Ampel-Koalition sind wir als Teil des grünen Projekts politisch gefordert und gleichzeitig zur Reflexion genötigt: Wie überzeugen wir angesichts großer Verlustängste und angesichts einer großen Wut auf „die da oben“ noch Menschen davon, dass Veränderung nicht mit Verlust verbunden sein muss? Welches Bild von Politik und von politischem Stil setzt sich da fest in einer Zeit, in der wir mit unserer Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 festgestellt haben, dass zwar 90 Prozent der Menschen die Demokratie als Idee gut finden, aber nur 42 Prozent, also weniger als die Hälfte, die reale Umsetzung noch für gut befinden? Wie stärken wir Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Demokratie und darin, dass Menschen wirkmächtig werden können für ihre berechtigten Anliegen?

Das Spannungsfeld zwischen kurzfristiger Handlungsnotwendigkeit und langen Linien bleibt uns dabei erhalten. Wie wir nach außen wirken und dem Wunsch und der Sehnsucht nach einem anderen demokratischen politischen Stil in Zeiten aufgeheizter Debatten auf hoher Drehzahl gerecht werden, ist eine Frage, der wir uns noch stärker widmen wollen.



Stiftungsvorstand Dr. Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht
Foto: © Sibylle Fendt

Angesichts der im Herbst 2024 nicht zuletzt aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl noch unklaren finanziellen Rahmenbedingungen haben wir uns für eine bestmögliche Risikovorsorge entschieden, um die gute und wichtige Arbeit im In- und Ausland möglichst abzusichern. Schweren Herzens haben wir uns daher nach intensiven Beratungen, auch mit dem Aufsichtsrat der Stiftung, entschlossen, von unseren Planungen für einen Neubau in der Karl-Marx-Allee in Berlin Abstand zu nehmen. Es war eine schmerzhaft und gleichzeitig notwendige Entscheidung, in diesen unsicheren Zeiten keine neuen zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen einzugehen, sondern die Modernisierung der Organisation und des Standortes in der Schumannstraße zu priorisieren. Die Herausforderungen der Haushaltsentwicklung werden uns dennoch weiter begleiten und uns weitere Prioritätensetzungen abverlangen.

In Zeiten, in denen wir immer wieder neu auf die politische Lage und unsere finanziellen Spielräume schauen und unsere Prioritäten überprüfen müssen, ist der vertrauensvolle Austausch in der Mitgliederversammlung, im Aufsichtsrat und auch mit unseren Fachbeiräten, dem Beirat der Grünen Akademie, mit unseren Stipendiat*innen und vielen anderen für uns von großer Bedeutung. Auch der regelmäßige Austausch mit unseren Mitarbeiter*innen im In- und Ausland ist für uns zentral wichtig für Resonanz und Orientierung. Wir sind sehr dankbar, dass sie die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung mit strategischem Gespür, großer Kompetenz und mit hohem persönlichen Engagement voranbringen, auch und gerade in schwierigen Zeiten.

Unser Ziel ist und bleibt, uns mit unserer Arbeit für Ökologie und Gerechtigkeit, für Demokratie und Menschenrechte nicht in die Defensive drängen zu lassen. Wir stehen selbstbewusst und mit klarem Kurs für Veränderung zum Guten, für Zusammenhalt und Solidarität und für die begründete Hoffnung auf eine bessere Zukunft, die wir gemeinsam gestalten können.

Mit herzlichen Grüßen
Dr. Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht

Klimaschutz jetzt: Fossile Energien stoppen, Zukunft sichern

Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Immer heftigere Überschwemmungen, Dürren und Stürme gefährden die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen. Jede weitere Erwärmung vergrößert die Risiken für Mensch und Natur. Ein rascher Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe und die Umstellung auf erneuerbare Energien sind der sicherste Weg, die Erderwärmung zu bremsen und unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Wir unterstützen mit unserer Arbeit den Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft, bei der ökologische und soziale Belange zusammengedacht werden.



Eine Photovoltaikanlage von RWE mit Beeren-Sträuchern am Tagebau Garzweiler. Foto: IMAGO / Panama Pictures

UN-Umweltversammlung in Nairobi – Groß, inklusiv, trotzdem enttäuschend

Die UN-Umweltversammlung (United Nations Environment Assembly, UNEA) fand vom 26. Februar bis 1. März 2024 in Nairobi, Kenia, statt. Mit 7.000 Delegierten aus 190 Ländern sowie Vertreter*innen indigener Völker, internationaler Organisationen, der Zivilgesellschaft, Wissenschaftler*innen und dem Privatsektor war es der bisher größte und auch inklusivste UNEA-Gipfel. Verhandelt wurden multilaterale Maßnahmen, um den Klimawandel, den Artenverlust und die Umweltverschmutzung zu bekämpfen. Trotz der Dringlichkeit der globalen Krise und aller Bemühungen blieb die UNEA-6 hinter den Erwartungen zurück. Einige der Resolutionen waren von Anfang an schwach konzipiert und wurden weiter verwässert; nur wenige beinhalteten neue oder wirksame Ideen. In wichtigen Fragen gab es sogar Rückschritte – hier muss erneut verhandelt werden.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat die UNEA mitverfolgt, insbesondere die Verhandlungen zu unseren Arbeitsschwerpunkten Geoengineering, Bergbau und Kreislaufwirtschaft. Das Böll-Büro in Nairobi war Mitveranstalterin eines Side Events mit Best-Practice-Beispielen zur Vermeidung von Plastik. Außerdem ging es darum, wie die Modernisierung der Wirtschaft klimafreundlich und zugleich geschlechtergerecht gestaltet werden kann. Eine weitere Veranstaltung in Kooperation mit dem Europäischen Umweltbüro und Earthworks widmete sich der nachhaltigen Ressourcenpolitik im Metall- und Mineraliensektor.

Frieden mit der Natur? Die Weltnaturkonferenz COP16 in Cali

„Frieden mit der Natur“ – so lautete das Motto der 16. Konferenz der Vertragsstaaten (COP16) zur Konvention über biologische Vielfalt, die vom 21. Oktober bis 1. November 2024 in Cali, Kolumbien, stattfand. Verhandelt wurden vor allem die technische Umsetzung des vor zwei Jahren in Montreal beschlossenen Weltnaturvertrags sowie Finanzierungsfragen. Trotz Verlängerung kam es zu keiner Einigung. Das Treffen wurde vertagt, weil am Ende nicht mehr genug teilnehmende Staaten vor Ort waren.

Dennoch gab es Teilerfolge, etwa die Einigung auf ein besseres Verfahren, um biologisch wertvolle Meeresgebiete zu identifizieren und unter Schutz zu stellen. Als historischen Moment feierten die Konferenz-Teilnehmenden die Gründung eines Gremiums, das die Interessen der indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften vertritt. Das Recht der lokalen Gemeinschaften auf Selbstbestimmung hatte eine von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte Allianz der kolumbianischen Zivilgesellschaft gefordert. Sie hatte im Vorfeld des Gipfels Empfehlungen zum kolumbianischen Biodiversitätsplan sowie einen Forderungskatalog zum gemeindebasierten nachhaltigen Management von Gemeingütern zum Schutz der Biodiversität und des Klimas an das Umweltministerium übergeben.

Projekt: Schuldenerlass für Klimaschutz und Entwicklung

Seit 2020 engagiert sich die Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Projekt „Debt Relief for a Green and Inclusive Recovery“ für das Thema Entschuldung. Im Jahr 2024 veröffentlichte das Projekt die Studie „Defaulting on Development and Climate“, die in Fachkreisen große Aufmerksamkeit erregte. Im Juni schrieben ehemalige Zentralbankgouverneur*innen und Finanzminister*innen einen offenen Brief. Darin forderten sie die G20 zu einem umfassenden Schuldenerlass auf, um ein Scheitern der Entwicklungs- und Klimaziele von hoch verschuldeten Ländern zu verhindern. Anlässlich der Herbsttagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) wurde die Kurzstudie „Unleashing Africa’s Green Growth: Why Debt Relief is Essential for Climate Resilience“ veröffentlicht und in Washington vorgestellt. Zur COP29 in Aserbaidschan veröffentlichte das Projekt ein Erklärvideo zum Zusammenhang von Schulden- und Klimakrise, das über eine Million Mal angesehen wurde. Diese Anstrengungen zeigten Wirkung, das Thema Entschuldung rückte gegen Jahresende zunehmend in den Fokus führender Ökonom*innen. So diagnostizierte der Chefökonom der Weltbank, Indermit Gill, eine „metastasierende Solvenzkrise“, die endlich anerkannt werden müsse.

➤ boell.de/de/drgr

Podcast

Märkte, Mächte, Emissionen mit Adam Tooze

Mit dem prominenten Wirtschaftshistoriker Adam Tooze besprechen wir einmal im Monat die Krisen unserer Zeit an den Schnittstellen von Geopolitik, globaler Ökonomie und Klimakrise: Wie können Märkte, Mächte und die Klimakrise zusammengedacht werden? Der Wirtschaftshistoriker und Publizist wurde 2019 vom „Foreign Policy Magazine“ als einer der zehn bedeutendsten Wirtschaftsdenker des Jahrzehnts ausgezeichnet. Adam Tooze ist Mitherausgeber des Wirtschaftsmagazins „Surplus“. Sein Newsletter „Chartbook“ informiert über wirtschaftliche und politische Entwicklungen weltweit. ➤ boell.de/podcasts





Foto aus dem Projekt „Beyond Destruction – Rhodes, Thessaly, Evros“ der Stiftung in Thessaloniki, die in Athen gezeigt wurde. Foto: © Ilir Tsouko

Griechenland: Resilienz nach Klimakatastrophen – Multimediale Reise und Fotoausstellung

Im Jahr 2023 kämpfte Griechenland gegen eine ganze Reihe von Naturkatastrophen. Auf Waldbrände, ausgelöst durch extreme Hitze und Trockenheit, folgte sintflutartiger Regen. Die Brände und Überflutungen töteten zahlreiche Menschen und hinterließen zerstörte Häuser und verwüstete Landschaften. Einige Monate nach den Katastrophen reisten der Dokumentarist Ilir Tsouko und die Autorin Anja Troelenberg mit Unterstützung unseres Büros in Thessaloniki an die betroffenen Orte. Sie wollten die schwierige Zeit des Wiederaufbaus dokumentieren, wenn das breite Medieninteresse schon wieder nachgelassen hat. Entstanden ist das Projekt „Beyond Destruction – Rhodes, Thessaly, Evros“ – eine multimediale Reise durch gegensätzliche Emotionen und Erfahrungen. Denn Katastrophen zerstören nicht nur. Sie enthüllen auch und zwingen dazu, sich mit der Realität unserer Gesellschaft zu konfrontieren: wie wir auseinanderdriften oder zusammenfinden, wenn wir mit dem Undenkbaren konfrontiert werden. „Beyond Destruction“ erzählt eine Geschichte über das Überleben, die Bedeutung von Gemeinschaft und den unbezwingbaren menschlichen Geist. Die Ausstellung wurde Ende Dezember 2024 im Goethe-Institut Athen vorgestellt.

➤ gr.boell.org/en/beyond-destruction-rhodes-thessaly-evros

Reizthema Wasserstoff – Risiken und Potenziale für die Energiewende

Bei der Energiewende wird der Import von grünem Wasserstoff und seinen Derivaten eine wichtige Rolle spielen. Doch welche Chancen und Risiken gehen damit für Exportländer im Globalen Süden einher? Die Kurzstudie „Politische Instrumente zur Gewährleistung der Nachhaltigkeit von Wasserstoffimporten“, die die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit dem Wuppertal Institut und Brot für die Welt veröffentlicht hat, analysiert, wie politische Maßnahmen dazu beitragen können, dass beim Aufbau internationaler Wasserstoffmärkte Umwelt- und Menschenrechtsstandards eingehalten werden. Die Analyse ergab: Es braucht einen wirkungsvollen Governance-Mix, also eine Kombination aus regulatorischen, marktbasierenden und kooperativen Instrumenten, um Nachhaltigkeitsanforderungen glaubwürdig umzusetzen. Dazu gehören verbindliche Kriterien für Nachhaltigkeit, transparente Zertifizierungs- und Nachweissysteme, aber auch eine partnerschaftlich gestaltete Außenhandels- und Entwicklungspolitik.

In der Diskussion um alternative Energiequellen spielt zunehmend geogener Wasserstoff, auch bekannt als „weißer“ oder „natürlicher“ Wasserstoff, eine große Rolle. Dieses natürlich vorkommende Gas entsteht tief in der Erde durch geologische Prozesse und könnte perspektivisch eine kostengünstigere und energieeffizientere Alternative zu „grünem“ Wasserstoff darstellen, der aus erneuerbarem Strom gewonnen wird. Unsere im November erschienene Studie „Geogenic Hydrogen – a Contribution to the Energy Transition?“ zeigt, dass geogener Wasserstoff zwar ein hohes

Potenzial bietet, insbesondere als lokal verfügbare und CO₂-freie Energiequelle. Allerdings sind Exploration und technische Nutzbarmachung noch im Frühstadium. Eine großtechnische Umsetzung dürfte sich daher frühestens in den 2040er-Jahren realisieren lassen – zu spät, um in der laufenden Energiewende eine zentrale Rolle zu spielen. Die Studie konstatiert erhebliche Wissenslücken und betont die Notwendigkeit eines klaren ordnungspolitischen Rahmens sowie weiterer Forschung, insbesondere in puncto Umweltwirkungen und gesellschaftliche Akzeptanz.

➔ boell.de/en/2024/11/14/policy-paper-geogenic-hydrogen-contribution-energy-transition

UN-Klimakonferenz in Baku – Kein Fortschritt bei Klimagerechtigkeit

Vom 11. bis 22. November 2024 fand unter dem Motto „In Solidarity for a Green World“ die 29. UN-Klimakonferenz (COP29) in Baku, Aserbaidschan, statt. Somit übernahm nach Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten zum dritten Mal in Folge ein autoritärer, repressiver, Öl und Gas exportierender Staat die COP-Präsidentschaft. In den Hauptverhandlungen der Konferenz ging es darum, sich auf ein neues kollektives Klimafinanzierungsziel zu einigen. Vereinbart wurde eine Gesamtsumme von 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr – viel zu wenig Geld. Vor allem armen Ländern wird es extrem schwer gemacht, ihre Wirtschaft klimafreundlich zu modernisieren oder Maßnahmen zur Anpassung an die Klimaveränderungen vorzunehmen. Unklar blieb darüber hinaus, wer diese Finanzmittel bereitstellen sollte und in welcher Form.

Ein anderes wichtiges Thema war Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens, in dem neue Mechanismen für den globalen CO₂-Handel eingeführt werden sollten. Doch die beschlossenen Regeln sind so schwach, dass sie neue Schlupflöcher für fossile Emittenten schaffen. Kohlenstoffmärkte sind ohnehin problematisch, denn fossile Emissionen werden oft durch schlechte oder gar gefälschte Klimazertifikationen nur vermeintlich kompensiert – tatsächlich wird die Klimakrise weiter angeheizt.

Die Heinrich-Böll-Stiftung war mit einer kleinen Delegation vor Ort. Angesichts der schwierigen menschenrechtlichen Lage in Aserbaidschan veranstalteten wir gemeinsam mit Human Rights Watch, Amnesty International und dem European Disability Forum ein offizielles Side Event zum Thema Menschenrechte und Beteiligung im regionalen, aber auch internationalen Klima-Kontext.

Online-Dossier ➔ boell.de/de/cop-klimakonferenz

Die Wirtschaft ist ein Kreis – Empfehlungen für eine „Global Circular Economy“

Die EU und Deutschland sind dabei, Regulierungen und Förderprogramme für die Transformation zu einer Kreislaufwirtschaft aufzusetzen, die Ressourcen schonen und Klima und Umwelt schützen soll. Mit Blick auf die globale Ausgestaltung der Wertschöpfungsnetzwerke und Lieferketten ist davon auszugehen, dass diese Regulierungen sich in den Ländern auswirken werden, die in diese Wertschöpfungsketten involviert sind. Die Studie „Global Circular

Economy – Reflections for a Just Transition“ beschäftigt sich mit der gerechten Ausgestaltung einer globalen Kreislaufwirtschaft. Das internationale Wohlstandsgefälle könnte sich verfestigen, wenn Staaten, deren Wirtschaft aktuell stark vom Recycling insbesondere elektronischer Geräte abhängt, diese Rolle verlieren. Die Studie gibt zahlreiche Empfehlungen, wie ein global gerechter Übergang zur Kreislaufwirtschaft erreicht werden kann. Hierzu gehören Dialogformate, Ausgleichsregelungen und eine generelle Anpassung von Rohstoffdiplomatie und Handelspolitik an die Kreislaufwirtschaft. Gleichzeitig sollte die Rohstoffnachfrage reduziert werden. Die Studie erschien im ersten Quartal 2025.

➔ boell.de/en/2025/03/07/global-circular-economy

Podcast

Pod der guten Hoffnung

Anfang 2024 startete unser Klimapodcast, der „Pod der guten Hoffnung“. Alle zwei Wochen sprechen prominente Gäste wie die Verkehrswende-aktivistin Katja Diehl oder die Sängerin Celina Bostic darüber, wie sie mit den Gefühlen umgehen, die die Klimakrise in ihnen auslöst. So entstand ein Panorama sehr unterschiedlicher Geschichten, die unterhalten, informieren und dazu anregen, selbst aktiv zu werden. Die persönlichen Geschichten machen Mut, zeigen, dass schon kleine Schritte Großes bewirken können, und dass Engagement das beste Mittel gegen Angst ist.

➔ boell.de/pod-der-guten-hoffnung



„KI: Immer größer statt grüner?“ – Große Fachkonferenz zur Technologie der Stunde

Der Trend in der Entwicklung Künstlicher Intelligenz (KI) geht hin zu immer größeren und komplexeren Modellen. Ganz vorne dabei: sogenannte Basismodelle, wie sie ChatGPT und Co. zugrunde liegen. Solche KI-Modelle können vielseitig eingesetzt werden und beispielsweise Texte, Bilder oder Videos generieren. Die Entwicklung und der Einsatz von Basismodellen sind in vielerlei Hinsicht aber nicht nachhaltig: Komplexe KI-Modelle benötigen immense Mengen an Trainingsdaten und Rechenleistung. Das führt zu einem hohen Ressourcen- und Energieverbrauch und zu einer Marktkonzentration auf wenige große Unternehmen. Die für das Training der Modelle nötige

Arbeit findet außerdem oft unter schlechten Bedingungen in Ländern mit niedrigen Löhnen statt. Zudem können Basismodelle zu KI-vermittelter Diskriminierung führen.

Auf unserer Fachkonferenz „KI: Immer größer statt grüner?“ am 29. Januar 2024 haben wir in Keynotes, Streitgesprächen, interaktiven Sessions und Impulsen diese Herausforderungen diskutiert und an Lösungen für nachhaltigere KI gearbeitet. Es wurde deutlich, dass Nachhaltigkeit für Tech-Unternehmen bislang eine untergeordnete Rolle spielt. Ein Umdenken ist nötig, regulatorische Impulse können dabei helfen. Die KI-Verordnung der EU setzt dafür einen wichtigen Grundstein. Doch nicht nur die Regulierung an sich ist bedeutsam, sondern auch, wie das Gesetz umgesetzt wird. Es braucht weitere Maßnahmen, um Basismodelle nachhaltiger zu gestalten. So müssen KI-Hersteller die Datenqualität der Trainingsdaten stärker prüfen und brauchen divers zusammengesetzte Entwickler*innenteams, um KI-vermittelte Diskriminierungen zu verringern – auch in einem globalen Zusammenhang.

Konferenzbericht „KI: Immer größer statt grüner?“

➤ boell.de/de/2024/02/15/ki-immer-groesser-statt-gruener

Green Cities 2035 – Veranstaltungsreihe

In der Online-Veranstaltungsreihe „Green Cities 2035: Klimaneutrale Kommunen mit neuen Allianzen“ diskutierten wir mit Personen aus der Kommunalpolitik, der lokalen Wirtschaft und Bürgerinitiativen, wie Städte und Gemeinden eine anspruchsvolle Klimapolitik machen können, die zugleich attraktiv für breite Bevölkerungsschichten ist. Bei

einer Veranstaltung im März 2024 ging es um die Frage, wie der notwendige Strukturwandel klimafreundlich gestaltet werden kann. Marian Günzel vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung in Cottbus erläuterte, dass die durch den Kohleausstieg wegfallenden Arbeitsplätze durch Neuansiedlungen überkompensiert würden. Außerdem litten die Regionen eher unter Fachkräftemangel als unter Arbeitslosigkeit. Rico Beweries vom DGB-Projekt „Revierwende“ erklärte mit dem Ansatz aktiver, regionaler und beteiligungsorientierter Strukturentwicklung, wie die Kohlereviere sozial und ökologisch umgestaltet werden sollten. Antje Grothus aus dem rheinischen und Dagmar Schmidt aus dem Lausitzer Revier berichteten, wie Erfahrungen der Selbstwirksamkeit und Mitgestaltung die Lebenszufriedenheit der Bewohner*innen verbessern können.

Eine Veranstaltung im Juni suchte nach Antworten der kommunalen Wirtschaftsförderung auf den Klimawandel. Sandra Wagner-Endres vom Deutschen Institut für Urbanistik sah das Thema nachhaltige Wirtschaftsentwicklung seit circa 15 Jahren zunehmend im Kommen, allerdings spielen Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltiges Wirtschaften im Alltag vieler Wirtschaftsförderungen noch immer keine Rolle. Einer der aussichtsreichsten Ansätze ist die flächensparende bzw. energieeffiziente Gewerbeflächenentwicklung. Das bestätigten sowohl Anja Ritschel, Wirtschafts- und Umweltdezernentin der Landeshauptstadt Hannover, als auch Stefanie Haug von der Region Augsburg Wirtschaft GmbH. Erste Kommunen setzen darüber hinaus Gemeinwohlbilanzen um und fördern verschiedene Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens.

Mitschnitte „Green Cities“ ➤ boell.de/green-cities-2035



Die Wärmewende – Der schlafende Riese der Energiewende

2024 traten sowohl die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes („Heizungsgesetz“) als auch das Wärmeplanungsgesetz in Kraft. Wir begleiten das Thema schon länger und stiegen hier intensiv ein. Wärmewende bedeutet, den zurzeit weitgehend fossilen Wärmemarkt zu einer klimaneutralen Versorgung bei gleichzeitiger Energieeinsparung umzubauen. Im Januar haben wir das Online-Dossier „Praxisberichte: Wie Eigentümer erfolgreich auf klimaneutrales Heizen umsteigen“ veröffentlicht. Es stellt drei Familien und eine Hausgemeinschaft vor, die eine Wärmepumpe eingebaut haben und damit sehr zufrieden sind. Auch die Förderprogramme sowie langfristige Kostenersparnisse und Klimaeffekte wurden dort erklärt.

Im Juni stellten wir die vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung verfasste und von der Stiftung herausgegebene Publikation „Leitfaden kommunale Wärmewende strategisch planen“ vor. Der Leitfaden stellt auf die „Macher“ der Wärmewende ab und gibt Kommunen praxisnahe Tipps, wie sie Verbündete für die Umgestaltung der Wärmeversorgung finden. Die Publikation wurde von vielen, die sich mit kommunaler Wärmeplanung beschäftigen, sehr begrüßt und wird von Klimaschutzleitstellen, Energieagenturen und auch grünen Fraktionen nachgefragt. Gleiches gilt für das Infoblatt „Die kommunale Wärmeplanung“, das die Inhalte des Leitfadens kompakt mit Infografiken aufbereitet. Dargestellt werden u.a. die verfügbaren regenerativen Wärmequellen, der Anteil regenerativer Energie im Wärmemarkt und die Bedeutung des Heizens für private Haushalte.

Schwerpunkt Wärmewende boell.de/waermewende

Grundkurs-Reihe Energiewende 2.0 – Energieeffizienz und Suffizienz

Seit Herbst 2022 erklären Expert*innen in unseren Online-Sessions von je 75 Minuten Schlüsselthemen und Streitfragen der Energiewende: Energiepreise, Versorgungssicherheit, Atomenergie, Netzausbau, Strommarktdesign. So entsteht nach und nach das Gesamtbild des Mammutprojekts Energiewende. Die Themen der Grundkurse 2024 waren Energieeffizienz und Suffizienz, d.h. die Senkung von Produktion und Konsum. Der Weltklimarat IPCC hat Suffizienz als eine der entscheidenden Strategien zum Erreichen der Klimaziele anerkannt.

Im Grundkurs Energieeffizienz erklärten Antoine Durand und Markus Fritz vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI, was Energieeffizienz zur Energiewende beitragen kann, was bereits geschieht und noch geschehen muss, damit Unternehmen und Haushalte Energie effizienter nutzen. Denn die klimafreundlichste Energie ist die, die wir gar nicht erst verbrauchen.

Im Grundkurs Suffizienz warben Frauke Wiese von der Europa-Universität Flensburg und Johannes Thema vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie für Politikansätze, die Suffizienz als Instrument und Methode des Klimaschutzes ernst nehmen und erklärten, wie durch die Kombination aus Suffizienz, Effizienz und erneuerbaren Energien Klimaneutralität ermöglicht wird. Außerdem zeigten sie anhand anschaulicher Beispiele, wie attraktiv

das vermeintlich schwierige Thema Suffizienz in der Praxis ist: Nachdem das Seine-Ufer für den Autoverkehr gesperrt worden war, entwickelte es sich zu einer beliebten Flaniermeile und einem Naherholungsort im Herzen von Paris.

youtube.com/playlist?list=PLQoUnPhwq7cxPGvvl4V0y9Hqhfwe61xaJ

Fachtag zu Zusammenhalt in der Transformation

Deutschland kann auf dem Weg zur klimaneutralen Wirtschaft und Gesellschaft neue Wertschöpfung schaffen und seinen Wohlstand im Einklang mit den Klimazielen neu begründen. Damit die Gewinne und Kosten dieses Wandels fair verteilt werden, braucht es einen Schulterchluss von Akteuren aus der Wirtschaft, den Gewerkschaften und Betriebsräten, der Umweltbewegung und der Politik. Gemeinsam können neue politische Allianzen entstehen, die Klimaschutz wirtschaftlich erfolgreich und sozial gerecht umsetzen. Auf unserem Fachtag in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung unter dem Titel „Arbeit. Betrieb. Klima. Zusammenhalt in der Transformation“ tauschten sich Vertreter*innen aus Betriebsräten, Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft über Zukunftsinvestitionen, faire Lastenteilung und die Bedeutung betrieblicher Mitbestimmung aus. Wenn Beschäftigte Veränderungsprozesse mitgestalten, kann dies nicht nur zur Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen führen. Auch der demokratische Zusammenhalt in Zeiten von multiplen Krisen und Polarisierung kann wieder gestärkt werden.



Wirtschaftsatlas 2024

Die Art und Weise, wie wir produzieren und konsumieren, muss sich ändern. Die ungebremste Klimakrise, die schwindenden Ressourcen, die Vermüllung der Umwelt und der Verlust an Biodiversität verlangen einen Wandel, der Nachhaltigkeit und sozialer Verantwortung in Unternehmen, Banken und Handel einen hohen Rang einräumt. Unser Wirtschaftsatlas 2024 beleuchtet nicht nur die notwendigen Maßnahmen dieser Transformation, sondern wirft auch einen grundsätzlichen Blick auf die Geschichte und Vielfalt ökonomischen Handelns. boell.de/wirtschaftsatlas

Vielfalt statt Raubbau: Natur und Menschenrechte schützen

Neben der Klimakrise ist der Verlust der biologischen Vielfalt die zweite große Bedrohung unserer Lebensgrundlagen. Um sie zu erhalten, braucht es ein Umdenken in der globalen Landwirtschaft und einen nachhaltigeren Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen. Gerade der Bergbau ist mittlerweile ein globales Geschäft. Er geht häufig mit Menschenrechtsverletzungen einher, und die ökologischen Kosten sind hoch. Wir treten ein für den Schutz der Biodiversität und unterstützen Aktivist*innen dabei, die Wende im Agrar- und Rohstoffsektor voranzubringen.



Die größte Kupfermine der Welt – Chuquibambilla in der chilenischen Wüste von Atacama. Foto: © IMAGO / Jochen Tack

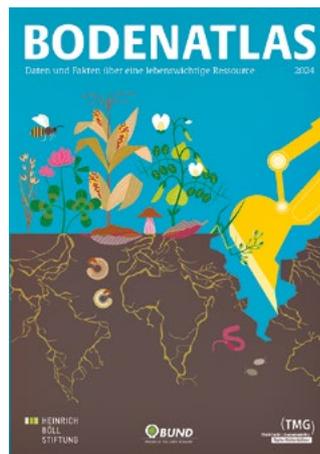
Gesunde Böden – Lebenswichtig, bedroht, umkämpft

Intakte Böden sind eine Grundvoraussetzung, um gesunde, vielfältige Lebensmittel zu erzeugen, das Klima zu schützen und die Artenvielfalt zu erhalten. Aber der Zustand der Böden ist schlecht, mehr als ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Flächen weltweit gelten als degradiert. In der Europäischen Union sind mittlerweile mehr als 60 Prozent der Böden geschädigt – verursacht unter anderem durch industrielle Landwirtschaft und die Auswirkungen der Klimakrise wie Trockenheit und Bodenverluste. Gleichzeitig kommt Böden eine immer größere Bedeutung in der internationalen Klimadebatte zu, was die Verteilungskonflikte um Land massiv verschärft. Was dringend gebraucht wird, sind abgestimmte politische Anstrengungen zum Bodenschutz, die die verschiedenen Nutzungsformen zusammendenken und sich an Menschenrechten orientieren. Wie diese aussehen könnten, darauf gibt unser Bodenatlas 2024, den wir im Januar 2024 gemeinsam mit dem BUND und TMG Thinktank for Sustainability veröffentlicht haben, erste Antworten. Es gibt viele Möglichkeiten, Böden so zu bewirtschaften, dass sie uns noch lange erhalten bleiben – auch das zeigt der Bodenatlas auf.

Zum Thema Böden fand zudem ein Fachtag des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft im Rahmen unserer alljährlichen Alternativen Grünen Woche im Januar statt. Dabei ging es darum, wie gerade für Junglandwirt*innen der Zugang zu Ackerflächen erleichtert und wie die Explosion der Bodenpreise – vor allem in Ostdeutschland – gestoppt werden kann. Außerdem diskutierten wir bei der Alternativen Grünen Woche, wie ein Umbau der Tierhaltung gelingen kann und wie es um die Förderung der Agrarökologie steht. Unser traditionelles Fest der Agrarwende am Ende der Themenwoche bot wieder zahlreiche inspirierende Initiativen zum Mitmachen.

Polen: Eine Schule für Agrarökologie – Bildung und Vernetzung für eine gerechte Ernährungswende

Unser Büro in Warschau betreibt zusammen mit der Stiftung Agro-Perma-Lab seit zwei Jahren erfolgreich die „Polnische Schule für Agrarökologie“. Das Projekt reagiert auf den wachsenden Bedarf an Alternativen zur industrialisierten Landwirtschaft. Das Wissen und die Praktiken von Bäuerinnen und Bauern sowie lokalen Gemeinschaften ist essenziell, um die biokulturelle Vielfalt zu erhalten. Das Projekt sorgt für Austausch, verbreitert das Wissen, stärkt Netzwerke und bringt die agrarökologische Bewegung im Land weiter voran. So besuchte im Jahr 2024 eine bunte Gruppe von Landwirt*innen, Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen lokaler Behörden während eines sechstägigen Kurses landwirtschaftliche Betriebe, die agrarökologische Prinzipien anwenden. In interaktiven Workshops vertieften sie agrarökologische Konzepte und diskutierten Strategien zur Stärkung lokaler Ernährungssysteme. Auch die Rolle der Agrarökologie im polnischen und europäischen Kontext wurde beleuchtet.



Bodenatlas 2024

Der Boden ist der artenreichste Lebensraum unserer Erde, er speichert gigantische Mengen Klimagase und Wasser, ernährt Mensch und Tier, lässt Blumen blühen und Bäume wachsen. Der Boden ist eine lebenswichtige Ressource – und er ist bedroht. Der Bodenatlas 2024 beleuchtet nicht nur die Folgen des weltweiten Verlusts an fruchtbarem Boden, sondern zeigt auch die Potenziale nachhaltiger und gerechter Bodennutzung für den Klimaschutz und die Artenvielfalt.

➔ boell.de/bodenatlas

Frankreich: Studienreise des Vereins „Banlieues Climat“ nach Deutschland

Der Verein Banlieues Climat will junge Menschen in Vorstädten, Arbeitervierteln, vor allem in prekären Verhältnissen, zu Umwelt- und Klimafragen und sozialer Gerechtigkeit zusammenführen, sensibilisieren und inspirieren, damit sie ihre Stimmen und lokalen Projekte in die öffentliche Debatte einbringen. Im Juli 2024 organisierte unser Pariser Büro eine Studienreise nach Frankfurt, Hanau und Berlin. Die Reise diente dazu, Verbindungen zwischen Banlieues Climat und ähnlichen NGOs und Jugendgruppen in Deutschland, aber auch mit Politiker*innen zu knüpfen. Es bestand ein besonderes Interesse daran, die Teilnehmenden zum Thema Ernährung und Ernährungsgerechtigkeit ins Gespräch zu bringen. Die Gruppe besichtigte in Frankfurt dazu das Stadtgartenprojekt „Gemüseheld*innen“ und in Berlin den Garten „Himmelbeet“ im Wedding. Zudem kam die Gruppe mit der Staatsministerin für Klima und Europa, Anna Lührmann, mit zuständigen Beauftragten im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie lokalen Stadtverordneten in Frankfurt und Berlin zusammen. Schließlich traf die Delegation von Banlieues Climat in Hanau mit der Bildungsinitiative Ferhat Unvar zusammen, die junge Menschen zu den Themen Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt fortbildet, damit sie selbst Fortbildungen ausrichten können. Gemeinsam mit Serpil Unvar und Çetin Gültekin besuchten sie die Tatorte der rechtsterroristischen Attentate vom 19. Februar 2020.



Simon Fischer lief 31 Marathons in 31 Tagen quer durch Deutschland. Seine Botschaft: Extreme Trockenheit und sintflutartige Regenfälle bedrohen unsere Wasserversorgung. Foto: © Ruben Hensel, WFD

Blue Run – 31 Marathons gegen die Wasserkrise

Am 18. April 2024 veranstaltete die Stiftung gemeinsam mit dem Weltfriedensdienst einen besonderen Abend: das Abschlussevent des Blue Run. In 31 Tagen war der Extremläufer Simon Fischer 31 Marathons quer durch Deutschland gelaufen. Damit wollte er auf die Wasserkrise in vielen Teilen der Welt aufmerksam machen und dazu motivieren, sich für den Schutz dieser überlebensnotwendigen Ressource einzusetzen. Simon Fischer berichtete dabei nicht nur von seinen Erfahrungen der vergangenen 31 Tage, sondern auch von seiner Zeit als Fachkraft des Weltfriedensdienstes in Kenia. Flankiert wurde er von Susanne Götze, die aus ihrem Buch „Durstiges Land“ vorlas. Denn auch in Deutschland ist die Wasserkrise längst angekommen – gerade die Landwirtschaft leidet darunter, wenn die Sommer immer trockener und die Winter immer nasser werden. Nach der Diskussion und einem Empfang zum Abschluss des Blue Run wurde der Film „Between the Rains“ in Kooperation mit dem Human Rights Film Festival Berlin gezeigt. Der Dokumentarfilm aus Kenia von Andrew Harrison Brown und Moses Thurinira zeigt die Auswirkungen einer schweren Dürre auf die Turkana-Ngaremara-Gemeinschaft im Norden des Landes, die vor allem von der Tierhaltung lebt.

Asien: Geopolitik und kritische Rohstoffe – Austausch unter Expert*innen

Sie sind für LED-Lampen, Windräder und Elektroautos unerlässlich – und damit auch für den Wechsel zu erneuerbaren Energien und klimaschonende Mobilität: sogenannte kritische Rohstoffe wie etwa Seltene Erden, Nickel oder Lithium. Aufgrund der Klimakrise und des globalen Wirtschaftswachstums werden diese Metalle in den kommenden Jahren drastisch nachgefragt werden. Aktuell dominiert China viele strategische Produktionsketten, aber auch andere asiatische Länder steigen verstärkt ins Geschäft ein. Der Abbau dieser Metalle führt jedoch oft zu massiven Problemen für Mensch und Umwelt. Auf einer Veranstaltung im September kamen Expert*innen aus nahezu allen Asien-Büros der Stiftung mit Expert*innen in Deutschland und Europa zusammen, um eine Reihe von Fragen zu diskutieren: Wie kann der Abbau von kritischen Ressourcen verantwortungsvoll gestaltet werden? Was sind die größten Herausforderungen in Asien? Was bedeutet dies für die europäischen und deutschen Regulierungsbemühungen in diesem geopolitischen Umfeld? Und wie gehen die asiatischen Länder mit ihren eigenen Abhängigkeiten um?

Neben Vorträgen gab es auch Filmbeiträge – etwa zum Abbau Seltener Erden in Myanmar und den Folgen des Nickelabbaus auf der Insel Halmahera in Indonesien. Die Veranstaltung wurde flankiert von einer Delegationsreise, bei der die angereisten Expert*innen in Hintergrundgesprächen mit Abgeordneten und Ministerialbeamten direkt in Kontakt kamen.

„Internationales Recht zum Schutz der Natur“ – Workshop und Podiumsdiskussion

Rechte der Natur (RdN) ist ein Konzept, das die natürliche Umwelt als Rechtssubjekt anerkennt. Das bedeutet, dass Ökosysteme und Tiere nicht mehr ausschließlich als Ressourcen und Produktionsmittel gesehen werden, sondern dass sie inhärent einen Wert aufweisen, der geschützt werden muss. Angespornt durch die Erfolge indigener Gruppen in Lateinamerika und anderswo gewinnt die Idee weltweit an Zugkraft. Um die Debatte und Vernetzung rund um RdN voranzutreiben, luden wir zusammen mit Global Assembly am 15. Februar 2024 zu einem internationalen Workshop nach Berlin ein. 30 Aktivist*innen, Akademiker*innen, Journalist*innen, Vertreter*innen von NGOs und Expert*innen aus den Bereichen Umweltschutz, Menschenrechte und Umweltrecht aus Europa, Lateinamerika und Afrika diskutierten einige der drängendsten Fragen: Welche Vision steht hinter RdN und wie kann sie in verschiedenen Kontexten umgesetzt werden? Was sind die vielversprechendsten Ansätze und größten Herausforderungen? Weiterhin wurde debattiert, in welchem Verhältnis die RdN zu Menschenrechten und dem Eigentumskonzept stehen. Impulse gaben u.a. Vanessa Hasson (MAPAS Brasilien), Peter Doran (Queen's University Belfast), Lotte Leicht (Climate Rights International), Jérémie Gilbert (University of Roehampton) und Hermann Ott (Client Earth Germany). Nötig ist eine verstärkte Lobbyarbeit zu RdN auf verschiedenen politischen Ebenen und die engere Verknüpfung von RdN mit anderen relevanten Themenbereichen wie z.B. Degrowth, Extraktivismus und Ökozid.

Auf einer Podiumsdiskussion am 17. Juli 2024, gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und Stop Ecocide Deutschland organisiert, erörterten Expert*innen für internationales Umweltrecht, welche Verschärfungen im deutschen Umweltstrafrecht durch die Neufassung der EU-Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt und die internationale Debatte um die (Wieder-)Einführung von Naturzerstörung ins Völkerrecht zu erwarten sind. Intensiv beleuchtet wurde dabei, wie das Recht bei der Eindämmung des rasanten Biodiversitätsverlusts und der sich zuspitzenden Klimakrise helfen kann.

Exit Plastik und Plastikwende jetzt! – Konferenz und Manifest

Am 6. Februar 2024 veranstalteten wir gemeinsam mit dem Bündnis Exit Plastik eine Konferenz zu Wegen aus der Plastikkrise. Zivilgesellschaftliche Organisationen sprachen am Runden Tisch über Meeresmüll und Chemikalien in Plastik und die Grenzen des Recyclings. Sie diskutierten, wie Unverpackt- und Mehrwegkonzepte realisiert und ein globales Plastikabkommen verhandelt werden kann. In einer öffentlichen Podiumsdiskussion erörterten Dr. Axel Borchmann (Bundesumweltministerium), Anja Krieger (Plastisphere Podcast), André Lang-Herfurth (Mehrwegverband und zerooo) und Jane Muncke (Food Packaging Forum), welche Rolle das derzeit noch in Verhandlungen befindliche UN-Plastikabkommen einnehmen kann und welche gefährlichen Chemikalien im Plastik verboten werden müssen. Als Ergebnis der Konferenz wurde im April 2024 kurz vor Beginn



Foto: Richard Carey

der vierten Verhandlungsrunde des UN-Plastikabkommens das Manifest „Plastikwende jetzt!“ veröffentlicht. Zu den Forderungen gehören eine Reform des Verpackungsgesetzes und die Verabschiedung eines ambitionierten UN-Plastikabkommens, in dem gefährliche Chemikalien verboten und eine Reduktion der Neuplastikproduktion geregelt werden sollen. Das Manifest wurde bis Juli 2024 von mehr als 110 Organisationen und Einzelpersonen gezeichnet.

➔ boell.de/de/2024/04/18/plastikwende-jetzt

Westbalkan: Gespräche über den Lithiumabbau in Serbien

Neben dem Fokus auf Asien haben wir uns 2024 intensiv mit der rohstoffpolitischen Lage im Südkaukasus und Westbalkan beschäftigt. Im Westbalkan, insbesondere in Serbien, spitzte sich die politische Stimmung um den Lithiumabbau zu, als Bundeskanzler Scholz im Juni nach Serbien reiste. Wir organisierten Gespräche mit Entscheidungsträger*innen in Berlin und Brüssel und eine Veranstaltung im Europaparlament, damit unsere Partner aus Serbien ihre Bedenken äußern konnten. Einen weiteren Beitrag zur rohstoffpolitischen Debatte konnten wir mit unserem Bericht „From Boom to Burden: Perpetual Impacts and Mining“ leisten, den wir auf der EU Raw Materials Week vorstellten.

Bericht „From Boom to Burden“

➔ boell.de/sites/default/files/2024-12/from-boom-to-burden_perpetual-impacts-and-mining_preview_smallendf_0.pdf

Mineralienabbau in Brasilien – Ohne Rücksicht auf die ökologischen und sozialen Folgen

Die brasilianische Regierung hofft, das Land zu einem wichtigen Lieferanten von Mineralien zu machen. Doch schon heute wirkt sich ihr Abbau sehr negativ auf die wertvollen Ökosysteme und die vielfältigen traditionellen Gemeinschaften Brasiliens aus. Besorgniserregend ist der zunehmende Druck vonseiten der Regierung, die aufgrund der internationalen Nachfrage den Abbau von Mineralien forciert und dabei in Kauf nimmt, dass die sozioökologischen Rechte der Bevölkerung missachtet werden. Ähnlich ist es beim anhaltenden Streit um die Ölexploration im Mündungsgebiet des Amazonas. Die Ablehnung des Projekts durch das brasilianische Bundesumweltamt im Jahr 2023 wurde von verschiedenen Gruppen innerhalb der Regierung kritisiert. Wichtige politische Verbündete der Regierung Lula versuchen, die Erkundung noch vor der im November 2025 stattfindenden UN-Klimakonferenz COP30 genehmigen zu lassen. Unser Projektpartner Reporter Brasil hat die Produktionsketten von Mineralien untersucht – insbesondere Gold, das größtenteils illegal auf indigenem Land abgebaut wird. Die investigativen Journalist*innen recherchierten Unternehmen, die von dieser Tätigkeit profitieren, und dokumentieren die sozialen und ökologischen Folgen.



Gabriel Boric, Präsident von Chile, und Dr. Imme Scholz, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, in Berlin, Foto: © Ole Schwarz

Der Preis von Brot – Politikvorschläge gegen die Inflation

In den letzten Jahren war für alle Bürger*innen zu spüren, dass Brot und Brötchen immer teurer wurden – zwischen 2019 und 2023 um knapp 35 Prozent. Warum das so ist und was politisch gegen die starke Lebensmittelpreisinflation unternommen werden kann und sollte, hat die Stiftung in einem Policy Paper mit der renommierten Ökonomin Isabella Weber sowie in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und TMG Thinktank for Sustainability zusammengetragen. Darin schlagen wir vor, dass Staaten Lebensmittelpreise systematischer beobachten und regulieren sollten – unter anderem mit öffentlichen Lagersystemen für bestimmte Nahrungsmittel, die durch einen strategischen An- und Verkauf die Preise stabilisieren können. Diesen Vorschlag diskutierten wir öffentlich mit Vertreter*innen des UN-Welternährungsprogramms und der Welthandelskonferenz (UNCTAD), ergänzt um Gespräche mit zahlreichen Bundestagsabgeordneten und EU-Parlamentarier*innen.

Außerdem ist im Rahmen des Projekts eine 3-teilige Scroll-Story entstanden mit Geschichten rund um das Thema Brot. Dort wird anschaulich dargestellt, wie zentral das Lebensmittel als Symbol verschiedener Aufstände war, wie konzentriert der globale Getreidehandel heute ist und welche Initiativen – etwa im Libanon und in Deutschland – sich mit Handwerk und eigenem Saatgut der Macht der Agrarkonzerne entgegenstellen.

Policy Paper „Krisenpuffer gegen die Inflation“

➔ boell.de/de/2024/06/18/krisenpuffer-gegen-die-inflation

Scroll-Story „Geschichten um Brot“

➔ boell.de/de/geschichten-vom-brot-von-backkunst-aufstaenden-macht-und-preisen



Ein grünes Entwicklungsmodell für Chile – Vorschläge für die politische Agenda

Unser Büro in Santiago de Chile erarbeitet mit seinen Partnerorganisationen ein grünes Entwicklungsmodell für Chile. Dieses Projekt soll dabei helfen, Kräfte für eine sozial-ökologische Transformation zu bündeln, die Umwelt zu schützen, nachhaltige Wirtschaftspraktiken zu fördern und die Demokratie und Menschenrechte zu stärken. Die im Projekt entstandene Publikation „Nuevo Modelo de Desarrollo: Diálogos para una propuesta inclusiva, de futuro justo y sostenible para Chile“ (Ein neues Entwicklungsmodell: Vorschläge für ein inklusives, gerechtes und nachhaltiges Chile) eröffnet die Debatte über ein Entwicklungsmodell,

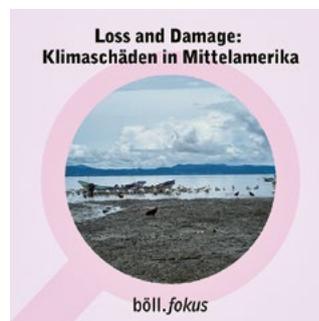
das neben ökonomischen und sozialen auch die ökologischen Komponenten für zukunftsorientierte Rohstoff-, Energie- und Umweltpolitiken umfasst. Anlässlich des Deutschlandbesuchs von Chiles Präsident Gabriel Boric am 11. Juni 2024 in Berlin überreichte ihm Stiftungsvorstand Dr. Imme Scholz die Publikation. Das darin vorgeschlagene Modell betont die Chancen, chilenische Rohstoffe vor Ort weiter zu verarbeiten und mit den Einnahmen soziale Gerechtigkeit und Teilhabe zu fördern. Die Vorkommen an Kupfer und Lithium sowie die großen Wind- und Solarenergiepotenziale für grünen Wasserstoff sollen nicht nur für den Export genutzt werden, sondern Wertschöpfung im Land schaffen. Gleichzeitig müssen Abbau und Verarbeitung nach ökologischen und sozialen Standards erfolgen. Dadurch wird auch die Demokratie gestärkt: Die Chilen*innen sollen mitentscheiden können und erfahren, wie sie von der Umsetzung dieser Auflagen profitieren. Mit unseren Partner*innen möchten wir neue, partizipativ entwickelte Vorschläge dafür auf die politische Agenda setzen.

➔ cl.boell.org/es/2024/05/07/nuevo-modelo-de-desarrollo-dialogos-para-una-propuesta-inclusiva-de-futuro-justo-y

Podcast

Loss and Damage – Klimaschäden in Mittelamerika

Klimaschäden treten weltweit unterschiedlich stark auf. Mittelamerika ist als Region kaum für Treibhausgase verantwortlich – doch die Menschen dort leiden besonders stark unter Dürre und der steigenden Temperatur der Weltmeere. Mit Expert*innen aus der Region und der globalen Klimapolitik sprechen wir über Probleme und mögliche Lösungen wie den neu geschaffenen „Loss & Damage Fund“, der durch direkte Finanzhilfen gezielt dort unterstützen will, wo Hilfe gebraucht wird. ➔ boell.de/podcasts



Stark durch Einheit: Europas Zukunft liegt im Zusammenhalt

Krieg in Europa, Klimakrise und wachsende Angriffe auf die Demokratie stellen die Europäische Union vor ihre größte Bewährungsprobe seit Jahrzehnten. Inmitten geopolitischer Spannungen und gesellschaftlicher Polarisierung droht das Fundament gemeinsamer Werte zu erodieren. Doch gerade jetzt zeigt sich Europas Stärke: die Kraft, Frieden zu sichern, Freiheit zu verteidigen und im globalen Maßstab handlungsfähig zu bleiben. Europa ist kein fertiges Gebilde, sondern ein lebendiges Versprechen, das Mut und Zusammenhalt erfordert. Die Zukunft entscheidet sich daran, ob es gelingt, die Herausforderungen geschlossen anzunehmen – und die Kraft der Union für eine gemeinsame, demokratische Zukunft zu mobilisieren.



Europawahlen 2024 – Rechtsruck in Europa

Die Europawahlen 2024 haben das politische Kräfteverhältnis innerhalb der EU neu geordnet und werden die zukünftige Ausrichtung der Union in wichtigen Politikfeldern wie Demokratie, Klimapolitik, Wirtschaft und Soziales prägen. Direkt nach den Wahlen organisierte unser EU-Büro in Brüssel ein Online-Seminar mit dem renommierten Politikwissenschaftler Simon Hix. Fachleute aus unseren Büros in Warschau, Prag, Berlin, Paris und Thessaloniki sowie externe Expert*innen diskutierten die Ergebnisse der Wahlen und ihre weitreichenden Konsequenzen für die EU. Mit über 350 Teilnehmenden stieß die Veranstaltung auf großes Interesse. Auch unsere „15. European Democracy Conference“ am 2. Juli 2024 in Berlin stand im Zeichen der Europawahl. Der Rechtsruck sowohl bei der Europawahl als auch bei der ersten Runde der französischen Parlamentswahl zog sich wie ein roter Faden durch die Diskussionen. Dennoch: Trotz starker Zugewinne bei Parteien des rechten Spektrums gibt es weiterhin eine demokratische und pro-europäische Mehrheit, nur ist sie geschrumpft und deutlich fragiler. Der Blick auf Länder wie Polen, Italien, die Niederlande, Finnland und Frankreich machte deutlich, dass quer durch die EU rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien erstarren. Zukunftsängste und zunehmende soziale Ungleichheiten werden von Populist*innen geschickt aufgegriffen und geschürt. Die Frage, welche Gefahr für die Demokratie von Ungleichheit und mangelnder Mitbestimmung sowie schwindendem Vertrauen ausgeht, konnten die Teilnehmenden in Breakout-Sessions zu den Themen Energie, Landwirtschaft, Fiskalpolitik und Geschlechtergerechtigkeit vertiefen.

Ein Online-Dossier zu den Europawahlen, veröffentlicht am 5. März 2024, entstand als Gemeinschaftsprojekt unserer weltweiten Büros, koordiniert von unserem Büro in Brüssel. Das Dossier informierte u.a. über die Wahlsysteme der EU-Mitgliedstaaten und die Sitzverteilung im Europäischen Parlament nach der Wahl und ergänzte progressive Perspektiven sowohl auf die Europawahlen als auch auf die vielen weiteren Wahlen im „Superwahljahr 2024“ – einem Jahr, in dem fast die Hälfte der Weltbevölkerung an die Urnen ging. Zudem analysierte eine Artikelserie in Kooperation mit Voxeurop, einer unabhängigen Online-Medienplattform, den Aufstieg rechtsextremer Bewegungen in diversen europäischen Ländern und die Gegenstrategien der Zivilgesellschaft.

Online-Dossier zu den Europawahlen

➤ <https://eu.boell.org/en/EP2024>

Selbstverständlich europäisch!? 2024 – Studie

Im Vorfeld der Europawahl 2024 haben wir in der sechsten Ausgabe unserer Langzeitstudie „Selbstverständlich europäisch!?“ untersucht, wie die deutsche Bevölkerung auf die Europawahl blickt und wie sie die Rolle Deutschlands in der EU beurteilt. 66,1 Prozent der Bürger*innen zeigten ein sehr oder eher hohes Interesse an der Wahl. Nur 11 Prozent waren sehr gering interessiert. Auf die Frage, welche Themen im Wahlkampf diskutiert werden sollten, wurden vor allem Themen genannt, für die es europäische Lösungen braucht, unter anderem Migration, Sicherheit und Verteidigung,

Wirtschaft, Klima und Energie sowie Inflation. Die Unterstützung zur Verteidigung der Ukraine fand in der Bevölkerung Rückhalt: Mehr als 60 Prozent der Befragten plädierten für einen höheren (41,8 Prozent) oder gleichbleibenden (18,3 Prozent) Umfang. Befragt nach dem Nutzen bzw. den Vorteilen Europas, ergab sich ein zweigeteiltes Bild: Für 56,9 Prozent der Bürger*innen überwogen weiterhin die Vorteile der EU-Mitgliedschaft und 57,3 Prozent meinten, dass die aktuellen Krisen eher auf europäischer als auf nationaler Ebene gelöst werden können. Allerdings schätzten nur noch 45,2 Prozent den wirtschaftlichen Nutzen der EU-Mitgliedschaft höher als deren Kosten ein. Gleichwohl befürwortete eine deutliche Mehrheit mehr Spielraum für gemeinsame europäische wie auch nationale Investitionen in die Zukunft. Für die deutsche Europapolitik ergibt sich daraus der Auftrag, die Vorteile der EU stärker hervorzuheben und vorrangig in Zukunftsaufgaben zu investieren. Für die Studie hatte das Meinungsforschungsinstitut Civey im Auftrag der Stiftung im Februar 2024 5.000 Personen online befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die Einwohner*innen der Bundesrepublik Deutschland ab 18 Jahren.

Studie „Selbstverständlich europäisch“

➤ boell.de/selbstverstaendlich-europaeisch

„Reform und Erweiterung der EU“ – E-Paper und Sammelband

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führt uns vor Augen, dass die europäische Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik dringend neujustiert werden muss. Mit dem neu belebten Erweiterungsprozess wird eine Reform der EU immer dringlicher – damit sie handlungsfähig bleibt. Vor diesem Hintergrund haben wir Fachleute aus verschiedenen Politikbereichen eingeladen, Impulse für die EU-Reformdebatte zu erarbeiten. Ausgehend von den aktuellen Herausforderungen wurden gemeinsame Ziele für eine wirksame Politikgestaltung und Empfehlungen für institutionelle Reformen formuliert. Sie sollen die EU handlungsfähiger und demokratischer, ökologischer und sozial gerechter machen. Dabei haben wir uns nicht nur auf das Zusammenspiel der EU-Institutionen im engeren Sinne beschränkt, sondern exemplarisch auch Politikbereiche betrachtet, die für die Zukunftsfähigkeit der EU zentral sind: europäische Außen- und Sicherheitspolitik, Energiepolitik, Agrarpolitik, Fiskalpolitik und Erweiterungspolitik. Herausgekommen sind sechs Policy Paper, die teils pragmatische Wege, teils Pfadwechsel vorschlagen und hoffentlich Impulse für die EU-Reformdebatte geben. Die Beiträge sind auf Deutsch und auf Englisch erschienen.

Policy Paper „Reform und Erweiterung der EU“

➤ boell.de/reform-und-erweiterung-der-eu



Jan Philipp Albrecht, Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung, mit Anna Lührmann, Europa-Staatsministerin Auswärtiges Amt im Gespräch über die Zukunft der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU auf der 23. Außenpolitischen Jahrestagung. Foto: © Stephan Röhl

Europa verteidigen in ungewissen Zeiten – Grüne Visionen zur europäischen Sicherheit und Verteidigung: 24. Außenpolitische Jahrestagung

Unsere 24. Außenpolitische Jahrestagung fand am 1. Februar 2024 vor dem Hintergrund von drei parallelen geopolitischen Krisen statt: in Osteuropa, im Nahen Osten und in Ostasien. Im Mittelpunkt der Tagung standen Debatten rund um die Zukunft der europäischen Sicherheit und Verteidigung. Besonderes Augenmerk galt dabei der Perspektive einer postnationalen europäischen Sicherheitsordnung, einschließlich Fragen nach einer EU-Armee und einer unabhängigen nuklearen Abschreckung der EU.

In drei Paneldiskussionen erörterten Entscheidungsträger*innen und Expert*innen aus Europa, den USA und dem Globalen Süden zentrale Fragen zur Gegenwart und Zukunft der europäischen Sicherheitsordnung. Debattiert wurden u. a. Grundsätze einer grünen europäischen Sicherheitsarchitektur und glaubwürdige Rückfalloptionen für den Fall eines Scheiterns der transatlantischen Zusammenarbeit. Wir sprachen auch über Elemente einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik für den Nahen Osten und eine neue europäische Strategie für Westafrika.

Die Staatsministerin für Europa und Klima im Auswärtigen Amt, Anna Lührmann, betonte in ihrer Keynote: „Wir müssen uns so aufstellen, dass wir uns und unsere Verbündeten gegen Russland verteidigen können“. Auch Anton Hofreiter, MdB und Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, äußerte die Sorge, dass die europäischen Gesellschaften erst dann

„wieder aufwachen, wenn Russland das nächste Land angreift“. Sergey Lagodinsky, MdEP, betonte: „Wir werden in dieser globalisierten und ja, zunehmend multipolaren Welt (...) nur dann bestehen, wenn wir nicht einzelstaatlich, nicht nationalstaatlich versuchen, uns durchzukämpfen, sondern als Europäische Union.“

Online-Dossier „Außenpolitische Jahrestagung“
 ▶ boell.de/24-aussenpolitische-jahrestagung

Forum Neue Sicherheitspolitik

Das Forum Neue Sicherheitspolitik mit seinen aktuell 39 grün-nahen Außen- und Sicherheitsexpert*innen hatte 2024 sein fünfjähriges Jubiläum. Mit Podcasts, Strategiepapieren und regelmäßigen Treffen wurde auch 2024 der sicherheitspolitische Austausch gefördert. Darüber hinaus dient das Forum als Ideenwerkstatt für außenpolitische Grundsatzfragen. Angesichts globaler Krisen wie dem russischen Krieg in der Ukraine, einer äußerst fragilen Lage im Nahen Osten sowie hybrider Angriffe auf Infrastruktur und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa haben sich die sicherheitspolitischen Koordinaten dramatisch verändert. Es bedarf einer umfassenden Neubewertung der Prinzipien und Prioritäten deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. ▶ boell.de/de/forum-neue-sicherheitspolitik

Deutsch-polnischer Rundtisch – Austausch über sicherheitspolitische Fragen

Der Deutsch-polnische Rundtisch ist eine wiederkehrende Initiative seit 2019. Er richtet sich an Expert*innen, Politiker*innen, Medienvertreter*innen sowie NGO-Aktivist*innen aus Deutschland und Polen und lädt zum Austausch über wichtige internationale und sicherheitspolitische Fragen ein, die Deutschland und Polen betreffen. Im Mittelpunkt der Diskussion steht seit einigen Jahren der Krieg Russlands gegen die Ukraine und seine Folgen für Europa. Daher werden auch Teilnehmer*innen aus der Ukraine in die Beratungen miteinbezogen. Im Jahr 2024 ging es vor allem um folgende Problemkreise: die Identifizierung der wichtigsten europäischen Unterstützerländer der Ukraine; die Analyse der anti-ukrainischen und/oder pro-russischen Stimmungen in Polen, Deutschland und der gesamten EU sowie um Zivilschutz, gesellschaftliche Resilienz und Strategien zur Bekämpfung von Desinformation in Polen und Deutschland. Das Treffen der Expert*innen wird ergänzt durch den Bericht „Poland, Germany and Ukraine at a Turning Point: Making or Breaking the Western Alliance“ und durch eine Reihe von Podcasts mit ukrainischen Sicherheitspolitikexperten. Das Projekt ist eine Zusammenarbeit unseres Warschauer Büros mit der Jan-Nowak-Jeziorański-Stiftung.

Israel und Palästina – Szenarienworkshop und Podiumsdiskussionen

Politische Perspektiven für eine Beilegung des Nahost-Konflikts scheinen angesichts des Hamas-Angriffs vom 7. Oktober 2023 und dem andauernden Krieg im Gazastreifen ferner denn je. Der Einfluss extremistischer Kräfte nimmt zu, Akteur*innen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, werden marginalisiert – in Israel und Palästina.

Um Verständigung und Dialog zu fördern und gemeinsam nach vorne zu denken, haben wir zusammen mit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) vom 30. bis 31. Januar 2024 einen internationalen Szenario-Workshop in Berlin organisiert. 50 hochrangige Expert*innen aus Israel, Palästina, Europa und den USA diskutierten im geschützten Raum und entwickelten Szenarien für die politischen Entwicklungen der nächsten zehn Jahre in Israel und Palästina. Ein besonderes Augenmerk galt dabei möglichen Entwicklungspfaden hin zu einer tragfähigen Zweistaatenlösung. Die Ergebnisse des Workshops erörterten wir anschließend mit deutschen Entscheidungsträger*innen aus Regierung und Parlament. Einig waren sich die Expert*innen darin, dass nur ein rasches, entschiedenes und konzertiertes politisches Handeln der internationalen Gemeinschaft und der progressiven Kräfte in Israel und Palästina eine weitere Entgrenzung des Konflikts und ein Fortschreiten der illiberalen Dynamiken aufhalten kann. Die Teilnehmenden und auch die hinzugezogenen Entscheidungsträger*innen gaben ein sehr positives Feedback auf die Veranstaltung. Besonders schätzten sie den konstruktiven Dialog zwischen israelischen und palästinensischen Expert*innen, der in dieser Form sonst kaum noch möglich ist.

Anlässlich des ersten Jahrestages des Hamas-Massakers organisierten wir in Kooperation mit dem New Israel Fund

(NIF) Deutschland einen Austausch mit jüdischen und palästinensischen Aktivist*innen und Expert*innen aus Israel. Gemeinsam diskutierten die eingeladenen Israelis bei einer öffentlichen Veranstaltung am 5. November 2024 in Berlin darüber, wo die demokratische Zivilgesellschaft in Israel ein Jahr nach dem 7. Oktober 2023 steht und wie sie Einfluss nehmen kann auf eine Gesellschaft, die von Trauma, Angst, Verwirrung und Polarisierung geprägt ist. Zusammen mit einer feministischen Partnerorganisation aus dem Gazastreifen veranstalteten wir zudem am 25. Juni 2024 eine öffentliche Podiumsdiskussion zu Frauenrechten in Palästina.

Podcast

Our Voices, Our Choices

„Our Voices, our Choices“ ist unsere internationale geschlechterpolitische Podcast-Reihe. Hier werden Geschichten über Frauen- und LGBTQI+-Menschenrechte erzählt: von Menschen, deren Stimme nicht oft gehört wird und deren Rechte eingeschränkt werden. Vier Folgen aus dem Jahr 2024 behandeln Feminismus und Krieg. Es geht um sexualisierte Gewalt im Krieg, um Schwangersein im Krieg, um feministische Solidarität trotz Krieg und um geschlechtergerechten Frieden.

➔ boell.de/de/podcasts/our-voices-our-choices-deutsch



Grafik: © Arinda Craciun

Der lange Schatten der US-Wahl – Veranstaltungen und Online-Dossier

Zu den US-Wahlen am 5. November haben wir im Jahr 2024 eine ganze Reihe von Veranstaltungen organisiert. Im Fokus standen vor allem die Zukunft der transatlantischen Beziehungen und die innenpolitische Lage in den USA. Sehr gefragt war auch die Expertise aus unserem Washingtoner Büro, wenn es um politische Einordnungen ging. Schon eine Woche nach Donald Trumps überraschend klarem Wahlsieg prophezeiten Dr. Ella Müller und Hannah Winnick in ihrer Analyse, dass ein mächtiger politischer Verfolgungsapparat und Autoritarismus im Staat entstehen werde und dass Selbstbewusstsein und Kampfgeist nötig sein würden, um das demokratische Projekt gegen eine radikale Rechte im Siegesrausch zu verteidigen.



Fachleute aus aller Welt diskutierten beim internationalen Kongress „Shipwrecked. Migration und Asyl in Europa neu denken“ in Thessaloniki in Workshops, Podien und Begegnungen über neue Ansätze in der europäischen Flüchtlingspolitik. Foto: © Heinrich-Böll-Stiftung

In Berlin fragten wir kurz vor der Wahl Ende Oktober bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion: „Was kommt auf die Wirtschaft zu?“ Mit der Journalistin Heike Buchter und dem Ökonomen Prof. Rüdiger Bachmann ordneten zwei profunde deutsche Stimmen aus den USA den ökonomischen Hintergrund der Wahl ein: Sie stellten vor allem die tief sitzende Enttäuschung vieler Amerikaner*innen gegenüber der politischen Klasse sowie die heftigen Effekte der Inflation und der wirtschaftlichen Ungleichheit insgesamt in den Vordergrund. Simone Menne und Andreas Audretsch analysierten außerdem die Handels- und Industriepolitik der USA gegenüber Europa. Zentrale Erkenntnisse aus den Diskussionen lassen sich im Podcast „It’s the Economy“ nachhören. Nachdem Donald Trump zum zweiten Mal die US-Wahlen für sich entscheiden konnte, diskutierten wir in der Podcast-Reihe „Märkte, Mächte, Emissionen“ mit dem bekannten Wirtschaftshistoriker Adam Tooze, was unter Trump 2.0 zu erwarten ist und welche Konsequenzen sich daraus für Deutschland und Europa ergeben. Dieser Podcast und sämtliche Analysen sind in unserem Online-Dossier zu den US-Wahlen zu finden.

Online-Dossier „Die US-Wahlen 2024“

➤ boell.de/die-us-wahlen-2024

Büro Tbilissi: Boell Talks im Südkaukasus

Seit der Pandemiezeit, in der Veranstaltungen gezwungenermaßen online stattfinden mussten, organisiert unser Büro in Tbilissi und die Außenstelle in Jerewan immer wieder „Boell Talks“. Mit diesen Online-Veranstaltungen wollen wir den Austausch zwischen der Region, Deutschland und Europa stärken sowie dringende politische Fragen im und um den Südkaukasus in Brüssel, Berlin und an anderen „Schaltzentralen“ auf die Agenda setzen. Dabei versuchen wir insbesondere, Stimmen und Perspektiven aus der Region und unserem Partnerspektrum – beispielsweise von Demokratie- oder Umweltaktivist*innen – Gehör zu verschaffen. 2024 lagen unsere Schwerpunkte auf der politischen Krise in Georgien und der Transformation der armenischen Außenpolitik hin zu Europa. Seitens deutscher und europäischer Entscheidungsträger nahmen unter anderem Sergey Lagodinsky, MdEP, Viola von Cramon, MdEP, und Debo-rah Düring, MdB, teil. Die Veranstaltungen werden oft sehr gut besucht, mit weit über 100, teils über 200 Anmeldungen und äußerst positivem Feedback.

Globale Einheit für Menschliche Sicherheit

Unsere „Globale Einheit für Menschliche Sicherheit“ mit Sitz in Wien bereichert seit 2023 unser internationales Netzwerk. Mit dieser Einheit wollen wir eine globale Sicherheitspolitik fördern, die auf den Schutz und das Wohlergehen von Individuen und Gemeinschaften ausgerichtet ist. Um die

vielfältigen Perspektiven darauf zu stärken, engagierte sich die Einheit im Jahr 2024 in internationalen und europäischen Foren, darunter die Münchner Sicherheitskonferenz, das Europäische Forum Alpbach und das Africa Facts Summit. Zudem initiierte sie die Human Security Salons, ein Austauschformat, in dem differenzierte Sicherheitsverständnisse mit realen politischen Entwicklungen zusammengedacht werden. Beispielsweise diskutierte ein Salon, wie sich gesteuerte Desinformation in Uganda negativ auf die Rechte und Freiheiten der LGBTQI-Community auswirkt.

Die Einheit unterstützt auch Forschungsprojekte zu zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen, darunter Desinformation, Cyberkriminalität und Klimasicherheit. Indem Konzepte wie feministische Außenpolitik und Klimasicherheit integriert werden, fördert sie die Entwicklung eines „grünen“ und gerechteren Sicherheitsverständnisses. Hierzu entstand auch eine Podcast-Reihe. Unsere Globale Einheit für Menschliche Sicherheit leistet mit ihrer Expertise und ihren weltweiten Verbindungen einen bedeutenden Beitrag zur Mission der Stiftung: die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und nachhaltiger Entwicklung weltweit.

Podcast-Reihe „Grüner Sicherheitsbegriff“

➔ boell.de/de/media/podcast-episode-podigee/gruener-sicherheitsbegriff-europaeische-nachrichtendienstagentur-eine

Thessaloniki: Migration und Asyl in Europa neu denken – Kongress

Mehr als 130 Expert*innen aus der ganzen Welt und aus Griechenland folgten der Einladung unseres griechischen Büros und erörterten vom 24. bis 25. Juni in Thessaloniki die aktuelle Situation rund um Migration und Asyl sowie die Perspektiven, die sich daraus ergeben. Einige der gemeinsamen Schlussfolgerungen waren, dass der neue EU-Pakt zu Migration und Asyl die menschliche Sicherheit außer Acht lässt; dass Migration und Solidarität immer stärker kriminalisiert werden; dass neue Technologien, Künstliche Intelligenz und digitale Formen der Überwachung immer öfter eingesetzt werden und schließlich, dass sich die extreme Rechte in ganz Europa durchsetzt, wobei Migrationsfragen zu ihren Hauptinstrumenten gehören. Unter den Teilnehmenden erwartete niemand eine Antwort auf all diese Herausforderungen von offiziellen Institutionen. Viel eher können Expert*innen unterschiedlicher Genese – Aktivist*innen, Jurist*innen, Journalist*innen, Akademiker*innen, Politiker*innen, Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen – in ihrem jeweiligen Bereich mit ihrem Fachwissen und ihrer Erfahrung zur Lösung der Probleme beitragen. Besonders hervorgehoben wurde die Notwendigkeit einer politischen Antwort auf die extreme Rechte und eines „Gegenangriffs“ durch die fortschrittliche und demokratische Welt. Neben Workshops, einer öffentlichen Konferenz, diversen Netzwerktreffen und einer Fotoausstellung über die Erfahrungen von LGBTQI+-Flüchtlingen gab es auch ein Open-Air-Konzert mit traditionellen griechischen Liedern.



Auf dem Panel „Generation Z“ in der Türkei – Perspektiven für die Gestaltung unserer Zukunft“ diskutierten Baran Örnek, Yonca Verdioğlu, Nevzat Taşçı und Berfin Hanalp.(v.l.n.r.) Foto: © Caner Ozkan

Türkei: Dreißigjähriges Jubiläum unseres Büros in Istanbul – Ausstellung und Konferenz

Zu den ersten Büros, die die Stiftung im Ausland eröffnete, gehört das Büro in Istanbul. 1994 gegründet in einer Zeit extremer politischer Gewalt, aber zugleich aufblühender Zivilgesellschaft, nahm ein kleines Team unter Fügen Uğur die Arbeit auf. Zum Jubiläum haben wir eine Ausstellung erarbeitet, die anhand von Plakaten, Veranstaltungsankündigungen, Zeitschriftentiteln und Fotos der letzten 30 Jahre an die Vielfalt der Arbeit erinnert und in Wort und Bild zeigt, wie diese Arbeit mit der politischen Entwicklung in der Türkei und dem Werden und Wirken der Zivilgesellschaft verknüpft war. Auf einer Konferenz diskutierten wir mit Prof. Hartmut Rosa aus Jena und unseren Stipendiat*innen, wie in einer Zeit wachsenden Autoritarismus, in der Furcht als politisches Mittel eingesetzt wird und Rat- und Sprachlosigkeit die Folge sind, Zukunftsräume eröffnet werden können für ein neues Nachdenken über die Türkei. Einfache Antworten gibt es nicht, und einen repressiven Populismus kann man sich nicht einfach wegwünschen. Aber es wurde deutlich: In der jungen Generation wächst der Wunsch, die Verhärtungen aufzubrechen, in Rosas Worten „Resonanzräume“ zu schaffen. Wir als Stiftung können sie dabei unterstützen. Über den EU-Beitrittsprozess und andere Kanäle müssen wir weiterhin mit der türkischen Regierung zusammenarbeiten, aber auch den Druck auf sie aufrechterhalten. Das bekräftigten auch Stiftungsvorstand Jan Philipp Albrecht und die Staatsministerin Claudia Roth, die als Festredner*innen zugegen waren.

Ausstellung ➔ tr.boell.org/en/heinrich-boll-stiftung-istanbul-1994-2024-30-years-civil-society-and-politics-turkey

Demokratie verteidigen – Freiheit und Menschenrechte sichern

Demokratien gewinnen Kraft aus Offenheit und der Fähigkeit, Irrtümer zu korrigieren. Nur so lassen sich Klimakrise, geopolitische Umbrüche und technologische Risiken bewältigen. Stabilität entsteht nicht durch Unterdrückung, sondern durch die Verteidigung der Menschenrechte. Wer Demokratie schützt, verteidigt die Freiheit und die Würde jedes Menschen – gegen ihre Verächter*innen von innen und außen. Wir arbeiten mit unseren Partnerorganisationen in aller Welt daran, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen und die Würde des Menschen zu schützen. Hierzu gehören auch Konzepte für gerechte Verhältnisse zwischen den Geschlechtern.



Demonstration gegen rechts, Nürnberg, 2024, Foto: © IMAGO / Panama Pictures

„Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen“ – Leipziger Autoritarismus-Studie 2024

Die aktuelle Studie zeigt eine deutliche Kluft zwischen demokratischem Ideal und politischer Praxis. Während 90 Prozent der Befragten die „Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist“, positiv bewerten, äußern nur 42,3 Prozent Zufriedenheit mit der „Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik funktioniert“. Im Westen liegt die Zustimmung bei 45,5 Prozent, im Osten nur bei 29,7 Prozent.

Eine erstmals eingesetzte Freitext-Befragung verdeutlicht die Ursachen für die Unzufriedenheit: Am häufigsten kritisiert werden „Politiker“, „Parteien“, „Regierung“ und „Bürokratie“. Offensichtlich verstärken krisenhafte Zeiten die Skepsis gegenüber den Problemlösungskompetenzen demokratischer Institutionen. Hinzu kommt das verbreitete Gefühl, politisch kaum Einfluss nehmen zu können.

Zwar ist der Anteil der Befragten mit geschlossen rechtsextremem Weltbild rückläufig. Doch die Gefahr bleibt: Ausländerfeindliche Einstellungen sind weiterhin stark verbreitet und nehmen in Westdeutschland sogar zu. Auch antisemitische Haltungen sind fest in der Gesellschaft verankert – unabhängig von der politischen Selbstverortung. Die Studie bestätigt zudem erneut enge Verbindungen zwischen antisemitischen und antifeministischen Einstellungen, wie bereits 2022 festgestellt.

Das Fazit fällt ernüchternd aus: Die Zustimmung zur Demokratie als Prinzip ist hoch, doch ihr praktisches Funktionieren wird kritisch gesehen. Zugleich bleiben diskriminierende Einstellungen ein ernstes gesellschaftliches Problem, das unsere demokratische Kultur langfristig untergräbt.

Leipziger Autoritarismus-Studie

➔ boell.de/leipziger-autoritarismus-studie

Ostdeutsche Zivilgesellschaft stärken

Beim 17. Forum Bürgergesellschaft in Saalfeld diskutierten im November 2024 Engagierte aus Zivilgesellschaft, Verwaltung, Wirtschaft und Politik über Strategien zur Stärkung von Demokratie und Teilhabe in Ostdeutschland. Unter dem Titel „Kann die Wirtschaft die Demokratie retten?“ stand die Rolle ökonomischer Akteure im Mittelpunkt. Elisabeth Niejahr von der Hertie-Stiftung stellte dabei die Initiativen „Business Council for Democracy“ und „Leaders for Democracy“ vor.

Das Forum, getragen von der Stiftung Bürger für Bürger (Halle), der Zeit-Bucerius-Stiftung, der Freudenberg-Stiftung und weiteren Partnern, ist seit Jahren eine zentrale Plattform für den fachlichen und strategischen Austausch.

Parallel dazu engagieren wir uns in der Initiative „Zukunftswege Ost“. Im Rahmen regionaler Demokratietage bringen wir NGOs, Verwaltungen, Stiftungen und Unternehmen zusammen. Ziel ist es, Kooperationen auszubauen, bürokratiearme Förderwege zu schaffen und auch private Mittel für die Stärkung demokratischer Kultur zu mobilisieren. Besonderes Augenmerk liegt darauf, regionale Wirtschaftsakteure stärker in die Verantwortung für ein offenes, demokratisches Umfeld einzubinden. ➔ zukunftswege-ost.de

„Tu was“ – Buchvorstellung mit Ruprecht Polenz und Anne Rabe

Das Vertrauen in Institutionen, Parteien und Verwaltung entsteht nicht von allein. Es braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren. Das betonte der CDU-Politiker Ruprecht Polenz im September im Gespräch mit der Schriftstellerin Anne Rabe über die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen. Trotz mancher ernüchternder Ergebnisse warnte er vor Resignation und warb für aktive Mitwirkung, denn nur Engagement könne die Demokratie stärken. In seinem Buch „Tu was“ beschreibt Polenz konkrete Möglichkeiten – vom Widerspruch im Alltag über Demonstrationen, Leserbriefe und den Gang zur Wahlurne bis hin zu respektvollen Debatten in den sozialen Medien. Selbst kleine Gesten seien bedeutsam: „Nichts stärkt den Zusammenhalt mehr, als sich zu bedanken.“ Gemeinsam mit Rabe, die wie er Initiativen in der Oberlausitz unterstützt, unterstrich Polenz die Notwendigkeit, gerade dort solidarisch zu handeln, wo antiliberalen Kräfte das Klima prägen. Demokratie brauche Mitwirkung: „All hands on deck gilt auch für unsere Demokratie“, resümierte Polenz.

Podcast

Pick Your Battles

„Pick Your battles“ – diese Redewendung bedeutet soviel wie: Lasst uns über das streiten, was relevant ist. Wir brauchen wieder einen konstruktiven Streit über die politischen Themen, die uns im Alltag bewegen. Unser Video-Podcast-Format soll dazu einen Beitrag leisten. 6 Fragen in jeweils 6 Minuten debattiert Jan Philipp Albrecht, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, mit bekannten Personen aus dem öffentlichen Leben, u.a. mit Bernd Ulrich, Robin Alexander, Helene Bubrowski, Sabine Rennefanz, Ulrike Herrmann.

➔ boell.de/de/pick-your-battles



Im Studio: Jan Philipp Albrecht im Gespräch mit der Journalistin und Autorin Ulrike Herrmann.

Foto: Annette Maennel



Round Table auf der Konferenz „Media Matters – Medien, Journalismus & demokratische Debatte“, Foto: © Stephan Röhl

Zuhören, hinsehen – Zur gesellschaftlichen Debatte seit dem 7. Oktober in Deutschland

Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der bis heute anhaltende Krieg in Gaza haben großes Leid über die Menschen in der Region sowie die Menschen in der jüdischen, israelischen und palästinensischen Diaspora in Deutschland gebracht. Anstatt diese Komplexität und die Gleichzeitigkeit von Antisemitismus und Rassismus, von Trauer, Schmerz und Enttäuschung über fehlende Empathie auf allen Seiten anzuerkennen und darüber zu sprechen, ist die öffentliche Debatte von Polarisierung, Spaltung und Dogmatismus geprägt.

Wir haben Autor*innen dazu eingeladen, aus verschiedenen Perspektiven die Debatten und ihre Leerstellen in Deutschland nach dem 7. Oktober zu beleuchten. Sie eint das Anliegen, zu einem gesellschaftlichen Diskurs beizutragen, der offen, demokratisch und solidarisch ist.

➤ heimatkunde.boell.de/de/zuhoeren-hinsehen

Media Matters – Konferenz und Online-Reihe

2024 war ein Wahljahr von besonderer Tragweite: In Deutschland, Europa und den USA haben Abstimmungen die politischen Kräfteverhältnisse verschoben und gezeigt, wie sehr demokratische Öffentlichkeiten unter Druck stehen. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2025 widmete sich die Konferenz „Media Matters – Medien, Journalismus & demokratische Debatte“ im November der Frage, wie Vertrauen in öffentliche Diskurse zurückgewonnen werden kann.

Im Zentrum standen Podien mit Julia Reuschenbach (FU Berlin), Paulina Fröhlich (Progressives Zentrum), Stefan Niggemeier (Übermedien), Maria Exner (publix), Franziska Schubert (Bündnis 90/Die Grünen) und Comedienne Katharina Linnepe. Die Themen reichten von „Vertrauen“ bis zu „Geschichten des Gelingens“. Fachforen diskutierten die Zukunft des Berufs Journalist*in, Klimajournalismus und Wahlkampfberichterstattung in polarisierten Zeiten. Die Tagung war Teil der „Zukunftswoche“, die sich dem Zustand der demokratischen Öffentlichkeit in Deutschland widmete.

Parallel beleuchtete die Online-Reihe „Journalismus unter Druck“ den Umbruch der Branche. Gute Information kostet – und Vertrauen ist eine fragile Ressource. In vier Folgen debattierten Expert*innen Handlungsoptionen für Medienpolitik und Praxis. In Folge #2 stellte Julian Jaursch (interface) den Digital Services Act vor, im Gespräch mit Tabea Rößner (MdB) und Katja Musafiri (Neue deutsche Medienmacherinnen). Alle Beiträge sind nachzuhören und in einem zweiteiligen Podcast zusammengefasst.

„Media Matters“ ➤ boell.de/media-matters

Dokumentation und Podcasts ➤ boell.de/de/journalismus-unter-druck

Dossier: Bedrohte Kommunalpolitik – Angriff auf die Basis der Demokratie

Immer häufiger werden Kommunalpolitiker*innen angefeindet und bedroht. Das BKA zählte 2023 rund 5.400 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger*innen – ein Alarmsignal für die Demokratie. Wer in der Kommune Verantwortung übernimmt, tut dies oft ehrenamtlich.

Drohungen und Beleidigungen führen jedoch dazu, dass manche ihr Mandat niederlegen, nicht mehr kandidieren oder ihre Meinung nur vorsichtig äußern. Vielfalt in der Repräsentation und die Gewinnung neuen politischen Personals sind dadurch massiv gefährdet.

Um Betroffene zu stärken, erschien im Juli das Dossier „Vielfalt im Parlament: Politiker*innen im Gespräch“. Es porträtiert sieben Kommunalpolitiker*innen verschiedener demokratischer Parteien und parteiunabhängige Mandatsträger*innen, die trotz Bedrohungen standhaft bleiben. Entstanden sind die Beiträge teils in Kooperation mit parteinahen Stiftungen.

Zusätzlich bietet das „KommunalWiki“ zwei neue Informationsseiten: „Bedrohte Kommunalpolitik“ mit Hilfsangeboten und Handlungsempfehlungen sowie „Umgang mit Rechtspopulismus in der Kommune“. Beide sollen kommunalpolitisch Aktiven konkrete Unterstützung im Alltag geben.

Dossier „Vielfalt im Parlament“

➔ heimatkunde.boell.de/de/vielfalt-im-parlament

KommunalWiki ➔ kommunalwiki.boell.de

Von Boomern, Millennials und der Generation Z – Neujahrstagung der Grünen Akademie

Die Frühjahrstagung der Grünen Akademie befasste sich im Februar 2024 mit der Zukunft der Demokratie aus intergenerationeller Sicht. Demokratien müssen nicht nur die Anliegen der heute Lebenden berücksichtigen, sondern auch die Interessen künftiger Generationen. Klimabewegungen, weitreichende Infrastrukturentscheidungen und die Stabilität demokratischer Institutionen verdeutlichen die Tragweite dieses Anspruchs.

Der demografische Wandel verschiebt dabei die Gewichte: In einer alternden Gesellschaft gewinnen die Stimmen älterer Wähler*innen proportional an Einfluss, während zugleich die Klimakrise eine besondere Verantwortung gegenüber Jüngeren und Noch-nicht-Geborenen schafft. Diskutiert wurden Spannungen zwischen Kontinuität und Wandel – von Einstellungen und Narrativen bis zur Verfassungsentwicklung. Die Akademie plädiert für intergenerationelle Bündnisse, die gesellschaftliche Mehrheiten für eine zukunftsfähige Demokratie sichern können.

Wie bleibt die Rente stabil und bezahlbar? – Online-Mittagsgespräch

Die Rente gilt als zentrales Versprechen des Sozialstaats: Wer arbeitet, soll im Alter abgesichert sein. Doch der demografische Wandel stellt dieses Versprechen zunehmend infrage. Politik und Gesellschaft ringen um die Balance zwischen auskömmlichen Renten und einer gerechten Finanzierung. Mit dem Rentenpaket II will die Bundesregierung beides sichern: ein stabiles Rentenniveau und langfristig bezahlbare Beiträge – unter anderem durch ein „Generationenkapital“.

Über Chancen und Grenzen dieses Vorhabens diskutierten wir im Frühjahr 2024 beim Online-Mittagsgespräch „Alterssicherung mit Zukunft: Wie bleibt die Rente stabil und bezahlbar?“. Vertreter*innen grüner Politik, der Wissenschaft, der Gewerkschaften und der Sozialverwaltung stritten

über Reformbedarf und Lösungsansätze: von der Dämpfung der Beitragslast über Maßnahmen gegen Altersarmut bis zur Stabilisierung der Renten. Klar wurde: Die alternde Gesellschaft fordert neue Antworten. Wir werden die Folgen weiter diskutieren – auch mit Blick auf die Zukunft der Sozialsysteme und die Sicherung der Daseinsvorsorge.

➔ boell.de/de/stiftung/gruene-akademie

Dossier zum Internationalen Frauentag
am 8. März 2024

„Gender Pay Gap, Vereinbarkeit und Lebenswege“



Christiane Brenner, Vorsitzende der IG Metall,
Foto: Thomas Pinot

Wie steht es um die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern? Wie steht es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Wie sieht es in den Chefetagen aus und was bedeutet es, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen? Mit Beiträgen, Interviews und Infografiken rückten wir auch das Thema Frauen und Arbeit in den Fokus. Derzeit zeigt sich: Mehr Frauen in der Erwerbsarbeit könnten den vielerorts beklagten Fachkräftemangel abfedern. Studien belegen zugleich, dass sich viele Frauen genau das wünschen: eine stärkere berufliche Teilhabe.

Dossier ➔ boell.de/de/gender-pay-gap-vereinbarkeit-und-lebenswege

Bildung als Recht für alle!

In Deutschland gelten rund 2,2 Millionen Schüler*innen als „bildungsarm“ – sie erreichen in Deutsch und Mathematik nicht einmal Mindeststandards. Die PISA-Studie 2018 zeigte bereits: Jugendliche aus einkommensschwachen Familien liegen im Schnitt bis zu dreieinhalb Schuljahre hinter Gleichaltrigen aus wohlhabenden Haushalten zurück. Die Heinrich-Böll-Stiftung setzt sich seit Langem dafür ein, Bildungsbenachteiligungen abzubauen und gesellschaftliche Teilhabe zu stärken. Ein Beispiel ist die fünfteilige Podcast-Reihe „Bildung als Recht für alle!“, die konkrete Ansätze für mehr Chancengerechtigkeit beleuchtet. Expert*innen wie Petra Stanat und Aladin El-Mafaalani machen deutlich, welche Herausforderungen die ungleichen Lernvoraussetzungen mit sich bringen – und wie wichtig

Investitionen in frühkindliche Bildung, Grundschule und Lehrkräftefortbildung sind.

Die Reihe schlägt den Bogen von „Lernen mit der Praxis“ über „Mathematik für Lernschwache“ bis hin zur Frage nach einem „Bildungsminimum“. Eine Bonusfolge widmet sich unbewussten Vorurteilen von Lehrkräften: Häufig beeinflussen Geschlecht, Herkunft oder sozialer Status die Erwartungen an Schüler*innen – mit Folgen für deren Bildungsweg. Wie sich diese Stereotype abbauen lassen, zeigen sechs Empfehlungen im Policy Paper „Unterschätzte Potenziale heben“.

Podcast-Reihe „Bildung als Recht für alle!“

➤ boell.de/de/podcast-bildung-als-recht-fuer-alle

Böll.Brief „Unterschätzte Potenziale heben.“

Stereotype bei Lehrkräften abbauen“

➤ boell.de/de/2024/03/19/unterschaetzte-potenziale-heben

„achtzehn“ – Porträtausstellung und Veranstaltung

Am Übergang ins Erwachsensein sieht sich die junge Generation mit einer Vielzahl globaler Krisen konfrontiert: Klimawandel, Pandemien, geopolitische Konflikte und gesellschaftlicher Wandel prägen ihr Bild von der Zukunft. Gleichzeitig fehlt es an Orten, an denen Jugendliche ihre Perspektiven einbringen und gesellschaftliche Teilhabe erleben können und ernst genommen werden.

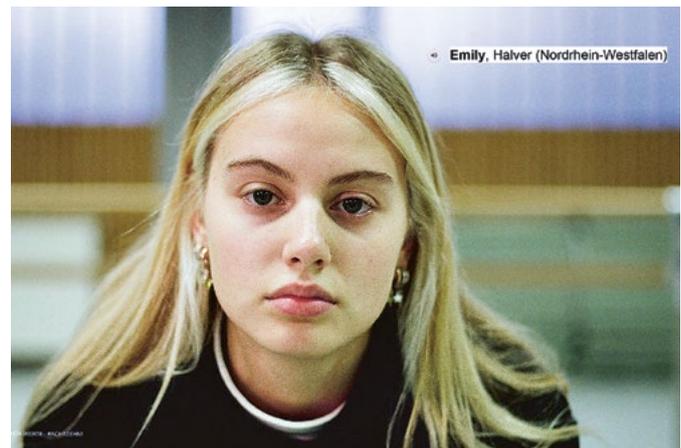
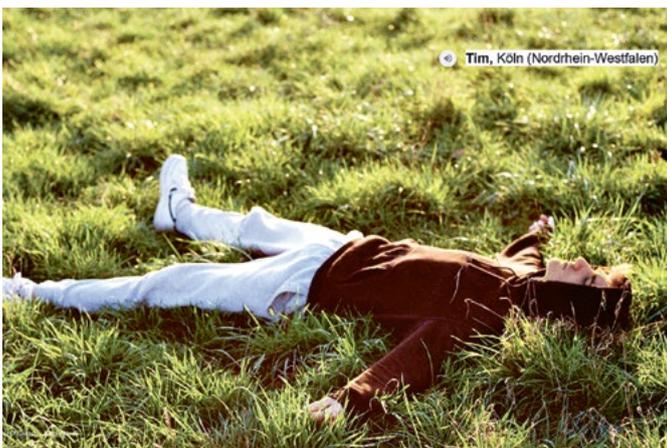
Die Berliner Ausstellung „achtzehn“ des Museums für Werte setzte genau hier an. Statt über die Jugend zu sprechen, erhielten junge Menschen selbst das Wort. Der Fotograf John Kolya Reichart begleitete 35 Achtzehnjährige aus ganz Deutschland jeweils einen Tag lang, ließ sich zu wichtigen Stationen ihrer Vergangenheit und Zukunft führen und sprach mit ihnen über Träume, Hoffnungen und Ängste. Die Porträts und Interviews wurden in einer multimedialen Schau im Zeiss Großplanetarium gezeigt. Sechs Wochen lang bot „achtzehn“ nicht nur eindrucksvolle Einblicke in Lebensrealitäten, sondern auch Raum für Dialog zwischen den Generationen. Rund 25.000 Besucher*innen, darunter zahlreiche Schulklassen, erlebten die Ausstellung.

Einer der Höhepunkte war die Veranstaltung „common ground“: Hundert Teilnehmende diskutierten im persönlichen Kreis über die großen und kleinen Fragen unserer Zeit – vom Klimaschutz bis zu Zukunftsängsten.

Mit der geplanten Wanderausstellung wird „achtzehn“ neue Räume öffnen, in denen die Stimmen junger Menschen gehört werden und Dialoge entstehen können, die weit über die Kunst hinausweisen.

Ausstellung „achtzehn“

➤ wertemuseum.de/de/projects/ausstellungen/achtzehn





Jugendtreffen im Senegal, Foto: © Heinrich-Böll-Stiftung

International

Thessaloniki: Konferenz „Demokratie heute – unsere Welt morgen“

Griechenland feierte 2024 den 50. Jahrestag der Wiederherstellung der Demokratie. Nach dem Sturz der siebenjährigen Militärdiktatur legte Konstantinos Karamanlis am 24. Juli 1974 den Amtseid als Ministerpräsident ab – Beginn der Dritten Griechischen Republik. Aus diesem Anlass organisierte unser Büro in Thessaloniki im Oktober eine Konferenz in Athen.

Im Zentrum stand die Sorge über die sinkende Wahlbeteiligung. Demokratie, so die Botschaft, lebt vom Engagement der Bürger*innen. Doch fünf Jahrzehnte nach dem Neubeginn steht sie in Griechenland unter Druck: Antidemokratische Stimmen gewinnen an Einfluss, Rechtsstaatlichkeit erodiert, politische Teilhabe schwindet.

Anstatt die Erfolge der Vergangenheit zu feiern, diskutierte die Konferenz aktuelle Krisen und Zukunftsperspektiven. Ein Panel beleuchtete Versäumnisse der Politik, etwa beim Abbau sozialer und räumlicher Ungleichheiten oder beim schleppenden Fortschritt der Geschlechtergerechtigkeit. Auch Einschränkungen der Pressefreiheit und der Aufstieg der extremen Rechten wurden thematisiert.

Vertreter*innen der Zivilgesellschaft stellten zudem lokale Ansätze vor: Energiegenossenschaften, die gemeinschaftlich Ressourcen nutzen, oder Projekte, die Kinder in die Stadtplanung einbeziehen. Ihre Botschaft: Demokratie bleibt nur lebendig, wenn sie im Alltag erfahrbar ist.

Senegal: Jugendtreffen zum Verständnis des Liberalismus, gemeinsam mit dem Büro Wien und dem Exzellenzcluster „Liberal Scripts“

Jahr für Jahr drängen bis zu 200.000 junge Senegales*innen auf einen Arbeitsmarkt, der ihnen kaum Perspektiven bietet. Ein würdiges Einkommen, Bildung als Aufstiegschance oder die Gründung einer Familie – für viele bleibt dies ein unerfüllter Traum. Zehntausende verlassen das Land auf gefährlichen Migrationsrouten, getrieben von der Hoffnung auf ein besseres Leben anderswo. Wer bleibt, erhebt zunehmend Protest gegen eine Politik, die als entrechtend und bevormundend empfunden wird.

Welche Erwartungen kann eine Generation noch haben an ein System, das sich demokratisch nennt, aber zentrale Versprechen wie wirtschaftliche Teilhabe, politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit nicht einlöst? Um diese Frage ging es beim „Pencum Ndawyi – dem Plenum der Jugend“, zu dem junge Menschen aus allen Regionen Senegals in Dakar zusammenkamen. Organisiert von unserem Büro in Dakar, dem Exzellenzcluster SCRIPTS und der Globalen Einheit für Menschliche Sicherheit in Wien, bot die mehrtägige Veranstaltung Raum für Austausch, Vernetzung und gemeinsame Visionen.

Die Debatten waren vielfältig: mal laut, mal leise, oft wütend – doch immer getragen von Hoffnung. Auf Gorée, dem historischen Ausgangspunkt des Sklavenhandels, reflektierten die Teilnehmenden, wie globale Machtverhältnisse ihr Leben prägen und welche Veränderungen nötig sind. „Wir sind nicht gegen Frankreich oder den Westen – aber wir fordern eine neue Ordnung der Nord-Süd-Beziehungen, die uns



Ausstellung „Healed Lands“: Im Dorf Peremoha bei Kyjiw, das unter russischer Besatzung stand, schließen sich die Menschen zusammen, um ihre Kirche wieder aufzubauen. Foto: Pavlo Pavlov

faire Chancen, Mitsprache und soziale Teilhabe sichert“, hieß es. Solche Stimmen prägten das Plenum und machten deutlich: Die Jugend Senegals fordert Veränderung – entschlossen, kritisch und voller Erwartung an die Zukunft.

Feminist Media Lab – Netzwerktreffen und Workshops

Vom 20. bis 22. November 2024 fand in Berlin das erste Feminist Media Lab statt. Fünfzehn FLINTA*-Journalist*innen aus Europa nutzten den geschützten Raum, um über Bedrohungen und Belastungen im öffentlichen wie digitalen Raum zu sprechen. In Workshops zu feministischer Cybersicherheit, Gender und Desinformation sowie zu Stressmanagement wurde deutlich: Die Herausforderungen ähneln sich europaweit, der Bedarf an stärkeren Netzwerken ist groß. Das Format wird daher künftig in digitalen feministischen Roundtables fortgeführt, um Austausch und Gegenstrategien langfristig zu stärken.

Büro Santiago de Chile: Internationaler Tag der Pressefreiheit

Vom 2. bis 4. Mai 2024 fand in Chile die 31. Internationale UNESCO-Konferenz zum Tag der Pressefreiheit statt. Unter dem Motto „Presse für den Planeten: Journalismus in der Umweltkrise“ ging es um die Rolle von Medien in nachhaltiger Entwicklung und angesichts erstarkender antidemo-

kratischer Kräfte in Lateinamerika. Unser Büro in Santiago de Chile arbeitet mit Partnerorganisationen daran, Meinungsfreiheit zu stärken und Zugang zu verlässlichen Informationen zu sichern. Auf der Konferenz wurde die „Koalition zur Stärkung der Pressefreiheit“ (COFLE) vorgestellt – ein Netzwerk von Journalist*innen und Aktivist*innen, das gegen antidemokratische Narrative und für den Schutz der Menschenrechte eintritt. Präsentiert wurden zudem der „Gemeinsame Bericht der Zivilgesellschaft über die Meinungsfreiheit“ sowie ein alternativer Bericht zur Überprüfung Chiles vor dem UN-Menschenrechtsausschuss.

In Side Events diskutierten Teilnehmende digitale Gewalt, Desinformation, die Rolle des feministischen Journalismus und die Verantwortung der Medien in der ökologischen Krise. Unser Büro brachte außerdem vierzig feministische Journalist*innen zu einem regionalen Treffen zusammen, um über die Lage von Menschenrechtsverteidiger*innen zu sprechen und Netzwerke zu stärken.

Büro Kyjiw: Das Sunny Bunny LGBTQ+-Filmfestival

Das „Sunny Bunny LGBTQ+ Filmfestival“ ist ein Leuchtfeuer für Sichtbarkeit und Vielfalt in der ukrainischen Kulturlandschaft. Als eine der wichtigsten Plattformen für queeres Kino bietet es Raum für Geschichten, Stimmen und Perspektiven, die sonst oft unsichtbar bleiben. Gemeinsam mit dem Büro Kyjiw organisiert, zeigt es Filme, die Stereotype hinterfragen, Dialog fördern und die Vielfalt queerer Erfahrungen aus aller Welt und der Ukraine feiern.

In einem Land, das sich gegen die russische Invasion und ihre von Homophobie geprägte Kolonialpolitik wehrt, ist Sunny Bunny weit mehr als ein Filmfestival: Es ist ein Akt des Widerstands. Die Ursprünge reichen ins Jahr 2000 zurück, als das Kyjiwer Internationale Filmfestival Molodist erstmals eine LGBTQ+-Sektion einrichtete. 2022, im Schatten des Krieges, wurde Sunny Bunny unabhängig – ein mutiges Signal des Trotzes.

2024 brachte Chancen und Hindernisse. Einerseits gewann das Festival internationale Anerkennung, zog Film-schaffende und Publikum aus vielen Ländern an und löste wichtige Debatten über Menschenrechte aus. Andererseits ist die Organisation unter Kriegsbedingungen riskant und mit logistischen Problemen, Sicherheitsbedenken und finanzieller Unsicherheit verbunden. Doch dank des Engagements des Teams wächst Sunny Bunny weiter. Ein Höhepunkt war das verstärkte Interesse junger Menschen. Mit mehr als 61 Vorführungen von Kurz- und Langfilmen, begleitet von Diskussionen und Sonderveranstaltungen, bot das Festival einen sicheren Raum für Begegnung und Austausch. Sunny Bunny zeigt: Kultur bleibt auch im Krieg ein starkes Zeichen für Vielfalt und Freiheit.



Kolumbiens historischer Durchbruch mit Causa Justa. Grünes Tuch, klare Botschaft: Ein Symbol erobert Lateinamerika, Foto: © Victoria Holguín

Kolumbien: Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen

Im Februar 2022 entkriminalisierte der Kolumbianische Verfassungsgerichtshof mit dem Urteil C-055 Schwangerschaftsabbrüche bis zur 24. Woche. Frauen, Mädchen, trans Männer und nicht binäre Personen dürfen seither selbstbestimmt abtreiben, ohne Gründe angeben oder Voraussetzungen erfüllen zu müssen. Nach dieser Frist gelten die drei bereits bestehenden Indikationen: Gefahr für Leben oder Gesundheit, schwere Fehlbildung des Fötus sowie Schwangerschaft nach Vergewaltigung oder Inzest – ohne zeitliche Begrenzung.

Das Urteil gilt als großer Erfolg der feministischen Bewegung Lateinamerikas, vor allem der Plattform Causa Justa, die 2017 aus der Vereinigung „La Mesa por la Vida y la Salud de las Mujeres“ hervorging. Heute vereint sie fast hundert Organisationen aus über zwanzig Regionen Kolumbiens. Ihr zentrales Ziel ist die Verteidigung von Frauenrechten, körperlicher Selbstbestimmung sowie sexuellen und reproduktiven Rechten – insbesondere die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.

Wie viele feministische Bewegungen nutzt auch Causa Justa das grüne Tuch als Symbol. Es geht auf die „Madres de la Plaza de Mayo“ zurück und wurde in den 2000er-Jahren in Argentinien von Frauenorganisationen aufgegriffen. Seit 2018 steht es in ganz Lateinamerika für mehr Sichtbarkeit, Einfluss und Anerkennung feministischer Kämpfe.

Ukraine: Ausstellung und Texte „Healed Lands“ – Geschichten aus den befreiten Gebieten

Die Autor*innen und Fotograf*innen zeichnen bewegende Bilder vom Neubeginn in ukrainischen Gemeinden, die von der russischen Armee besetzt oder belagert waren. Ihre Texte und Bilder vermitteln, wie Menschen trotz Krieg und Zerstörung die Kraft finden, weiterzuleben und anderen Hoffnung zu schenken. Sie erzählen von außergewöhnlichen Persönlichkeiten, die mit Mut und Tatkraft ganze Städte und Dörfer wiederaufbauen und so zu Vorbildern in einer Zeit der Dunkelheit werden.

➤ boell.de/de/2024/01/05/ukraine-geschichten-aus-den-befreiten-gebieten



Demokratie: Vielfältige Wege, ein gemeinsames Ziel

Weltweit geraten Freiheit, Presse, Wahlrecht und Justiz ins Visier autoritärer und rechtsextremer Kräfte. Doch viele Menschen lassen sich nicht einschüchtern: Sie kämpfen für Menschenrechte, Gleichberechtigung, Klimaschutz und eine gerechte Wirtschaft. Sie fordern, dass Gerichte Recht sprechen und Missstände öffentlich gemacht werden – ebenso wie mögliche Lösungen. Dieses Heft porträtiert einige von ihnen – als Zeichen unserer Solidarität und als Ermutigung. Denn Demokratie lebt von Engagement. Ohne sie ist alles nichts.

➤ boell.de/de/boellthema-22024-demokratie

Umkämpfte Erinnerungskultur als gesellschaftliche Herausforderung

Erinnerungskultur ist heute mehr denn je politisch umkämpft: Zwischen Mahnung, Identität und Instrumentalisierung entscheidet sich, wie Gesellschaften Vergangenheit deuten – und welche Lehren sie für die Zukunft ziehen. Auch Bildungsarbeit hat den Auftrag, sich mit einer vielfältigen Erinnerungskultur auseinanderzusetzen.

*„Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen sollen Gewalterfahrungen gegenseitig anerkennen und Verantwortung übernehmen – als mündige Bürger*innen in einer Demokratie.“* Mirjam Wenzel (Jüdisches Museum Frankfurt)



Schwerpunkt „Geschichte der Gegenwart / Geschichte und Gegenwart“

Geschichte spielt in der Öffentlichkeit eine wachsende Rolle. Sie dient als Erklärung, um unsere von Kriegen und Krisen geprägte Gegenwart zu verstehen, und wird zugleich politisiert: in sozialen Medien, von rechtspopulistischen Parteien oder als Antwort auf den politischen Rechtsruck.

Die gängige Erzählung, 1945 habe den entscheidenden Wendepunkt zu einem demokratischen, gerechten und geeinten Europa markiert, reicht zur Erklärung der Welt des 21. Jahrhunderts nicht mehr. Heute rücken andere Zeiträume in den Blick: die 1970er- und 1990er-Jahre ebenso wie die Bezüge zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Fragen zu Klimawandel, Digitalisierung oder dem Erstarken rechter Bewegungen lassen sich nur durch erweiterte historische Perspektiven verstehen.

In unserem Schwerpunkt „Geschichte der Gegenwart / Geschichte und Gegenwart“ beschäftigen wir uns mit diesem veränderten Umgang mit Geschichte. Einerseits geht es darum, welche historischen Prozesse helfen, die komplexe Gegenwart zu deuten. Andererseits um die politische Dimension: Wie lässt sich Geschichte als Ressource für die Demokratie nutzen?

Den Auftakt bildeten 2024 zwei Buchvorstellungen zu den 1990er-Jahren: Der Roman „Brandspuren“ thematisiert rechte Gewalt, das Buch „Blumen und Brandsätze“ den Migrationsdiskurs jener Jahre. Mit den Historikern Klaus Neumann, Janosch Steuer, Patrice G. Poutrus und der Autorin Manja Präkels wurde diskutiert, warum diese Dekade entscheidend für das Verständnis unserer Zeit ist. Steuer und Präkels vertieften ihre Perspektiven zudem in einem Podcast.

Themenseite

➔ boell.de/de/geschichte-der-gegenwart-geschichte-gegenwart

Podcast-Episode

➔ boell.de/de/media/podcast-episode-podigee/janosch-steuer-und-manja-praekels-rechte-gewalt-den-neunzigerjahren

Podiumsdiskussion „75 Jahre Grundgesetz und 35 Jahre friedliche Revolution“

Nach 1989 blieb eine grundlegende Debatte über eine neue Verfassung oder eine Volksabstimmung aus, die dem Grundgesetz höhere Legitimation für das vereinte Deutschland hätte geben können. Zum 75. Jahrestag des Grundgesetzes werden diese Fragen erneut gestellt. Zwar genießt es weiterhin hohes Vertrauen, doch eine Studie des Mercator Forums Migration und Demokratie (TU Dresden) zeigt: Menschen mit ostdeutscher Prägung bringen Demokratie und Grundgesetz deutlich weniger Vertrauen entgegen.

Die Veranstaltung „75 Jahre Grundgesetz und 35 Jahre friedliche Revolution“ widmete sich den Ursachen dieser Differenzen und der Frage, wie ein gesamtdeutscher Diskurs über die Grundlagen des Gemeinwesens gelingen kann. Zugleich ging es darum, die friedliche Revolution und die schwierigen Transformationsjahre Ostdeutschlands stärker ins gemeinsame Erinnern einzubinden. Judith C. Enders, Initiatorin der Netzwerke „3. Generation Ostdeutschland“ und „Perspektive Hoch Drei“, sowie der junge Stadtrat Paul Löser aus Sebnitz berichteten aus persönlicher Perspektive.

Der Historiker und Autor Ilko-Sascha Kowalczuk ordnete die Entwicklungen ein, moderiert von Vorstand Jan Philipp Albrecht.

Mitschnitt ➔ youtube.com/watch?v=fBDRaTiLXvU

Videointerviews und Veranstaltungsmitschnitt

➔ boell.de/de/80-jahre-nach-dem-warschauer-aufstand-1944-historische-perspektiven

Podcast

„Wir erinnern...“

Das Bewusstsein für Deutschland als plurale, von Migration geprägte Gesellschaft ist in den letzten Jahren gewachsen. Immer häufiger wird von einem neuen, vielfältigen „Wir“ gesprochen – begleitet von intensiven Debatten über Erinnerungskultur. Neben der Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und SED-Diktatur rücken zunehmend Themen wie Kolonialismus, rechte Gewalt und Migration in den Vordergrund.

Die Podcast-Reihe „Wir erinnern ...“ greift diese Entwicklungen auf. Die Hosts Clara Fryszacka, Lukasz Tomaszewski und Mandy Schielke sprechen im Zweiwochentakt mit 20 Expert*innen aus Gedenkstätten, Museen, Initiativen und Aktivismus über Formen kollektiven Erinnerns im öffentlichen Raum. Zu den Gästen zählten u. a. Mirjam Wenzel (Jüdisches Museum Frankfurt), Amelie zu Eulenburg (Stiftung Aufarbeitung), Ibou Diop (Projekt Dekoloniale) und Robert Fuchs (DOMiD). Diskutiert wurden die Bedeutung von Erinnerung, aktuelle Herausforderungen sowie Wege zu Dialog, Empathie und Solidarität.

Die erste Episode erschien am 5. November 2024 und widmete sich der Erinnerung an Schoah und Porajmos. Es folgten Beiträge zu KZ-Gedenkstätten, SED-Diktatur, kolonialen Verbrechen, Migration, rechter Gewalt, Flucht, Vertreibung und emanzipatorischen Kämpfen.

➔ boell.de/de/podcasts/wir-erinnern



Illustration: © Isabel Peterhans



Ausstellung zum Warschauer Aufstand am Marktplatz in der Warschauer Altstadt. © IMAGO / Heike Bauer

80 Jahre nach dem Warschauer Aufstand 1944 – Veranstaltung und Videointerviews

Vom 1. August bis 2. Oktober 1944 kämpften die Bewohner*innen Warschaus gegen die deutsche Besatzung, ehe der Aufstand brutal niedergeschlagen wurde. Rund 150.000 Zivilist*innen wurden ermordet, Hunderttausende vertrieben oder deportiert, die Stadt wurde fast vollständig zerstört – eines der schlimmsten deutschen Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg. Zum 80. Jahrestag fand am 31. Oktober 2024 in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung eine Gedenkveranstaltung statt. Auf dem Podium diskutierten der neue Beauftragte der polnischen Regierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit, der Historiker Krzysztof Ruchniewicz, sowie Joanna Wawrzyniak (Universität Warschau), Maren Röger (Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europas) und Joanna Maria Stolarek (Warschauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung).

Wawrzyniak eröffnete mit sieben Gründen, warum der Aufstand in Polen so bedeutsam ist – von der enormen Opferzahl bis hin zu den anhaltenden Debatten. Ruchniewicz und Stolarek betonten, was die polnische Gesellschaft von Deutschland erwarte: mehr Interesse am Aufstand, eine humanitäre Geste für die Überlebenden und Visionen für eine gemeinsame Zukunft. Röger hob die Unterschiede der Erinnerungskulturen hervor: Während in Deutschland die Opfer im Mittelpunkt stehen, geht es in Polen um die Anerkennung der Held*innen.

Einigkeit herrschte darüber, dass beide Länder ihre unterschiedlichen Sichtweisen überwinden müssen – durch Bildung, gemeinsame Projekte und intensiveren Austausch.

Ergänzt wurde die Diskussion durch vier Videointerviews mit polnischen und deutschen Historiker*innen, die Aspekte wie die Zerstörung Warschaus oder Erfahrungen der Deportation beleuchteten.

➔ boell.de/de/80-jahre-nach-dem-warschauer-aufstand-1944-historische-perspektiven

Ruta 2024: Re(kn)own – Region(en) von innen

Im Juni 2024 unterstützte unser Büro in Kyjiw die Gründungskonferenz der RUTA Association, die in den Westkarpaten unter dem Titel „Re(kn)own: Region(en) von innen“ stattfand. Ziel war es, Mittel-, Südost- und Osteuropa, den Kaukasus, die baltischen Staaten und Zentralasien nicht länger nur als Objekte wissenschaftlicher Beobachtung zu betrachten, sondern als aktive Akteure der Wissensproduktion sichtbar zu machen.

RUTA entstand aus Solidaritätsnetzwerken, die sich nach der russischen Invasion in der Ukraine gebildet hatten. Die Vereinigung will das koloniale Erbe in Wissenschaft und Kultur kritisch hinterfragen. 198 Teilnehmende aus knapp 30 Ländern diskutierten in 58 Panels über Kolonisierung, Dekolonisierung, Postkolonialismus, Imperialismus, Gender, Umwelt und die anhaltende Aggression Russlands gegen die Ukraine. Zentrale Vorträge befassten sich mit antikolonialem Denken und geschlechtsspezifischem Imperialismus. Bemerkenswert waren der hohe Frauenanteil von 65 Prozent sowie der offene Zugang für in der Ukraine lebende Teilnehmer*innen. Damit entstand ein inklusives Umfeld, das vielfältige Stimmen stärkte und aktives Engagement förderte.

Dank der Unterstützung unseres Büros bot die Konferenz Raum für Dialog und Zusammenarbeit über Disziplinen, Grenzen und Gemeinschaften hinweg. Sie förderte neue Netzwerke der Solidarität und des Wissensaustauschs. Mit der Einrichtung des RUTA-Beirats wurde die künftige Ausrichtung festgelegt und der Grundstein für jährliche Treffen gelegt – ein Beitrag, die Region(en) als aktive Mitgestalter des globalen akademischen und kulturellen Diskurses zu etablieren.



Im Vorfeld der ARCK-Ausstellung, Teamdiskussionen in Okombahe.
Foto © Willem Vrey

Das ARCK-Projekt als kollaborativer Weg zur dekolonialen kulturellen Erneuerung in Namibia

Das Projekt „Artistic Research and Communal Knowledge“ (ARCK) wurde zu einer zentralen Initiative an der Schnittstelle von Kunst, Kulturerbe und dekolonialer Praxis. Getragen von der National Art Gallery of Namibia (NAGN) begleitete es die Rückgabe von 23 Objekten aus dem Ethnologischen Museum Berlin an das National Museum of Namibia. Diese während der deutschen Kolonialherrschaft (1884–1915) angeeigneten Stücke sind Träger von Wissen, Erinnerung und Identität.

ARCK brachte sechs zeitgenössische Künstler*innen und sieben Gemeinschaftsforscher*innen aus verschiedenen Regionen zusammen. Gemeinsam interpretierten sie die zurückgegebenen Objekte neu – als lebendige kulturelle Bezugspunkte. Durch künstlerische Interventionen, Geschichtenerzählen und feldbasierte Forschung wurden die Artefakte wieder in den Dialog mit ihren Herkunftsgemeinschaften gestellt. Dies korrigierte koloniale Fehlinterpretationen und lieferte alternative Erzählungen, die wahre Namen, Funktionen und Bedeutungen sichtbar machten.

Die abschließende Ausstellung in der National Art Gallery of Namibia präsentierte die Ergebnisse multimedial und interaktiv, besonders für ein junges Publikum. Installationen luden die Besucher*innen ein, sich zu beteiligen, zu reflektieren und eigene Beiträge zu leisten.

ARCK stärkte so die kulturelle Infrastruktur, die notwendig ist, um Erbe über Generationen zu bewahren. Das Projekt zeigt: Rückgabe bedeutet nicht nur die Übergabe von Objekten, sondern auch die Wiedergewinnung von Wissen, Handlungsmacht und Würde – und leistet damit einen nachhaltigen Beitrag zu Namibias postkolonialem Weg.

Büro Südafrika: ARCK Projekt

➔ dialogue-on-namibias-past.org/event/arck-exhibition/



Zahlreiche Menschen feiern am 13. Dezember 2024 in Aleppo den Sturz der syrischen Regierung. Foto: © IMAGO / ZUMA Press Wire

Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen in Syrien

Fragen nach Gerechtigkeit für Verbrechen gegen die Menschlichkeit standen im Mittelpunkt dreier Syrien-Veranstaltungen. Im Dezember organisierten wir mit dem ECCHR sowie syrischen und internationalen Partnern eine Bestandsaufnahme, um den Stand der weltweiten Strafverfolgung zu beleuchten und neue Perspektiven zu entwickeln. Gemeinsam mit der Anwaltsvereinigung Guernica37, der Vorsitzenden des International Impartial and Independent Mechanism (IIM) und weiteren Expert*innen wurde ein neuer Ansatz vorgestellt, um den Einsatz von Chemiewaffen in Syrien strafrechtlich zu verfolgen. Ein Round Table befasste sich zudem mit dem Schutz von Krankenhäusern und medizinischem Personal in Konflikten – angeregt durch den preisgekrönten Dokumentarfilm „For Sama“, der das Schicksal einer jungen Mutter im syrischen Bürgerkrieg eindringlich dokumentiert.

Themenseite ➔ boell.de/de/dossier-der-krieg-syrien

Kunst als Spiegel und Impuls gesellschaftlicher Entwicklung

Kunst kann gesellschaftliche Entwicklungen vordenken, durchspielen oder kritisch beobachten. Sie löst Emotionen aus, wirft Fragen auf und weist oft über das Alltagsgeschehen hinaus – kurzum: Sie bereichert unser Gemeinwesen. Die Stiftung fördert Kunst und Kultur als Ausdrucksformen gesellschaftlicher Selbstverständigung.



„Micha denkt groß“, Spielfilm von Lars Jessen und Jan Georg Schütte. Mit Charly Hübner, Jördis Triebel und Natalia Rudziewicz, Foto: Pandora.Film



Foto: IMAGO / United Archives, Bearbeitung durch Heinrich-Böll-Stiftung

Das Katharina-Blum-Projekt

Zwischen April und Dezember 2024 hat das Archiv „Heinrich Böll – Leben und Werk“ die bundesweite Veranstaltungsreihe „50 Jahre Katharina Blum“ gemeinsam mit den Landesstiftungen durchgeführt. Die 1974 erschienene Erzählung „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ war der erste belletristische Text, der vom Politik-Magazin Der Spiegel in vier Teilen veröffentlicht wurde. Die mit der Publikation und Rezeption verbundenen Ereignisse haben „Katharina Blum“ in die bundesdeutsche Geschichte und das kollektive Gedächtnis eingeschrieben.

Das Projekt wurde von der Erbgemeinschaft Heinrich Böll, dem Heinrich-Böll-Archiv der Stadt Köln und dem Verlag Kiepenheuer & Witsch gemeinsam konzipiert. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe wurde der Frage nachgegangen, ob ein Buch aus dem Jahr 1974 heute dazu beitragen kann, die eigene Haltung zum Thema strukturelle Gewalt zu hinterfragen. Mehrere Landesstiftungen zeigten die erfolgreiche Verfilmung der Erzählung von Volker Schlöndorff aus dem Jahr 1975.

Mit diesen Veranstaltungen konnten wir einen Raum für Debatten schaffen. Denn die Vergegenwärtigung der Vergangenheit hilft dabei, Gegenwart und Zukunft zu gestalten. Die in der Erzählung verhandelten Themen – Missbrauch von Macht, Grenzen der journalistischen Praktiken und Sexismus – sind nach wie vor relevant.

Themenseite boell.de/de/die-verlorene-ehre-der-katharina-blum

Special Screening: Dokumentarfilm Petra Kelly – Act Now!

Petra Kelly (1947–1992) war davon überzeugt, dass eine einzelne Person die Welt verändern kann. Als Mitbegründerin der Grünen und Symbolfigur der Friedensbewegung in Europa setzte sie sich unermüdlich für Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsfragen ein und tauschte sich mit ostdeutschen Bürgerrechtler*innen und internationalen Mitstreiter*innen aus. Ihr Leben war außergewöhnlich, doch es wurde von ihrem frühen Tod überschattet.

Der Dokumentarfilm „Petra Kelly – Act Now!“ zeigt mit bis dahin unveröffentlichten Archivbildern und Aussagen enger Freund*innen und Wegbegleiter*innen die Beweggründe und inneren Widersprüche von Petra Kelly. Für den Film haben die Mitarbeiter*innen des Archivs Grünes Gedächtnis zahlreiche Texte, audiovisuelle Quellen sowie

Bildmaterial aus dem Nachlass von Petra Kelly bereitgestellt und das Magazin für Filmaufnahmen und Interviews geöffnet. Zum Kinostart luden wir im September zu einer Sondervorführung in Anwesenheit der Regisseurin Doris Metz ins ausverkaufte Filmtheater am Friedrichshain in Berlin ein. Im Anschluss an die Film Premiere sprachen Emily Büning, politische Bundesgeschäftsführerin von Bündnis90/Die Grünen, und die Umweltaktivistin Magdalena Hess über die junge Generation von Frauen im Aktivismus und in der Politik sowie darüber, was ihnen in politisch herausfordernden Zeiten Kraft gibt. boell.de/de/petrakelly

In Vielfalt vereint – Der Eurovision Song Contest und die Kraft der Utopie

Anlässlich des Europawahljahres haben wir uns mit dem popkulturellen Phänomen des Eurovision Song Contest (ESC) beschäftigt – einer schillernden Parallelwelt, die Freiheit und gleiche Rechte für alle zelebriert, den europäischen Zusammenhalt feiert und Europa zugleich den Spiegel vorhält. Mit einem jährlichen Publikum von fast 200 Millionen Zuschauer*innen weltweit hat der ESC Einfluss auf Toleranz, Vielfalt und das Völkerverständnis in Europa. Er ist ein glitzerndes Bollwerk gegen rechtskonservative Restriktionen jeder Art.

Bei dem Podiumsgespräch „In Vielfalt vereint. Der Eurovision Song Contest und die Kraft der Utopie“ am 7. Mai 2024 wurden die politische und kulturelle Wirkungsgeschichte des ESC und seine aktuelle Relevanz aufgezeigt. Staatsministerin Claudia Roth, der TV-Journalist Michael Begasse, die Medienwissenschaftlerin Aida Hollje und die Musikerin Sophie Rauscher diskutierten über das Erstarken des Rechtsextremismus in Europa, nationale Selbstdarstellungen und die Frage nach einer europäischen Identität bis hin zum Krieg in Nahost.

In ihrem Grußwort brachte es Katarina Szécsi Ásbrink von der Schwedischen Botschaft Berlin auf den Punkt: „Während Krieg Hass sät, trennt, zerstört, birgt der Eurovision Song Contest das Potenzial für Begegnung und Austausch, fördert Weltoffenheit und schafft ein gemeinsames Fundament, ein Wir-Gefühl.“

Dossier

boell.de/de/der-eurovision-song-contest-und-die-kraft-der-utopie
Mitschnitt youtube.com/watch?v=XQy_JCBOgSU

Kino-Sommertour mit der Filmkomödie „Micha denkt groß“

Der Selfmade-Unternehmer Micha (Charly Hübner) kehrt in sein ostdeutsches Heimatdorf in Sachsen-Anhalt zurück. Dort will er mit einem Wellness-Hotel für wirtschaftlichen Aufschwung sorgen. Die anhaltende Hitze, das versiegende Grundwasser und die zerstrittene Dorfgemeinschaft durchkreuzen jedoch seine Pläne.

Der als Impro-Komödie angelegte Film „Micha denkt groß“ führt uns mitten in die Welt der Widersprüche und Weltanschauungen, die unsere Gesellschaft heute polarisieren: Mit der Klimakrise, Ost-West-Vorurteilen, Politikverdrossenheit und Verschwörungserzählungen werden etliche aktuelle Reizthemen im Film angesprochen.

Um mit dem Publikum ins Gespräch zu kommen, reisten Lars Jessen und seine Hauptdarsteller*innen Charly Hübner, Jördis Triebel und Jan Georg Schütte zum Kinostart im August durchs Land. Wir unterstützten die Tour und organisierten zusammen mit den Partnern von Planet Narratives, Pandora Filmverleih und den Landesstiftungen Sachsen-Anhalt und Thüringen Publikumsgespräche mit der Filmcrew und Gästen an verschiedenen Orten. So berichtete in Salzwedel (Altmark) der Öko-Landwirt Carsten Niemann, wie sich der Klimawandel auf die Landwirtschaft vor Ort auswirkt. In Leipzig diskutierte die Schriftstellerin Anne Rabe mit Christine Herntier (Bürgermeisterin der Gemeinde Spremberg) und Philipp von der Wipfel (Project Together) mit dem Publikum darüber, was uns als Gesellschaft eint und trennt. Über Gewässer- und Artenschutz sprach Stephan Gunkel (Flussbüro Erfurt) in Jena. Und der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk reflektierte mit Jakob Preuss (Allianz Foundation/Vereint für Demokratie) über gesellschaftliche Krisen und wie wir diese gemeinsam gestalten.



Abbildung: Mariano Garcia Calatayud

Museum für gestohlene Kunst – Bewahrung der Kultur im Metaversum

Unser Kyjiwer Büro unterstützte 2024 das „Museum of Stolen Art“, eine bahnbrechende digitale Initiative, um das von Russland im Krieg gegen die Ukraine gestohlene oder zerstörte Kulturerbe zu dokumentieren und bewahren. Die erste virtuelle Galerie des Projekts widmet sich Mariupol und zeigt über 15 neu digitalisierte 3D-Exponate, darunter Werke aus dem Kuindzhi Art Museum, archäologische Artefakte und monumentale Mosaik.

Die online kostenfrei und mehrsprachig zugängliche Galerie ermöglicht es den Besucher*innen, Räume zu erkunden, die der visuellen und monumentalen Kunst, der Archäologie, dem Volksleben und der Architektur gewidmet sind.

Das Projekt bezog ukrainische und internationale Museumsexpert*innen, Kulturerbe-Institutionen, Akademiker*innen, Wissenschaftler*innen und Student*innen ein und wurde auf der 19. Jahreskonferenz des Kyjiwer Dialogs am 14. November 2024 in Berlin vorgestellt. Mithilfe von Virtual-Reality-Installationen und öffentlichen Diskussionen wurde ein breiteres Publikum für das ukrainische Kulturerbe sensibilisiert und ein grenzüberschreitender Dialog über kulturelle Erinnerung und Gerechtigkeit angestoßen. Das Museum hat sich zu einem wirkungsvollen Instrument der Kulturdiplomatie entwickelt und verbindet Erinnerung, Widerstand und Bildung. Für die Zukunft ist geplant, die Galerien auf andere betroffene Regionen wie Cherson und die Krim auszuweiten und die Plattform in die Lehrpläne von Universitäten zu integrieren, um der kulturellen Auslöschung entgegenzuwirken.

➤ museumofstolen.art/en

➤ spatial.io/s/Museum-of-Stolen-Art-Mariupol-66959cc79e88bb61b713d75f?share=7685198736954980090

Kunst für Freiheit – Unseen Civilians

„Kunst für Freiheit: Unseen Civilians“ ist ein gemeinsames Projekt der ukrainischen Organisationen Common Sense Communications und PR Army, das von unserem Büro in Kyjiw unterstützt und von der Künstler*innengemeinschaft Pictoric kuratiert wird. Das Projekt geht in zehn Arbeiten von Künstler*innen aus der Ukraine, Deutschland, Frankreich und Portugal dem Schicksal ukrainischer Zivilist*innen nach, die von den russischen Streitkräften illegal festgehalten werden. So wurden die Geschichten eines Busfahrers, eines Arbeiters in einer Glasfabrik und eines Bürgermeisters durch verschiedene Techniken – Grafik, Comic, Illustration – visualisiert. Durch die künstlerische Darstellung der leidvollen russischen Besatzung will das Projekt die internationale Aufmerksamkeit aufrechterhalten und einem nachlassenden Mitgefühl entgegenwirken.

Erstmals präsentiert wurden die Werke im Ukrainian Crisis Media Center in Kyjiw, wo führende Menschenrechtsverteidiger*innen und Dokumentar*innen von Kriegsverbrechen über das Thema sprachen. Anschließend reiste die Ausstellung weiter und wurde in Lissabon, Paris, Lwiw und im Berlin Story Bunker in Berlin gezeigt. Die Ausstellungen wurden von Podiumsdiskussionen, Medieninterviews und einer internationalen, Online-Kampagne begleitet.

Bei der Unterstützung des Projekts spielte die Heinrich-Böll-Stiftung als international präsent Organisation eine entscheidende Rolle.

Fotos und Videos aus Berlin

➤ youtube.com/watch?v=ezuhRDX1EKM&ab_channel=BERLIN-VISUAL.com

➤ berlinstory.de/wp-content/uploads/2024/12/Art_For_Freedom_Illustration_2024.pdf

Die Heinrich-Böll-Stiftung vergibt verschiedene Preise und beteiligt sich als Partnerin an weiteren Ehrungen. Die wichtigsten Preise sind der Anne-Klein-Frauenpreis und der Friedensfilmpreis.

Anne-Klein-Frauenpreis an Yuliya Sporysh

Die ukrainische Feministin und Frauenrechtsaktivistin Yuliya Sporysh gründete 2019 in Kyjiw die NGO „Girls“, zunächst mit dem Ziel, sich für Sexualaufklärung und Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt einzusetzen. Bis heute ist sie deren Leiterin. Mit dem russischen Überfall auf ihr Land haben sich die Aufgaben ihrer Organisation vervielfältigt – eine Herausforderung, die die Soziologin beherzt bewältigt. Aus Sicht der Jury zeichnet sich Yuliya Sporysh darüber hinaus dadurch aus, dass sie sich im festen Glauben an eine bessere Zukunft für eine feministische Nachkriegsordnung der Ukraine und für einen geschlechtersensiblen Ansatz beim Wiederaufbau des Landes einsetzt. Sie nimmt regelmäßig an nationalen und internationalen Konferenzen und Veranstaltungen teil, um die Bedeutung der Einbeziehung von Frauen in den Wiederaufbau hervorzuheben (z. B. bei der UN Women-Konferenz in New York im März dieses Jahres oder der Women Deliver-Konferenz in Ruanda). In der Ukraine ist sie Mitglied des Lenkungsausschusses der Plattform der humanitären Nichtregierungsorganisationen. Das Hauptziel der Plattform ist es, die Stimmen der ukrainischen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft zu verstärken und Korruption zu verhindern um sicherzustellen, dass die der Ukraine zugewiesene internationale finanzielle Unterstützung so effizient und gerecht wie möglich verteilt und eingesetzt wird.

Mit dem Anne-Klein-Frauenpreis ehrt die Heinrich-Böll-Stiftung Frauen, die mutig und hartnäckig für Menschenrechte, Gleichberechtigung und sexuelle Selbstbestimmung eintreten. Er ist mit 10.000 Euro dotiert. Die feierliche Verleihung des 13. Anne-Klein-Frauenpreises fand am 1. März 2024 in Berlin statt.

➤ boell.de/de/anne-klein-frauenpreis



Yuliya Sporysh,
Foto: © Stephan Röhl



Preisträgerin Ruth Beckermann (via Video), Foto: hbs

39. Friedensfilmpreis an „Favoriten“ von Ruth Beckermann

Favoriten ist mit 200.000 Einwohner*innen der bevölkerungsreichste und diverseste Gemeindebezirk Wiens. Die Filmemacherin Ruth Beckermann hat dort über mehrere Jahre eine Grundschulklasse begleitet. Ins Zentrum ihres Dokumentarfilms „Favoriten“ stellt sie die Kinder – ihre Ängste, ihre Hoffnungen und ihre Träume. Wir folgen der engagierten Klassenlehrerin Ilkay Idiskut dabei, wie sie den Kindern neben dem Unterrichtsstoff ein friedliches Miteinander vermittelt. Die in Österreich geborene Tochter türkischer Einwanderer*innen ist das Herz der Klasse, in der praktisch keine Deutsch-Muttersprachler*innen mehr sind. Fehlende Lehrer*innen, fehlende Sozialpädagog*innen, fehlende Schulpsycholog*innen: „Favoriten“ verschweigt die alarmierenden Zustände in der Grundschule nicht. Zugleich ist der Film eine

wohlthuende Antithese zu Berichten über Schulen, in denen Kinder mit Migrationsgeschichte vor allem als Problemfälle dargestellt werden. „Eindrucklich zeigt Beckermann, dass Bildungsarbeit Friedensarbeit ist“, so die Begründung der Jury. Der Film ist eine kraftvolle Hommage an den Beruf von Lehrer*innen sowie eine implizite Forderung, das vom Personalmangel ausgehungerte Bildungssystem zu reformieren.

Der Friedensfilmpreis wird von der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Weltfriedensdienst e.V. verliehen. Eine von beiden Institutionen berufene, unabhängige Jury sichtet dafür rund 20 Filme aus allen Sektionen der Berlinale. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert und seit fast 40 Jahren fester Bestandteil des Festivals. Er wird in Form einer von Otmar Alt gestalteten Bronzeplastik im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung mit anschließender Filmvorführung an die Filmemacher*innen übergeben.

➤ boell.de/de/friedensfilmpreis

aus dem Repro Tech Lab (einem Format des GWI) und grünen Abgeordneten zu intersektional-feministischen Perspektiven auf Eizellspende und Leihmutterchaft (April 2024) sowie ein Workshop zum Thema Framing bei Schwangerschaftsabbruch (Juli 2024), an dem hochkarätige Vertreter*innen aus der grünen Politik und Zivilgesellschaft teilgenommen haben und der von einer Kommunikationsexpertin geleitet wurde. Ein weiterer Höhepunkt war die gelungene und viel beachtete Fortsetzung der Policy-Paper-Reihe „Körper, Kinder, Kassensturz“, die wir in Kooperation mit dem Netzwerk „Politiken der Reproduktion“ herausgegeben haben. In dieser haben wir uns auch im Jahr 2024 aus kritisch-feministischer Perspektive mit Themen wie Eizellspende und Leihmutterchaft, Schwangerschaftsabbrüche und das Verhältnis von Demokratie und reproduktiven Rechten befasst.

➔ gwi-boell.de/de/koerper-kinder-kassensturz

Feministische Digitalpolitik

Die steigende Bedrohung durch Cyberattacken betrifft zunehmend auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Gleichzeitig wird die spezifische Gefahr geschlechtsbasierter digitaler Gewalt oft übersehen. Das GWI stärkt mit seinem neuen Themenschwerpunkt feministische Perspektiven auf Cybersecurity, die dabei helfen kann, marginalisierte Gruppen besser zu schützen. Denn eine feministische Perspektive auf Cybersecurity berücksichtigt strukturelle Ungleichheiten und drängt auf umfassende, inklusive Sicherheitsstrategien. ➔ gwi-boell.de/de/2024/08/30/was-bedeutet-feministische-cybersecurity

Feministische Öffentlichkeiten stärken – Das GWI geht ins Kino

Im Rahmen dieser seit Jahren laufenden Veranstaltungsreihe stärkt das GWI feministische Öffentlichkeiten, indem nach der Vorführung feministischer Kinofilme Panels stattfinden. 2024 begleiteten wir „Treasure – Familie ist ein fremdes Land“ von Julia von Heinz zum feministischen Erinnern an Auschwitz. Das Filmdebüt „Vena“ von Chiara Fleischacker beschäftigt sich mit der Situation schwangerer Frauen im Strafvollzug und verhandelt dieses Thema erstmals in einem breiten öffentlichen Rahmen. Die Vorführung in der Berliner Kulturbrauerei mit rund 700 Zuschauer*innen, u.a. im Beisein von Bundesfamilienministerin Lisa Paus, war ein voller Erfolg. Zudem kooperierten wir mit den hbs-Landesstiftungen in Hamburg, Erfurt und Stuttgart und organisierten Filmvorführungen mit anschließenden Panels.

Das GWI bei Instagram und LinkedIn

Junge Leute informieren sich immer häufiger über soziale Medien. Vor diesem Hintergrund muss politische Bildungsarbeit auch dort stattfinden. Das GWI bereitet komplexe Sachverhalte aus Medien und Politik auf und übersetzt sie in Alltagssprache – mit geschlechterdemokratischem und queerfeministischem Fokus. Dazu posten wir Videos, Slideshows, kooperieren und vernetzen uns mit anderen Akteur*innen, Bündnissen und den Landesstiftungen. Im Rahmen des Pissy-Podcasts entstanden Videos in Kooperation mit dem Missy Magazine. Die Klickzahlen der Videos lagen zwischen 12.000 und 130.000.

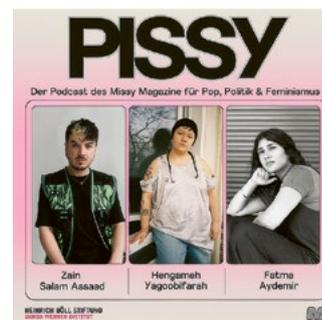
Im Jahr 2024 lag unser Fokus bei Instagram auf § 218. Dafür haben wir die Content-Creatorin @josischreibt für ein Video gewonnen, das bis heute 127.000 mal aufgerufen wurde. Wir nutzen Instagram auch, um unsere Veranstaltungen zu bewerben und die Reichweite für unsere Inhalte zu erhöhen.

Podcast

Pissy – Eine Kooperation des GWI mit dem Missy Magazine

Die zweite Staffel des Pissy-Podcasts erreichte bis Anfang 2025 rund 30.000 Zuhörende. Aus intersektional feministischen Perspektiven wurden Themen wie „Eure Heimat ist unser Alptraum“, „Solidarität_en“, „Cybersecurity“, „Poop-Feminismus“, „Freundschaftsabbrüche“ und „Generationen-(konflikte)“ besprochen.

➔ gwi-boell.de/de/pissy-der-missy-magazine-podcast



Demokratie braucht Feminismus

Mit seiner geschlechterpolitischen und feministischen Bildungsarbeit nimmt das Gunda-Werner-Institut (GWI) Herrschaftsstrukturen und Dominanzverhältnisse zwischen den Geschlechtern in den Blick und verfolgt das Ziel einer gerechten, gewaltfreien und geschlechterdemokratischen Gesellschaft. Auf Plattformen und in Diskussionsforen präsentiert es eine Vielzahl feministischer und geschlechterpolitischer Ansätze. Es fungiert als Knotenpunkt zwischen Wissenschaft, Politik und Aktivist*innen und setzt intersektionale, feministische, gesellschaftspolitische Impulse für die Entwicklung grüner Politik und Geschlechterpolitik. Die Arbeit ist in folgende Schwerpunkte unterteilt: feministische Öffentlichkeiten stärken – Antifeminismus bekämpfen, Feminismus für die postmigrantische Gesellschaft, sexuelle Selbstbestimmung und reproduktive Gerechtigkeit, feministische Digitalpolitik und feministische Außenpolitik. ➔ gwi-boell.de

Die 16 Landesstiftungen im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftung sind selbstständige Vereine; sie arbeiten auch untereinander und mit der Bundesstiftung eng zusammen. Mit ihrer Bildungsarbeit wollen sie die politische Urteilskraft der Bürger*innen schärfen, zu zivilgesellschaftlichem Engagement anregen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben verbessern.

Die Landesstiftungen organisieren selbst oder in Kooperation mit Projektpartner*innen Veranstaltungen unterschiedlichster Art – von klassischer politischer Bildungsarbeit (Seminare, Tagungen etc.) bis hin zu Lesekreisen und Bildungsreisen. Es folgt eine kleine Auswahl an Projekten aus dem Jahr 2024. Ein Besuch der Websites lohnt sich, auch weil dort oft weiterführendes Material und Mitschnitte zu finden sind.

Freiheitsgipfel

Baden-Württemberg: Zukunft der FREIHEIT der Zukunft – Krisen der offenen Gesellschaft

Was bedeutet Freiheit in krisenhaften Zeiten? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Freiheitsgipfels, zu dem die Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg im Juni 2024 ins Stuttgarter Literaturhaus geladen hatte. In diversen Panels und Foren diskutierten Vertreter*innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft mit den Teilnehmenden verschiedene Aspekte eines Freiheitsbegriffs, der die Freiheit der Einzelnen und der Gesellschaft heute und in Zukunft vereinen könnte. Besonders betont wurden jene ökologischen und solidarischen Dimensionen von Freiheit, die sich von einem libertären Freiheitsbegriff grundlegend unterscheiden. In zehn Poetry-Slam-Beiträgen setzten sich die Vortragenden mit dem Thema Freiheit auseinander. Beim Poetry-Slam-Wettbewerb der Stiftung im Vorfeld ihres Freiheitsgipfels traten rund 80 Slamer*innen an und setzten sich mit dem Thema Freiheit auseinander. Eine Jury wählte die zehn besten Beiträge aus – sie wurden beim Stuttgarter Freiheitsgipfel live präsentiert. [➔ boell-bw.de](http://boell-bw.de)

Diskussion

Bayern: Wir sind mehr, oder? Rechte Dominanz und politische Meinungsbildung auf TikTok

Junge Wähler*innen haben bei der Landtagswahl in Bayern überdurchschnittlich oft für die AfD votiert. Der große Zuspruch liegt auch an der starken Präsenz der Partei auf TikTok. Die Historikerin und Influencerin Leonie Schöler und der Politikberater Martin Fuchs analysierten auf der Veranstaltung die digitale Strategie der AfD und die Ver-

säumnisse demokratischer Parteien. Beide betonten, dass dringend die politische Kommunikation angepasst werden muss, damit rechte Akteur*innen ihren Einfluss nicht weiter ausdehnen. Dazu gehört, die politische Meinungsbildung in sozialen Medien ansprechender zu gestalten. Moderatorin Lisa-Sophie Scheurell verdeutlichte die Unterschiede der Parteistrategien anhand ausgewählter Reels. Menschen aller Altersgruppen nahmen teil, und der Diskussionsbedarf war spürbar hoch. [➔ petrakellystiftung.de](http://petrakellystiftung.de)

Workshop

Berlin: „Brennpunkt Kotti – Herausforderungen und Perspektiven für den öffentlichen Raum

Jede Metropole hat Orte, an denen der Charakter der Stadt sicht- und spürbar wird. Für Berlin gehört das in Kreuzberg gelegene Kottbusser Tor dazu, in der Süddeutschen Zeitung einst als „cooler Vorhof zur Hölle“ bezeichnet. Gemeinsam mit Stipendiat*innen sowie Alumnae*Alumni der Heinrich-Böll-Stiftung aus Berlin und Brandenburg betrachteten wir das Areal bei diesem Workshop aus unterschiedlichen Perspektiven und diskutierten die Herausforderung einer nachhaltigen und sozialen Stadt- und Verkehrsplanung. Während das Quartier für viele Menschen der Inbegriff einer lebenswerten Stadt ist – urban, dicht, Nutzungsgemischt und vielfältig, mit einer funktionierenden Nahversorgung und entsprechenden Mobilitätsangeboten –, ist es zugleich geprägt von einer offenen Drogenszene und einer Übernutzung der öffentlichen und halböffentlichen Plätze. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf nachbarschaftlichen Initiativen und Projekten, die auf unterschiedliche Weise einen Beitrag leisten, den „Kotti“ als Sozialraum zu reaktivieren und zu gestalten.

[➔ bildungswerk-boell.de](http://bildungswerk-boell.de)

Infoblatt und Veranstaltung

Brandenburg: Strategische Wärmeplanung für Kommunen

Mit dem neuen Wärmeplanungsgesetz soll die Grundlage für eine verbindliche und flächendeckende Wärmeplanung geschaffen werden. Kommunen sind für die Umsetzung der Wärmewende zentral. Brandenburg hat mit seinen Solarparks, Windenergie- und Biogasanlagen oder auch Seethermie gute Potenziale, erneuerbare Energieträger in seiner Wärmeplanung zu nutzen. Dies muss allerdings gut geplant und Energiewirtschaft und Wärmeplanung müssen zusammengedacht werden. Die Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg hat hierzu das Infoblatt „Kommunale Wärmeplanung“ (kWP) mit Zahlen und Fakten herausgebracht. Unter anderem werden die Schritte der kWP für eine Gemeinde aufgezeigt und Praxisbeispiele vorgestellt. Im November stellten wir zusammen mit der Bundesstiftung und ihrer Fachreferentin für Kommunalpolitik und Stadtentwicklung Sabine Drewes den Gemeindevertretungen und Verwaltungen die grundlegenden Schritte zur kWP und den Leitfaden „Kommunale Wärmewende strategisch planen“ vor. Neben Information, Austausch und Vernetzung wurden Impulse zur eigenen Gestaltung gegeben, um die Brandenburger Klimaziele zu erreichen. [➔ boell-brandenburg.de](https://boell-brandenburg.de)

Tagung

Hessen: Israel – Palästina. Kriege ohne Ende?

Der Nahostkonflikt ist mit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 neu und heftig entflammt. Die totale Polarisierung in diesem Krieg entfaltet einen Sog, für die eine oder die andere Seite Partei zu ergreifen, wie zahlreiche Appelle und Stellungnahmen von amerikanischen Universitäten bis nach Berlin bezeugen. Das ist vor dem Hintergrund der Verantwortung Deutschlands nach dem Holocaust von besonderer politischer und moralischer Brisanz. Angesichts dieser fatalen Polarisierung bleiben dringend nötige Differenzierungen auf der Strecke. Mit unserer Tagung versuchten wir, dem entgegenzuwirken. Wir vermittelten historische Sachkenntnisse, thematisierten kaum aufzulösende Widersprüche und schufen Raum für informierte Reflexion und politische, auch kontroverse Diskussionen. [➔ boell-hessen.de](https://boell-hessen.de)

Gesprächsreihe

Hamburg: „Politisch stellen, aber wie? Strategien gegen rechts“

Im Jahr 2024 lösten die Recherchen der Rechercheplattform Correctiv zu einem Treffen rechtsextremer Kreise und den dort diskutierten „Remigrations“-Plänen Massendemonstrationen gegen rechts aus. Die Correctiv-Enthüllungen haben drastisch verdeutlicht, womit wir bei einer Regierungsverantwortung der extremen Rechten rechnen müssten. Bei drei Veranstaltungen haben wir mit Vertreter*innen

aus Zivilgesellschaft und Politik diskutiert, welche Strategien gegen rechts wirken. Es braucht starke Allianzen – in der Zivilgesellschaft ebenso wie auf Social Media oder im Parlament selbst. In der Zivilgesellschaft könnten breit in der Bevölkerung verwurzelte Vereine, wie z.B. Sportvereine oder die Freiwillige Feuerwehr, einen wichtigen Beitrag leisten. Für Social Media braucht es alternative Strategien und neues Engagement, das von allen Nutzer*innen getragen wird. Für die parlamentarische Ebene wurde über ein Parteienverbot diskutiert – mit offenem Ergebnis. Die Abende der Reihe waren mit mehr als hundert Teilnehmenden nicht nur gut besucht, sondern wirkten empowernd und vernetzend, auch weil sie von der Ausstellung „Zusammen – solidarisch gegen rechts“ unserer Fachstelle gerahmt wurden. Die Gespräche sind auf Youtube abzurufen. [➔ boell-hamburg.de](https://boell-hamburg.de)

Lesekreis

Bremen: Queer Feminist Lit Space

Lesekreis goes Lit Space. „Lit“ kann für Literatur stehen oder „entzündet“, „heiß“ oder „inspiriert“ bedeuten. Ein guter Name also für einen Lesekreis zu den Themen Feminismus, Gender, Diskriminierung und Identität. Die Heinrich-Böll-Stiftung Bremen entwickelte die Runde für absolute Einsteiger*innen, die Lust haben, gemeinsam mit anderen der Frage nachzugehen: Was genau bedeutet eigentlich Queer_Feminismus? Es ging nicht darum, die einzig richtige Antwort zu finden, sondern anhand von Comics und Auszügen aus aktuellen feministischen Büchern Fragen und neue Ideen entstehen zu lassen. Dabei mussten die Teilnehmenden nicht wissen, was Wörter wie Queer Theory oder Intersektionalität eigentlich bedeuten. Anstelle eines akademisierenden Dauer-Stuhlkreises bieten wir mit dem Lit Space einen informativen und möglichst sicheren Raum für Interessierte ab 16 Jahren in jeweils sechs Sessions. Besonders eingeladen sind trans* nicht binäre, agender und inter* Personen. [➔ boell-bremen.de](https://boell-bremen.de)

Filmvorführung und Diskussion

Nordrhein-Westfalen: „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“

Anlässlich des 50. Jubiläums von Heinrich Bölls Erzählung „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ initiierte das Team „Heinrich Böll – Leben und Werk“ gemeinsam mit den Landesstiftungen eine deutschlandweite Veranstaltungsreihe zu Katharina Blum. Im Dezember 2024 zeigten wir im Filmkunst kino Metropol in Düsseldorf den Filmklassiker nach dem Drehbuch von Volker Schlöndorff und Margarethe von Trotta, an dem auch Heinrich Böll mitgearbeitet hatte. Die rege Diskussion nach der Filmvorführung zeigte, dass Bölls Themen aktueller sind denn je. Ob Hate Speech, strukturelle Gewalt, Gewalt gegen Frauen oder Pressefreiheit – der Film bot zahlreiche Anknüpfungspunkte an die Gegenwart. Vor allem die jüngeren Zuschauer*innen nutzten den Abend für ein angstfreies Gespräch in Zeiten oft verhärteter Fronten. [➔ boell-nrw.de](https://boell-nrw.de)

Veranstaltungsreihe

Mecklenburg-Vorpommern: Aufarbeitung – Die DDR in der Erinnerungskultur

35 Jahre nach der friedlichen Revolution lud die Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern zu einer Reihe von Veranstaltungen zur DDR-Geschichte ein. Unter anderem präsentierten wir die Ausstellung „Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und den Dokumentarfilm „Die Unbeugsamen 2 – Guten Morgen, ihr Schönen!“, ein Gruppenporträt ostdeutscher Frauen aus den verschiedensten Gesellschaftsbereichen der DDR. Bei diversen Lesungen und Gesprächsabenden erzählten unsere Gäste von ihren persönlichen Prägungen und diskutierten mit dem Publikum über das vielschichtige kulturelle Gedächtnis der DDR. Die gut besuchte Reihe entstand in Kooperation mit dem Literaturhaus Rostock und der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock/LpB M-V. ➔ boell-mv.de

Spring School

Schleswig-Holstein: Images of Lateinamerika

Im Mai brachte die Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein rund 30 Aktivist*innen und Künstler*innen aus verschiedenen Regionen Lateinamerikas und Schleswig-Holsteins zu einer Spring School in Norddeutschland zusammen. Nach mehr als einem Jahr digitaler Zusammenarbeit trafen die Teilnehmenden erstmals persönlich aufeinander, um gemeinsame Projekte weiterzuentwickeln, Partnerschaften zu vertiefen und voneinander zu lernen. Das Programm umfasste Workshops zu Antirassismus, Dekolonialisierung, globalen Partnerschaften und künstlerischen Methoden sowie Exkursionen in Schleswig-Holstein und kulturelle Aktivitäten. Ein Höhepunkt war die öffentliche Veranstaltung in Kiel, bei der die Teilnehmenden ihre Ergebnisse in Ausstellungen, Filmen, Podcasts und Workshops präsentierten und sich mit der lokalen Zivilgesellschaft austauschten. Stimmen, die in Deutschland sonst selten Gehör finden, wurden laut und neue Impulse für Kooperationen entstanden. Die Spring School hat gezeigt, wie wichtig persönlicher Kontakt für den Aufbau von Vertrauen, tragfähige Netzwerke und gegenseitiges Verständnis ist. Globale Themen wie Klimawandel, Agrarökologie, indigene Rechte, kulturelle Identität und Feminismus wurden so in einen gemeinsamen Lern- und Handlungsrahmen gestellt.

➔ boell-sh.de

Dokumentarfilm

Saarland: Monumente des Krieges und das Wesen des Deutscheins

In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Saar stellte Klaus Gietinger nach dreijähriger Recherche sein monumentales Dokumentarfilm-Triptychon „Monumente des Krieges und das Wesen des Deutscheins“ vor. Anlass für dieses Projekt war die Rekonstruktion des „Saarbrücker Rathauszyklus“ des Hohenzollern-Hofmalers Anton von Werner. In seinen sieben Monumentalgemälden verherrlicht dieser u.a. die Reichsgründung und den Sieg über Frankreich 1870/1871. Diese seit 1945 aus der Öffentlichkeit entfernten Gemälde wurden durch das regionalgeschichtliche Museum des Saarlandes unter großem Aufwand restauriert, ohne dass eine größere öffentliche Debatte dazu stattgefunden hätte. Die Heinrich-Böll-Stiftung Saar kritisiert diese Form von Vergangenheitsverklärung, schließlich war der deutsche Nationalismus an der Saar stark anschlussfähig an den Nationalsozialismus. Sind Nationalismus, Krieg und Rassismus also wieder en vogue? Der Film zeichnet die gewalttätige Geschichte des deutschen Nationalismus und Militarismus an der Saar nach. Er wurde in ausverkauften Veranstaltungen mehrfach gezeigt und kann auf Youtube abgerufen werden. ➔ boell-saar.de

WandelWerkstatt

Niedersachsen: Handwerker*innen als Motor für eine nachhaltige Zukunft

Ob beim Klimaschutz, beim sparsamen Umgang mit Ressourcen oder beim Umbau hin zu einer gerechten Gesellschaft: Ohne gut ausgebildete Fachkräfte aus dem Handwerk geht es nicht. Doch gerade junge Menschen aus schwierigen Lebenslagen, die in Jugendwerkstätten für den Einstieg ins Berufsleben fit gemacht werden, werden bei den sozialökologischen Veränderungsprozessen bislang nicht ausreichend mitgedacht. Dabei können diese Werkstätten mit individueller Förderung und sozialpädagogischer Begleitung genau hier ansetzen. Das Projekt „WandelWerkstatt – Nachhaltig in den Beruf“ hat genau das getan: In den Bereichen Polytechnik, Holzverarbeitung und Gastronomie wurden junge Handwerker*innen in Jugendwerkstätten und Produktionsschulen für Nachhaltigkeitsthemen sensibilisiert. Gemeinsam mit Ausbilder*innen, Pädagog*innen und Werkstatteleitungen wurden neue Methoden ausprobiert, praktische Projekte umgesetzt und Austauschforen geschaffen – unter anderem mit Menschen aus der Zivilgesellschaft und aus der Berufspraxis. ➔ slu-boell.de

Podcast

Rheinland-Pfalz: Auf der rechten Spur – Über rechte Politik und Strategie

Rechte Narrative, Strategien und Institutionen haben sich seit Jahrzehnten im gesellschaftlichen Diskurs festgesetzt und versuchen immer aggressiver, Deutungshoheit zu erlangen. In diesem Podcast diskutieren wir alle zwei Wochen mit wechselnden Gästen über Aspekte, Erscheinungsformen und Akteur*innen rechter Politiken. Es geht um offensichtliche Themen wie den Aufstieg der extremen Rechten in Österreich, Fake News als Erregungsstrategie oder um rechten Terror als Folge rechter Ideologie. Der Podcast behandelt auch weniger beleuchtete Phänomene wie Strategien der politischen Bildung von rechts oder ideologische Momente in der Popkultur, etwa autoritäre und regressive Vorstellungen im modernen Kino. Am Ende steht die Frage: Wie können sich Zivilgesellschaft und Parteipolitik diesen Phänomenen entgegenstellen und progressive Politik in regressiven Zeiten machen? [➤ boell-rlp.de](http://boell-rlp.de)

Fachtag

Sachsen: My body, my rights – Alternativen zum § 218

Feminist*innen kämpfen seit Langem dafür, den § 218 aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Im Kontext des neuen Berichts der Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung organisierte die sächsische Heinrich-Böll-Stiftung Weiterdenken zusammen mit pro familia Sachsen einen Fachtag. Wir untersuchten, was politisch bereits geschafft wurde, woran gearbeitet wird und welche Perspektiven es für die Zukunft gibt. Wir diskutierten und entwickelten Visionen für eine Zeit nach dem Strafgesetzbuch. Dabei wurde deutlich, dass dringend mehr Öffentlichkeit hergestellt werden muss für die Entkriminalisierung und die Kraft des Aktivismus, den professionell mit dem Thema Arbeitende und feministische Medien erzeugen können. Aus der Tagung heraus entstand die Broschüre „My Body – My Rights. Debattenbeiträge zum § 218“. Zur Einstimmung auf den Fachtag fand am Vorabend ein Vortrag und Gespräch mit Dr. Jessica Bock zum Thema „Schwangerschaftsabbruch in der frühen DDR“ statt. [➤ weiterdenken.de](http://weiterdenken.de)

Ausstellung

Sachsen-Anhalt: „Alles im Fluss?! Fokus Sachsen-Anhalt“

Die Ausstellung „Alles im Fluss!? Wasser in der Krise“ erklärt, wie die Klima- und Wasserkrise mit der Art des Wirtschaftens und der Verfügbarkeit bzw. der Verschmutzung unseres Wassers zusammenhängt. In der ergänzenden Regionalausstellung „Alles im Fluss?! Fokus Sachsen-Anhalt“ zeigen wir Handlungsmöglichkeiten und Lösungsansätze mit engem Bezug zu Sachsen-Anhalt, etwa wie problematisch Tagebaurestseen in ehemaligen Kohlerevieren sind oder die Wirtschaftlichkeit der Elbe als Wasserstraße. Wir präsentieren Informationen und Daten, die häufig nicht einfach zugänglich sind, und betrachten die Rolle von Kommunen, Wasserbehörden und der (Landes)Politik beim Wassermanagement. Mit der Regionalausstellung wollen wir Menschen in Sachsen-Anhalt für das Thema Wasserkrise sensibilisieren, sie auf regionale Nutzungs- und Verteilungskonflikte aufmerksam machen und ihnen Möglichkeiten zum eigenen (politischen und zivilgesellschaftlichen) Engagement für dieses Thema anbieten. Die Ausstellung ist in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt entstanden. [➤ boell-sachsen-anhalt.de](http://boell-sachsen-anhalt.de)

Podcast und Fortbildung

Thüringen: Neues wagen – Nachhaltiges Wirtschaften in Thüringen

In unserer Podcast-Reihe „Neues wagen“ stellen wir Menschen in Thüringen vor, die mit nachhaltigen Ideen etwas bewegen. Es geht um grüne Energiegenossenschaften und ökologisches Bauen, um solidarische Landwirtschaft und alternative Lebensgemeinschaften sowie Gemeinwohlunternehmen und nachhaltige Geldwirtschaft. Wir fragen insbesondere nach den wirtschaftlichen Aspekten für das Gemeinwohl und wie es um die gesellschaftliche Akzeptanz steht. In unserer Reihe „Demokratisch auf dem Dorf“ besuchen wir Initiativen im ländlichen Raum, die sich für eine solidarische und vielfältige Gesellschaft einsetzen. In Zeiten zunehmend knapper Finanzen und Bedrohungen durch rechte Akteur*innen bieten wir Menschen, die sich für Demokratie einsetzen, Workshops an zu Fundraising, Selbstbehauptung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Sicherheit und Strategie. [➤ boell-thueringen.de](http://boell-thueringen.de)

Das „Stipendienprogramm Haus Langenbroich“ fördert seit 1989 Autor*innen und Künstler*innen aus Ländern, in denen die Arbeitsbedingungen politisch und ökonomisch schwierig sind und Publikationsmöglichkeiten behindert oder gar verhindert werden.

Das Programm unterstützt so einen internationalen Kulturaustausch in der Bundesrepublik im Sinne einer demokratischen und menschenrechtsorientierten Kultur. Lesungen und öffentliche Veranstaltungen helfen dabei, dass sich die Stipendiat*innen mit dem heimischen Publikum austauschen. Das Haus in der Eifel, in den 1960er-Jahren von der Familie Böll erworben, wurde zu einem ruhigen Ort des Arbeitens und der Begegnung von Künstlerinnen und Künstlern aus aller Welt.

Die Heinrich-Böll-Stiftung beteiligt sich im Rahmen einer Kooperation mit der Stadt Düren finanziell an dem Stipendienprogramm für verfolgte Künstler*innen und schlägt jährlich eine Stipendiat*in aus den eigenen Netzwerken für das Haus vor.

Gäste im Jahr 2024

Esmail Pirhadi, geboren in Iran, studierte traditionelle iranische Musik. Nach der Aufführung politischer Protestlieder erhielt er ein Auftrittsverbot. Seine Karriere als Künstler und Musiklehrer verbindet Pirhadi seit vielen Jahren mit sozialem Engagement, wofür er international ausgezeichnet wurde. Derzeit promoviert er an der Universität Hildesheim in Musikethnologie.

Shahrokh Giva, geboren 1977 in Teheran/Iran, veröffentlichte 2003 seinen ersten Roman. Sein zweites Buch, „Mona Lisa Published“, fand beim iranischen Publikum viel Anklang und wurde mehrfach ausgezeichnet. Seitdem hat Giva weitere Romane, Kinderbücher und Drehbücher verfasst. Eine Festanstellung in einem iranischen Verlag kündigte er aufgrund der mit dieser Tätigkeit verbundenen Zensur von Texten.

Stanislav Ostrous, geboren 1972 in Schmerynka/Ukraine, begann im Alter von 38 Jahren mit der Fotografie. Er ist Mitglied der UPHA – Ukrainische fotografische Alternative – und nahm u.a. an der Gruppenausstellung MYPH im CTRL ART Studio (2019) in Breslau/Polen und beim Festival Batumi Photodays (2016–2019) teil. Auch stand er auf der Shortlist von PhotoCULT 2019. Ostrous lebt und arbeitet in Cherson/Ukraine.

Mojgan Ataollahi, geboren 1981 in Teheran, studierte Architektur, Design und Innenarchitektur. Sie hat u.a. Erzählungen, Lyrik, Drehbücher und Theaterstücke geschrieben. Veröffentlicht wurde bisher nur ihr Lyrikband „Die Passanten am trübsinnigen Fenster“, ihre anderen Erzähl- und Lyrikbände wurden im Iran nicht zur Publikation zugelassen. Für Ataollahi ist der Widerstand gegen Zensur und Selbstzensur zentral für ihr Schreiben. Mit der deutschen Übersetzung ihres Romans „Ein leichter Tod“ (Residenz-Verlag 2015) wurde sie erstmals international publiziert.

Amirata Joolae, geboren in Iran, studierte Philosophie und Theaterwissenschaften an der Soore Art University in Teheran und promovierte 2022 in Kulturphilosophie. Er lehrte als Dozent an verschiedenen Fakultäten in Iran und in Istanbul zu film- und theaterwissenschaftlichen Themen. Als Film- und Theaterkritiker veröffentlichte er zahlreiche Bücher und Artikel und arbeitete als Hörfunkjournalist. Zurzeit lebt er in Dubai.

Andisheh Karami war es aufgrund der Zensur nicht möglich, in ihrer Heimat Iran als Autorin in Erscheinung zu treten. Bereits in den ersten Monaten des Aufstands im Jahr 2022 schrieb Karami Beiträge und hat wochenlang vor dem Düsseldorfer Hauptbahnhof gegen das Regime protestiert. Sie lebt aktuell in Berlin und hat in Deutschland politisches Asyl bekommen. Karami schreibt Gedichte und Kurzgeschichten und arbeitet an einem Roman, der die Jahre unter der Mullah-Herrschaft thematisiert.



Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, 10. Oktober 2024: Mitglieder des Stipendiat*innen-Rates des Studienwerks, Foto: Stephan Roehl

Wir fördern Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland. Neben dem Stipendium bieten wir ein vielseitiges Programm zur politischen Bildung und zum Ausbau von Schlüsselqualifikationen an.

Unser Ziel ist es, Talente zu entdecken und die persönliche, politische und berufliche Entwicklung unserer Stipendiat*innen zu fördern. So wollen wir Multiplikator*innen gewinnen, die sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Wen wir fördern

Von den 2142 Bewerbungen, die uns im Jahr 2024 erreicht haben, wählten wir in einem dreistufigen Verfahren 298 Stipendiat*innen neu aus. Insgesamt förderten wir 1492 Personen, davon 1302 Studierende, 188 Promovierende und zwei ehemalige Promovierende für einen befristeten Forschungsaufenthalt in Deutschland. Einige Fokusgruppen haben wir besonders im Blick: 63 Prozent der Geförderten sind Frauen, 12 Prozent studieren an Fach-, Kunst- oder Musikhochschulen und 27 Prozent der Studienstipendiat*innen belegen MINT-Fächer – darunter sind 55 Prozent Frauen. Auch unter den Promotionsstipendiat*innen ist der Anteil der Geförderten in einem MINT-Fach mit insgesamt 18 Prozent vergleichsweise hoch – darunter sind 65 Prozent Frauen.

Wo kommen die Mittel her?

Mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) konnten 1390 Stipendiat*innen unterstützt werden, davon 174 Promovierende. Von den BMBF-Geförderten bringen 25 Prozent eine Migrationsgeschichte mit und 33 Prozent sind Erstakademiker*innen. Hinzu kommen 39 syrische und drei ukrainische Stipendiat*innen mit einem Aufenthaltsstatus in Deutschland.

Mit Mitteln des Auswärtigen Amtes (AA) konnten 102 Stipendiat*innen aus 30 Ländern (außerhalb der EU) gefördert werden. Von den AA-Geförderten sind 35 Prozent Erstakademiker*innen. Die nach Staatsangehörigkeit größten Gruppen kommen aus Russland (13), Ägypten (11), Brasilien (9), Iran (9), Kolumbien (7), Syrien (7) und der Ukraine (6).

Beliebte selbstorganisierte Formate

Unser Veranstaltungsprogramm ist das Herzstück der idealen Förderung. Wir organisieren Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen, vermitteln Schlüsselkompetenzen, unterstützen den interdisziplinären Dialog, bereiten auf den Beruf vor und fördern das gesellschaftliche Engagement unserer Stipendiat*innen. Dabei orientieren wir uns am Bildungskonzept für nachhaltige Entwicklung (BNE).

Gestaltungskompetenzen zu vermitteln, ist uns besonders wichtig. Deshalb wird das Veranstaltungsprogramm nicht nur für, sondern auch mit unseren Stipendiat*innen konzipiert. Besonders beliebt sind die selbst organisierten Arbeitsgruppen: Die Stipendiat*innen wählen sich ein Thema und beantragen ein Projektvorhaben, entwerfen ein Jahresprogramm und treffen sich drei Mal im Jahr. 2024 konnten zehn Arbeitsgruppen gefördert werden, darunter zwei neue zu den Themen „Künstlerische Forschung“ und „Energiewende entfesseln“.

Großer Beliebtheit erfreuen sich auch die eintägigen Ad-hoc-Gruppentreffen zu einem selbst gewählten Thema. Im Jahr 2024 fanden 21 davon statt, darunter eine Exkursion zum Theaterfestival „Anthropolis“ in Hamburg, eine Diskussion anlässlich der Fußball-Europameisterschaft der Männer mit Philip Krämer, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Sportausschusses, und eine Fahrt zur Jungen Klimakonferenz (LCOY) nach Berlin. Auffallend groß war das Interesse an Literatur. So fanden Treffen zum Leben und Werk der Schriftstellerinnen Astrid Lindgren und Sibylle Berg statt und ein weiteres zu Annemarie Böll, gemeinsam organisiert mit dem Heinrich-Böll-Archiv in Köln.

Höhepunkte im Veranstaltungsprogramm 2024

Der jährliche SommerCampus in Bad Bevensen vom 12. bis 17. August mit 130 Teilnehmenden aus ganz Deutschland widmete sich dem Thema „Werteorientierte Außen- und Sicherheitspolitik“. Es gab eine Diskussion mit Stiftungsvorstand Jan Philipp Albrecht, unter anderem über die Voraussetzungen für eine handlungsfähige internationale Gemeinschaft. Dr. Kira Vinke, Leiterin des Zentrums für Klima und Außenpolitik der DGAP, hielt einen Vortrag zum Thema Klimaaußenpolitik.

Der Campus lebt auch vom Engagement der Stipendiat*innen. Sie bereicherten das Programm mit eigenen Seminaren, Forenbeiträgen und einem Konzert im Kloster Medingen mit Musik von Johannes Brahms bis ABBA. Am letzten Abend zeigten die Stipendiat*innen ihre Talente beim „Kulturcampus“. Es gab tänzerische und musikalische Darbietungen von Instrumental bis Chorgesang. Besonders beeindruckend war die Acroyoga-Vorführung.

In den Einführungsworkshops vom 11. bis 14. April und vom 10. bis 13. Oktober erhielten die neu in die Förderung aufgenommenen Stipendiat*innen einen Einblick in die Stiftungsarbeit, konnten mit Fachreferent*innen über Stiftungsthemen ins Gespräch kommen und mit Stiftungsvorstand Jan Philipp Albrecht über aktuelle Themen diskutieren, zum Beispiel darüber, wie die Digitalisierung reguliert werden kann.

Im Seminar „Einmischung erwünscht. Heinrich Böll heute lesen“ vom 7. bis 9. November 2024 in Köln spannten die Stipendiat*innen einen weiten Bogen: von Heinrich Bölls Rolle als öffentlichem Intellektuellen über seine



Gustav-Stresemann-Institut, Bad Bevensen, 17. August 2024: Teilnehmende am Sommer-Campus zum Thema „Werteorientierte Außen- und Sicherheitspolitik“, Foto: Belen Pardo



Bayerischer Landtag, München, 13. Mai 2024: Ludwig Hartmann, grüner Landtagsvizepräsident (rechts), mit Stipendiat*innen, Foto: Matthias Balk

Auseinandersetzung mit dem Springer-Verlag in seiner Erzählung „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ bis hin zur heutigen Sicht auf diesen Text durch die Autorin Karosh Taha. Schnell wurde deutlich, dass der Text auch 50 Jahre nach seinem Erscheinen nichts an Aktualität eingebüßt hat. Besonders schön war der Abschlussabend mit René Böll, dem Sohn Heinrich Bölls, der sich in einer sehr offenen und lockeren Gesprächsrunde den Fragen der Stipendiat*innen stellte.

Begleitprogramm plus

Wir wollen unsere Stipendiat*innen von Förderbeginn an mit den unterschiedlichen Programmeinheiten der Stiftung in Kontakt bringen. In unserer Reihe „Begleitprogramm plus“ können Stipendiat*innen an zahlreichen Fachveranstaltungen und Kompetenztrainings teilnehmen, im Jahr 2024 beispielsweise an der Reihe „Green Cities 2035: Klimaneutrale Kommunen mit neuen Allianzen“ oder an der Tagung „Media Matters: Medien, Journalismus & demokratische Debatte“ im Rahmen der „Zukunftswoche 2024“.

Auf Einladung der Petra-Kelly-Stiftung in München nahmen zehn Stipendiat*innen an einer Bildungsreise nach Brüssel teil, bei der sie unter anderem einen Einblick in die Arbeit einer EU-Parlamentsabgeordneten und in die Tätigkeitsfelder des EU-Büros der Stiftung erhielten. Bereits zum vierten Mal fand eine Studienreise in Kooperation mit unserem Referat Kunst und Kultur zum Kunstfestival „Steirischer Herbst“ in Graz/Österreich statt.

Promotionsförderung

Ein Höhepunkt für unsere Promovierenden ist das jährlich stattfindende Promovierendenforum, bei dem die Teilnehmenden wissenschafts- und hochschulpolitische Themen diskutieren und sich gegenseitig ihre Promotionsthemen vorstellen. Vom 10. bis 12. Mai 2024 fand es zum Thema „KI in Wissenschaft und Forschung – Chancen und Gefahren“ statt. In der Diskussion mit Stiftungsvorstand Jan Philipp Albrecht und geladenen Gästen ging es vor allem um die Frage nach der Verantwortung von Wissenschaftler*innen bei der Entwicklung und dem Einsatz von KI sowie um die gesellschaftliche und politische Tragweite.

In der Veranstaltungsreihe „Erfolgreich promovieren“ vom 9. bis 11. September 2024 in Bielefeld setzten sich Promotionsstipendiat*innen mit den Themen „Krisen und Konflikte während der Promotion“ und „Nachhaltiges Netzwerken“ auseinander, lernten Deeskalationsmodelle bei Konflikten kennen und eigneten sich Tools zum Netzwerken und Selbstmarketing an.

Promovierende des Forschungsclusters „Sozial-ökologische Transformation“ beschäftigten sich am 28. und 29. August 2024 in einem Workshop damit, wie wissenschaftliche Perspektiven durch Praxiswissen erweitert werden können – ein wichtiger Aspekt bei der Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation. Außerdem besuchten die Teilnehmenden das Naturkundemuseum Berlin und erhielten Einblicke in die dortige Citizen-Science-Forschung.

Alumniprogramm

Der regelmäßige Kontakt mit unseren ehemaligen Stipendiat*innen ist uns wichtig. Einmal im Jahr findet der „Alumni-Salon“ statt. Im November 2024 ging es um das Thema „Migrationspolitik und Menschenrechte“. 140 Alumni aus 32 Förderjahren nahmen daran teil. Abgerundet wurde das vielfältige Programm durch die Vorstellung des Vereins „Ehemalige Stipendiat*innen der Heinrich-Böll-Stiftung e. V.“ und die Präsentation der neu gegründeten Zeitschrift „Çîya“, die Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte eine Stimme gibt. Zum Abschluss wurden 68 Stipendiat*innen feierlich aus der Förderung verabschiedet.

Kooperationen

Seit 2024 kooperiert das Studienwerk mit der Stiftung Begabtenförderung Berufliche Bildung (SBB), finanziert vom BMBF. Ziel ist es, die Vernetzung und den fachlichen Austausch der Geförderten beider Stiftungen zu fördern. Gemeinsam besuchte Veranstaltungen zu Themen wie „Insektensterben – Ursachen und Lösungsansätze“ und „Rechtsextremismus und mögliche Gegenstrategie“ (durch das Studienwerk organisiert) oder „Survival Guide für den Start in das Studium“ und „Führungswerkstatt“ (durch die SBB organisiert) erweitern das jeweilige Angebot der Stiftungen; die Resonanz ist ausgesprochen positiv.

Die Sommerakademie „Demokratie gestalten!“ – eine gemeinsame Initiative der 13 deutschen Begabtenförderungswerke und der SBB unter wechselnder Federführung – will werkeübergreifend Stipendiat*innen dazu ermuntern, sich konstruktiv mit anderen Weltanschauungen und politischen Ansichten auseinanderzusetzen und in den Dialog zu treten. Im Jahr 2024 organisierten wir mit der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung diese Akademie, die vom 25. bis 30. August zum Thema „Demokratie stärken – Gesellschaftliches Engagement und Verantwortung“ im Kloster Banz stattfand. Bei Exkursionen nach Bamberg, während einer Podiumsdiskussion der Vorstände der drei organisierenden politischen Stiftungen oder beim Kaffee in der Sonne wurden sich die Teilnehmenden ihrer teils unterschiedlichen Sichtweisen bewusst, stellten aber auch vielfältige, manchmal überraschende Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen fest. Den Abschluss der intensiven Woche bildete eine vom Studienwerk organisierte Diskussionsrunde kommunalpolitisch aktiver Stipendiat*innen, bei der neben aktuellen Herausforderungen in der Kommunalpolitik auch parteiübergreifende Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden konnten.

Unser Netzwerk

Wie im Leitbild „Diversität und Antidiskriminierung in der Heinrich-Böll-Stiftung“ beschrieben, setzt sich die Stiftung für einen wertschätzenden Umgang miteinander ein. Niemand soll aufgrund des Geschlechts, einer rassistischen oder antisemitischen Zuschreibung, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung oder chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der sexuellen oder geschlechtlichen Identität oder des sozialen Status diskriminiert oder benachteiligt werden. Das Studienwerk hat deshalb eine Antidiskriminierungsrichtlinie entwickelt, die seit dem 1. Oktober 2024 in Kraft ist. Sie ist unter Mitwirkung und Beratung der Mitarbeitenden im Studienwerk, des Fachbeirats Studienwerk, der Referentin der Gemeinschaftsaufgabe „Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung“, des Stipendiat*innen-Rates und des Büros der Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung u.a. erarbeitet worden. Die Richtlinie bezieht sich auf alle Belange, die die Studien- und Promotionsförderung der Heinrich-Böll-Stiftung betreffen, inklusive Auswahlverfahren und Alumni-Programm. Stipendiat*innen und Bewerber*innen, die Diskriminierung oder Belästigung erfahren haben, werden dazu ermutigt, ihre Rechte wahrzunehmen, über erlebte Fälle zu berichten, sich beraten zu lassen und ggfs. Beschwerde einzulegen. ➔ boell.de/de/stipendien

Lesenswert

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist als einzige politische Stiftung nach einem Schriftsteller benannt. Heinrich Böll hat sich zeit seines Lebens für die Freiheit der Kunst eingesetzt. In diesem Jahr stellen wir ehemalige Stipendiat*innen vor, die als Schriftsteller*innen auf sich aufmerksam machen. Alle setzen sich in ihrer Arbeit mit einer großen Bandbreite an Themen auseinander. Sie eint sowohl ein internationaler als auch ein macht- und diskriminierungskritischer Blick.



Necati Öziri (Studienstipendiat von 2009 bis 2014) ist freischaffender Buch- und Theaterautor und Dramaturg. Er studierte Philosophie, Germanistik und Neue Deutsche Literatur in Bochum, Istanbul und Berlin. Bei den 45. Tagen der deutschsprachigen Literatur in Klagenfurt gewann Necati Öziri den Publikumspreis und den KELAG-Preis. 2023 erschien sein Romandebüt „Vatermal“ über einen im Sterben liegenden Protagonisten, der an seinen ihm unbekanntem Vater schreibt. Dabei reflektiert er das eigene Leben, wie auch das seiner Mutter und seiner Schwester, die gezeichnet sind von sozialen und politischen Umständen. Sein mehrere Generationen umspannendes Porträt einer deutsch-türkischen Familie stand auf der Shortlist für den Deutschen Buchpreis und wurde 2024 mit dem Literaturpreis Ruhr ausgezeichnet. Das Werk wurde im Dezember 2024 als Theaterstück am Maxim Gorki Theater in Berlin uraufgeführt.



Ronya Othmann (Studienstipendiatin von 2016 bis 2020) studierte am Deutschen Literaturinstitut in Leipzig und arbeitet als Autorin und Journalistin. Sie schreibt Lyrik, Prosa und Essays. Für die „Frank-

furter Allgemeine Sonntagszeitung“ schreibt sie die Kolumne „Import Export“. Darin beschäftigt sie sich mit deutscher Außenpolitik im Nahen Osten, Islamismus, Rechtsextremismus, Menschenrechten u.a. Für ihr Schreiben wurde sie u.a. mit dem Lyrik-Preis des Open Mike, dem MDR-Literaturpreis und dem Caroline-Schlegel-Förderpreis für Essayistik ausgezeichnet. Für „Die Sommer“, ihren ersten Roman, bekam sie 2020 den Mara-Cassens-Preis, für den Lyrikband „die verbrechen“ (2021) den Orphil-Debütpreis, den Horst-Bienek-Förderpreis für Lyrik und den Horst Bingle-Preis 2022. „Vierundsiebzig“, ihr zweiter Roman, wurde für den Deutschen Buchpreis nominiert und mit dem Düsseldorfer Literaturpreis, dem Preis der SWR-Bestenliste 2024 sowie dem Erich-Loest-Preis 2025 ausgezeichnet. Der dokumentarische Roman beschäftigt sich mit dem Genozid an den Jesiden. Seit 2025 ist Ronya Othmann Mitglied in der Jury des Hannah-Arendt-Preises.



Katharina Mevissen (Studienstipendiatin 2010 bis 2017) hat Kultur- und Literaturwissenschaft an der Universität Bremen studiert. Sie promoviert derzeit an der Freien Universität Berlin über gesprochene Literatur und akustische Archive. Als Herausgeberin brachte sie 2022 den Band „Gesammeltes Schweigen“ von Heinrich Böll und Sharon Dodua Otoo heraus. Darin bietet Otoo ihrem Kollegen erst mal das Du an und führt mit ihm ein Gespräch, das das Schweigen nicht fürchtet. Mit der Initiative handverlesen hat Katharina Mevissen die Filmproduktion „Text kommt in Bewegung“ realisiert, bei der taube und hörende Künstler*innen gebärdensprachliche Poesie übersetzten und performten. Ihr Debütroman „Ich kann dich hören“ erschien 2019. Er wurde mit dem Kranichsteiner Literaturförderpreis ausgezeichnet und 2021 im Westdeutschen Rundfunk als Hörspiel adaptiert. Für ihren zweiten, 2023 veröffentlichten Roman „Mutters Stimmbruch“ erhielt sie den Meersburger sowie den Bremer Literaturförderpreis. Im Herbst 2025 erscheint „Mutters Stimmbruch“ als Hörbuch bei speaklow.



Dorothee Riese (Studienstipendiatin von 2009 bis 2016) studierte Internationale Literaturen, Slawistik sowie Kultur und Geschichte Mittel- und Osteuropas in Tübingen und Frankfurt an der Oder. 2015 kam sie als Masterstudentin ans Deutsche Literaturinstitut Leipzig. Ihr Debütroman „Wir sind hier für die Stille“ erschien 2024. Sie erzählt in ihrem Coming-of-Age-Roman in einer rauen, poetischen Sprache von einer umgekehrten Migration, dem Kindsein und Aufwachsen im Europa von heute. Das Buch wurde für den Literaturpreis Fulda nominiert. Dorothee Riese ist Teil von „other writers need to concentrate“, einer Autor*innen-Gruppe, die sich für mehr Sichtbarkeit von schreibenden Eltern im Literaturbetrieb einsetzt. Seit 2021 arbeitet sie am Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) in Leipzig und promoviert hier seit Frühjahr 2025 zu Literatur und Kultur der Emanzipationsbewegung der Romnja*Roma in Rumänien.



Ali Fathi (Promotionsstipendiat 1992 bis 1995) lehrte bis 1984 an der Teheraner Universität Recht und Politik. Nach seiner Flucht nach Deutschland wurde er 1985 als politischer Flüchtling anerkannt. Er studierte Publizistik, Soziologie und Politologie und promovierte 1995 über die Einwanderungspraxis Deutschlands im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich. Neben seiner akademischen Laufbahn engagiert er sich politisch im Bereich Migration. Er ist als Autor, Coach und Trainer tätig. Seit 2018 gehört er dem entstehenden Verbund „Macht- und Rassismuskritische Therapeut*innen & Berater*innen“ an. Sein autobiografischer Roman „Gomnam – Reflexionen in der Diaspora“ erschien im Mai 2024 im Eurobuchverlag. Darin setzt er sich mit den Folgen von Gewaltherrschaft und kolonialen Bedingungen auseinander, die für Betroffene oft ein ganzes Leben andauern.

GreenCampus ist die Weiterbildungsakademie der Heinrich-Böll-Stiftung und der Landesstiftungen. Mit unseren Angeboten stärken wir seit über 15 Jahren politisch und zivilgesellschaftlich engagierte Menschen. In Zeiten globaler Krisen wird es immer wichtiger, politisch Aktive in ihrer Krisenfähigkeit und Widerstandskraft zu stärken.

Über den Umgang mit negativen Emotionen angesichts der Klimakrise sprechen wir mit unserer Trainerin Nadja Hirsch, die Expertin für Resilienz und Klimaangst ist.

Vom Wissen zum Handeln



Nadja Hirsch, Expertin für Resilienz und den Umgang mit Klimaangst, Foto: Alexander Louvet

Die Klimakrise macht vielen Menschen Angst oder führt zu Gefühlen der Ohnmacht. Ist das normal?

Absolut! Klima-Emotionen wie Angst, Wut oder Trauer sind ganz natürliche Reaktionen. Sie zeigen, dass uns die Zukunft unseres Planeten nicht egal ist. Ein Problem entsteht, wenn diese Emotionen uns lähmen oder überfordern. Der erste Schritt ist, die eigenen Emotionen wahrzunehmen und anzuerkennen. Wir neigen oft dazu, unangenehme Gefühle wegzu drücken, aber sie sind wichtig. Sie zeigen uns, was uns wirklich am Herzen liegt. Außerdem kann diese Reflexion Klarheit bringen und verhindern, dass wir uns von unseren Emotionen überrollen lassen.

Gibt es Techniken, die helfen, besser mit Klima-Emotionen umzugehen?

Definitiv! Achtsamkeitsübungen, bewusste Atemtechniken oder der Austausch mit anderen helfen, Emotionen zu regulieren. Auch Bewegung und Zeit in der Natur sind sehr wirkungsvoll.

Viele Menschen haben das Gefühl, dass ihr persönlicher Beitrag nichts bewirken kann. Wie kann man damit umgehen?

Diese Ohnmacht ist ein großer Stressfaktor. Hier hilft es, sich auf das zu konzentrieren, was man tatsächlich beeinflussen kann. Niemand muss die Welt allein retten. Es geht darum, kleine Schritte zu machen und sich mit anderen zusammenzutun. Gemeinsam erreicht man mehr und fühlt sich weniger machtlos.

Wie bleibt man langfristig engagiert, ohne auszubrennen?

Das Stichwort ist Balance. Es ist wichtig, aktiv zu bleiben, aber auch auf die eigene psychische Gesundheit zu achten. Wer nur für das Klima kämpft und sich selbst vergisst, landet irgendwann in der Erschöpfung. Deshalb: Pausen einplanen, Erfolge feiern und sich mit positiven Erlebnissen aufladen. Niemandem ist geholfen, wenn man sich völlig verausgabt. Klima-Resilienz bedeutet auch, sich selbst mit Freundlichkeit zu begegnen und langfristig handlungsfähig zu bleiben.

Checkliste: Klima-Resilienz stärken

Wie du mit Klima-Emotionen umgehst und handlungsfähig bleibst

- ▶ Lass deine Klima-Emotionen zu
- ▶ Nimm dir die Zeit, um dich bewusst mit deinen Klima-Emotionen auseinanderzusetzen
- ▶ Lerne deine individuellen Klima-Stressoren kennen und verstehen
- ▶ Lerne Techniken zur Emotionsregulation kennen und übe sie ein
- ▶ Gemeinschaft suchen und aktiv werden
- ▶ Finde eine Balance zwischen Engagement und Selbstfürsorge, um langfristig aktiv zu bleiben

➤ greencampus.boell.de/de

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird. Die Archivbestände werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzfristen der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.



Foto: © Simon Renkert

Besondere Erschließungsprojekte im Jahr 2024

„Frauen stiften Frauen an“ – das war die Idee und das Motto des etwa zehn Jahre existierenden Vereins Frauen-Anstiftung. Als Teil des Stiftungsdachverbands Regenbogen ging die Frauen-Anstiftung 1997 zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung (Köln) und der Stiftung Buntstift in die heutige Heinrich-Böll-Stiftung über. Ziel des Vereins war es, die kulturelle, gesellschaftliche und politische Bildung von Frauen zu fördern, den Feminismus zu stärken und die Lebenssituation von Frauen zu verbessern. Im Archiv Grünes Gedächtnis lagerte der gesamte Bestand aus zehn Jahren Stiftungsarbeit – über 40 laufende Regalmeter, in 511 Aktenordnern abgeheftet, ohne Signaturen und inhaltlich unerschlossen, also für die interessierte Öffentlichkeit nicht nutzbar.

Um diese „hauseigene“ Geschichte zugänglich zu machen, hat das Team des Archivs alle Unterlagen gesichtet, verzeichnet und systematisch abgelegt. Der Bestand gibt einen tiefen Einblick in die Arbeit und Netzwerke der (inter-)nationalen Frauenbewegung der 1980er- und 1990er-Jahre, anhand

derer man die Entwicklung feministischer Gesellschafts- und Außenpolitik nachvollziehen kann.

Neben klassischem Schriftgut wurden Veröffentlichungen, Plakate sowie Fotografien dem Sammlungsbereich und der Bibliothek des Archivs zugeführt. Das gesamte Konvolut besteht nun aus 457 Einzeldatensätzen in der Archivdatenbank, 701 Archivmappen in 157 Archivkartons und misst 15,7 laufende Regalmeter.

Digitalisierung Transparente

Neben Fotografien, Plakaten, Filmen und Audiomitschnitten verfügt das Archiv auch über eine Sammlung historischer Transparente, die bisher größtenteils nicht bearbeitet und daher für die Benutzung nicht verfügbar waren. Ende 2024 wurde ein Teil des Bestandes (ca. 140 Transparente) fotografiert und digitalisiert. So wird künftig auch der Sammlungsbestand der Transparente nutzbar sein, und zugleich wurde ein wertvoller Beitrag zum Erhalt der historischen Informationen geleistet. Der digitalisierte Bestand soll im Laufe des Jahres 2025 in der Online-Sammlung einsehbar werden.

Quellen zur grünen Geschichte zugänglich machen

Das Archiv Grünes Gedächtnis steht allen Interessierten offen. Im Jahr 2024 bearbeitete es rund 250 Anfragen, vor allem von Wissenschaftler*innen, Journalist*innen und Kulturschaffenden. Zu den Serviceleistungen des Archivs gehören unter anderem die Beratung zu unseren Beständen und ihren Nutzungsmöglichkeiten, die Vorabrecherche in unserer rund 85.000 Einträge umfassenden Archivdatenbank, die Prüfung und Bereitstellung von Reproduktionen oder auch die Klärung von Bildrechten.

Aktuelle Öffnungszeiten und weitere Nutzungshinweise ➔ boell.de/archiv



Das Stiftungshaus in der Mitte Berlins. Foto: Annette Maennel

Stiftungsmanagement

Unsichere Finanzlage für die politischen Stiftungen

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur „Schuldenbremse“ von Anfang 2024 haben sich die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Bundes, der öffentlichen und der öffentlich geförderten Institutionen dramatisch geändert. Das betrifft auch die politischen Stiftungen. Sie können in den nächsten Jahren allenfalls von einem schwachen Wachstum, wenn nicht von einer Stagnation oder Kürzungen der Mittel ausgehen. Der Regierungsentwurf vom Juli 2024 für den Bundeshaushalt 2025 bildete bereits eine Zäsur. Wir haben daraufhin unsere Einnahmeerwartungen deutlich herabgesetzt und entschieden uns im Zuge dessen gegen einen geplanten Neubau in der Berliner Karl-Marx-Allee. Der Betrieb dieses Ergänzungsbaus wäre wirtschaftlich nicht tragbar gewesen.

Aufgrund der politisch und haushalterisch völlig unsicheren Situation wurde der Mitgliederversammlung, dem obersten Beschlussfassungsorgan der Stiftung, im Dezember keine mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2027 vorgelegt, sondern lediglich ein auskömmlicher Haushalt für 2025 mit einem vergleichsweise hohen Übertrag, der die weiteren Planungen grundsätzlich absichern kann. Ein wichtiges Ziel unserer Konsolidierungsplanung für die Folgejahre ist es, die Bildungsarbeit ohne große Einschnitte weiterzuführen.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen war auch das Jahr 2024 ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr, vor allem mit Blick auf die Umsetzung unseres Programms zur Modernisierung der Organisation, das in vielen Aspekten enorm an Fahrt aufgenommen hat. Die umfassende Digitalisierung ist eine tragende Säule dieses Prozesses, der die gesamte Stiftung umfasst – von der IT über die Finanz- und Geschäftsprozesse, die Personal- und Kompetenzentwicklung hin bis zur Bildungsarbeit. Neu errichtete Organisationsstrukturen verbunden mit Kompetenzgewinnen haben sich schon kurzfristig bezahlt gemacht.

Das Stiftungsfinanzierungsgesetz vom 19. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 383) wurde im Jahr 2024 erstmals auf die Heinrich-Böll-Stiftung angewandt. In der Praxis der politischen Bildungsarbeit ergaben sich hieraus keine Änderungen oder Einschränkungen für die Stiftung. Mit der Anforderung von Unterlagen im Sommer 2024 durch das Bundesministerium des Inneren (BMI) und der ersten Erfolgskontrolle von BMI und Bundesverwaltungsamt nach Verabschiedung des Stiftungsfinanzierungsgesetzes im Oktober beginnt nunmehr auch die Verfassungstreueprüfung der politischen Stiftungen durch die Zuwendungsgeber. Sie wird erst im Laufe des Jahres 2025 abgeschlossen werden.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Das Prüfurteil des unabhängigen Abschlussprüfers Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft vom 28. August 2024 hat ergeben, dass der Jahresabschluss des Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Berlin – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie der Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden –, geprüft wurde. Darüber hinaus wurde der Lagebericht des Heinrich-Böll-Stiftung e. V., Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft. Nach Beurteilung der aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- ▶ entspricht der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Vereins zum 31. Dezember 2023 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- ▶ vermittelt der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB wurde erklärt, dass die Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Organe des Vereins

Die **Mitgliederversammlung** ist das oberste Beschlussfassungsorgan der Stiftung. Sie setzt sich aus 49 Personen zusammen, davon je vier Personen aus der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, je eine Person aus den Landesstiftungen und 25 weitere Personen aus dem Kreis der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung, von denen eine Person dem Europäischen Parlament oder der Europäischen Grünen Partei angehört. Die Wahlperiode für die Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Der **Vorstand** ist hauptamtlich tätig und besteht aktuell aus zwei Personen. Jedes Vorstandsmitglied wird für die Dauer von fünf Jahren von der Mitgliederversammlung gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Aufsichtsrat zu. Der Vorstand ist im Rahmen der Beschlüsse der Mitgliederversammlung für die Verwirklichung der Ziele der Stiftung verantwortlich. Er ist insbesondere dafür verantwortlich, dass die Verwendung des Stiftungsvermögens und von dritter Seite zufließenden Vermögenswerten durch die Stiftung und ihre Einrichtungen zweckentsprechend und wirtschaftlich erfolgt. Für die Ausführung der laufenden Verwaltung des Vereins ist der **Geschäftsführer** verantwortlich.

Der **Aufsichtsrat** führt die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstands. Er besteht aus neun Personen, davon sieben aus den Reihen der Mitgliederversammlung und zwei hauptamtlich Mitarbeitende, die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.

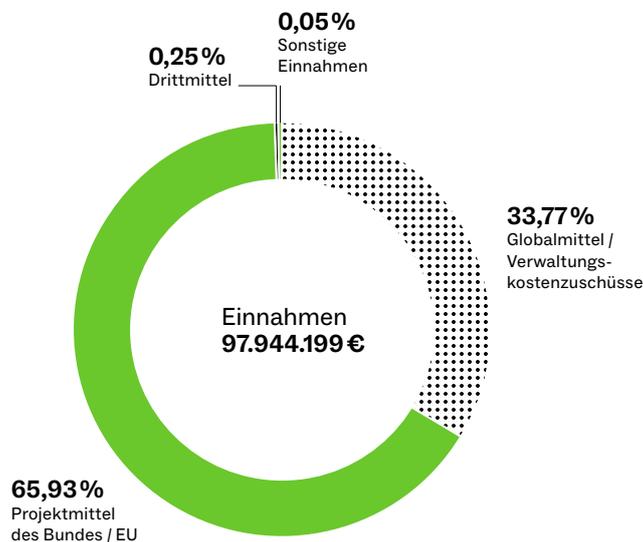
Gremien des Vereins

- ▶ **Fachbeirat Gemeinschaftsaufgabe „Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung“**
- ▶ **Fachbeirat Globale Kooperation**
- ▶ **Fachbeirat Europa/Transatlantik**
- ▶ **Fachbeirat Studienwerk**

Fachbeiräte beraten die Stiftung bei der Verwirklichung der satzungsgemäßen Aufgaben und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Die Fachbeiräte werden vom Aufsichtsrat auf drei Jahre berufen. Der Mitgliederversammlung steht ein Vorschlagsrecht zu. Die Fachbeiräte berichten der Mitgliederversammlung jährlich über ihre Arbeit. Eine Sonderstellung hat der in der Satzung festgeschriebene Fachbeirat „Teilhabe, Geschlechterdemokratie und Antidiskriminierung“. Seine Mitglieder werden von der Mitgliederversammlung gewählt und sind ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Vorschlagsrecht haben Mitglieder der Mitgliederversammlung und des Aufsichtsrats. Er setzt sich aus mindestens 12 und höchstens 15 Personen zusammen. Die Frauenquote beträgt mindestens 80 Prozent.

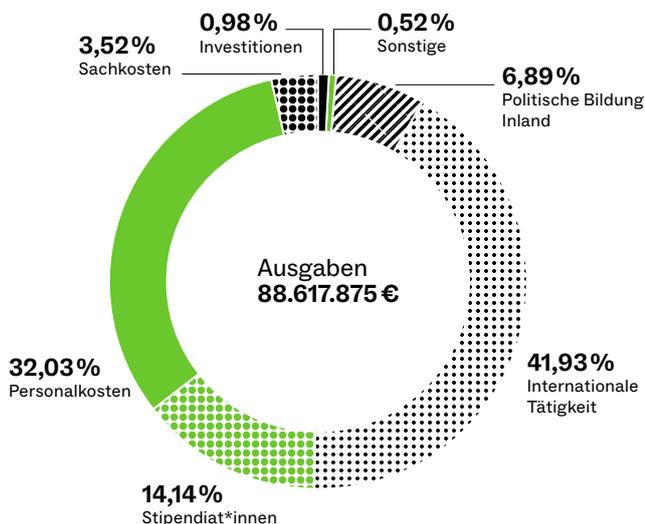
Einnahmen

Die Einnahmen der Stiftung betragen 2024 insgesamt ca. 98 Millionen Euro. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Anstieg von rund 0,8 Prozent, der insbesondere auf höhere Einnahmen bei den Globalmitteln zurückzuführen ist.



Ausgaben

Rund 63 Prozent der Ausgaben der Stiftung (ca. 55,8 Millionen Euro) flossen 2024 in die inhaltliche Arbeit und die Studien- und Promotionsförderung. Dieser Anteil wächst auf rund 85,5 Prozent, wenn die Personalkosten der inhaltlich arbeitenden Mitarbeiter*innen der Stiftung berücksichtigt werden. Die verwaltungsbezogenen Sachausgaben sind leicht gestiegen, ebenso die Ausgaben für Investitionen.



Finanzielle Rahmenbedingungen der Stiftungsarbeit

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist als eingetragener Verein beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg registriert und vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Unsere Arbeit finanziert sich zum überwiegenden Teil aus öffentlichen Zuwendungen. Der zentrale Baustein unserer Finanzierung sind die sog. Globalmittel, die der Bundestag im Haushalt des Bundesministeriums des Innern für die Arbeit politischer Stiftungen zur Verfügung stellt. Über die Verwendung der Globalmittel kann die Stiftung zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben weitgehend frei entscheiden. Mit ihnen werden zum Beispiel Seminare, Tagungen und Kolloquien durchgeführt oder Forschungsvorhaben finanziert. Globalmittel sind für die Stiftung von besonderer Bedeutung, weil mit ihnen auch allgemeine Verwaltungskosten finanziert werden können – wie etwa Personalkosten der Dienstleistungsabteilungen und die Unterhaltung unserer Bürogebäude. Zusätzlich erhält die Stiftung Projektmittel, die nur für den jeweils vereinbarten Zweck verausgabt werden dürfen (z.B. für die Auslandsarbeit oder die Studien- und Promotionsförderung). Die Projektmittel werden durch Verwaltungskostenzuschüsse (VKZ) ergänzt, die ähnlich wie Globalmittel eingesetzt werden können.

Neben den öffentlichen Zuwendungen hat der Verein Heinrich-Böll-Stiftung auch Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Weiterbildungsakademie GreenCampus.

Transparenz

Es ist uns besonders wichtig, über die Verwendung der uns zur Verfügung stehenden Mittel transparent zu informieren. Wir gehen daher über die gesetzlich vorgeschriebenen Berichtspflichten hinaus. So haben wir uns der Initiative Transparente Zivilgesellschaft angeschlossen und zur Einhaltung eines Verhaltenskodexes zur Verhinderung von Korruption verpflichtet. Zudem erstellen wir einen finanziellen Jahresbericht in Anlehnung an die Vorgaben des Handelsgesetzbuches, den wir von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigen lassen.

Finanzieller Jahresbericht

Bei der hier veröffentlichten Übersicht der jährlichen Einnahmen und Ausgaben der Stiftung handelt es sich um vorläufige Zahlen, von denen sich die endgültigen aber nur geringfügig unterscheiden werden. Der endgültige Bericht mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung kann erst erstellt werden, nachdem die Jahresabschlüsse unserer Büros im Ausland erstellt worden sind.

Vorläufige Einnahmen-Ausgabenrechnung 2024*

Berichtsjahr vom 01.01.2024 bis 31.12.2024 (Stand: 26.08.2025)

	2024	2023
	Vorläufiges Ergebnis	
Einnahmen Globalmittelhaushalt**	32.321.447	30.089.362
Einnahmen Mittel für Investitionen	754.115	1.514.146
Projektmittel		
Internationale Zusammenarbeit	45.757.755	45.987.234
BMZ	36.837.994	37.372.302
AA	8.805.776	8.467.033
EU	0	0
Sonstige/Drittmittel	113.985	147.900
Studienwerk	12.846.696	13.322.449
BMFTR	11.468.039	11.933.454
AA	1.283.446	1.366.467
Sonstige/Drittmittel	95.212	22.528
Inland	6.215.195	6.176.980
BMI	5.669.004	5.606.691
Sonstige/Drittmittel	546.191	570.289
Sonstiges	48.991	60.135
Summe der Einnahmen	97.944.199	97.150.306
Fachausgaben	1.749.513	1.648.012
Weiterleitungen an die Landesstiftungen	3.948.313	3.991.914
Projektmittelausgaben		
Internationale Zusammenarbeit	37.097.731	36.900.480
Studienwerk	12.504.355	12.992.570
EU	0	0
Drittmittel	487.495	499.111
Personal (Gehälter inkl. Leitungen Auslandsbüros)	28.381.024	25.708.644
Sachausgaben	3.117.938	3.273.062
Investitionen	869.648	1.554.823
Sonstiges	461.857	632.334
Summe der Ausgaben	88.617.875	87.200.950
Mittelübertrag ins Folgejahr	9.326.323,26	9.949.355,50
Vereinseinnahmen	180.748	174.690
Vereinsausgaben	152.739	165.818
Vereinsergebnis	28.009	8.872

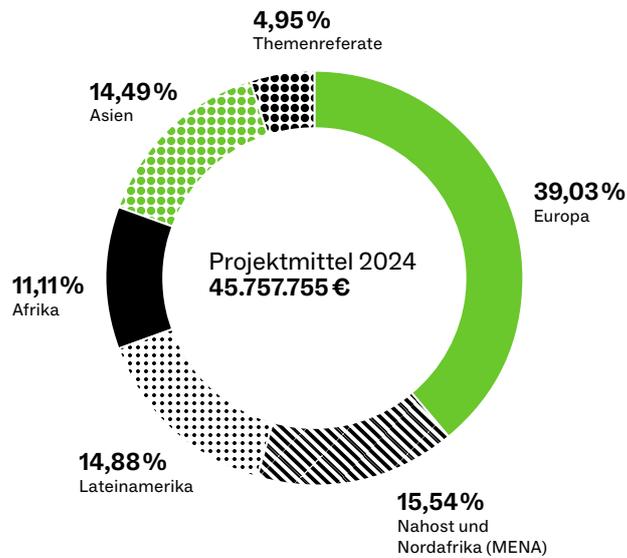
* Alle Zahlen in Euro

** Einschließlich des Mittelübertrages aus dem Vorjahr

AA: Auswärtiges Amt; BMFTR: Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt;

BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; STW: Studienwerk

Internationale Zusammenarbeit



Die Projektmittel für den Bereich Internationale Zusammenarbeit (IZ) betragen rund 45,7 Millionen Euro. Das ist ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr um rund 260.0000 Euro.

Vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erhielt die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2024 für entwicklungswichtige Vorhaben ca. 280.000 Euro weniger als im Jahr 2023, nachdem 2023 gegenüber 2022 ein Mittelaufwuchs von ca. 5 Millionen Euro erfolgt war.

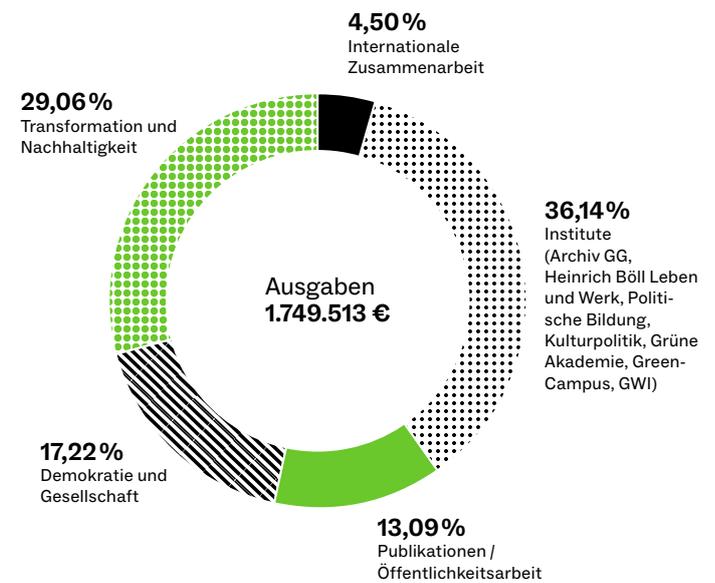
Die beiden BMZ-Sondermittelprogramme zur Klimapolitik (in Lateinamerika und in den Ländern des westlichen Balkans) wurden 2024 weiter fortgeführt. Für die Sonderinitiative „Klimawandel und Ressourcenpolitik Asien“ konnten keine neuen Sondermittel akquiriert werden. Insgesamt sanken die zur Verfügung stehenden Klimamittel gegenüber dem Vorjahr um ca. 100.000 Euro.

Die vier BMZ-Fluchtmittelprogramme (Libanon, Türkei, Griechenland und Horn von Afrika) wurden mit ca. 560.000 Euro gefördert. Der Gesamtbetrag ist leicht rückläufig gegenüber 2023.

Vom Auswärtigen Amt erhielt die Stiftung zur Förderung gesellschaftspolitischer Maßnahmen 7.982.500 Euro, ca. 300.000 Euro mehr als 2023.

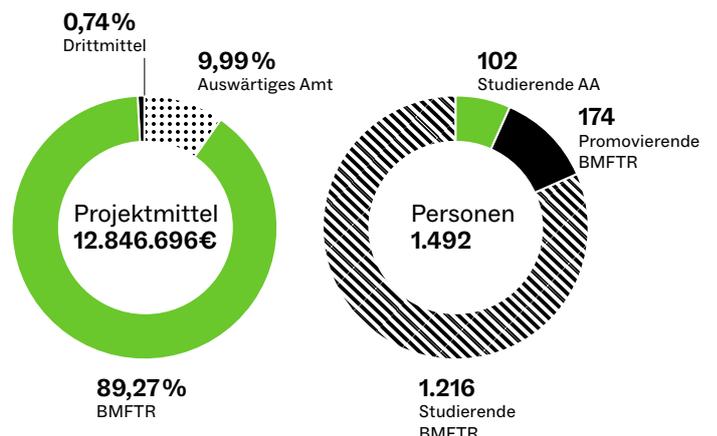
Die Aktivitäten in Tunesien, Marokko und Jordanien sowie in Belarus wurden auch im Jahr 2024 mithilfe von AA-Sondermitteln fortgeführt. Hier standen der Stiftung ca. 837.300 Euro zur Verfügung.

Politische Bildung Inland



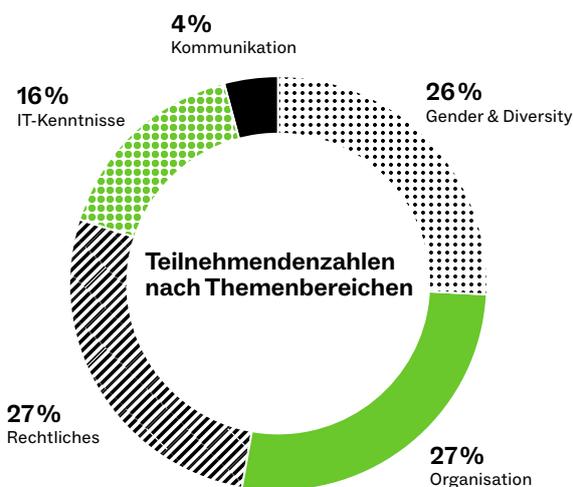
Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung 2024 insgesamt 1.749.513 Euro aus Globalmitteln und Drittmitteln verausgabt. Diese Gelder flossen in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Die prozentuale Verteilung der Mittel auf die Themen ist aus der Grafik ersichtlich. Außerdem werden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie GreenCampus und der Grünen Akademie sowie für die Herausgabe von Büchern verausgabt. Zudem leitete die Stiftung im Jahr 2024 knapp 4 Millionen Euro für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.

Stipendien und Projektmittel des Studienwerks



Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt und vom Auswärtigen Amt (AA). Im Jahr 2024 konnten insgesamt 1492 Personen gefördert werden, davon 1302 Studierende, 188 Promovierende und zwei internationale ehemalige Promovierende für einen befristeten Forschungsaufenthalt in Deutschland. 298 deutsche und internationale Studierende und Promovierende konnten 2024 neu in die Förderung aufgenommen werden.

Interne Weiterbildung



Digitalisierung

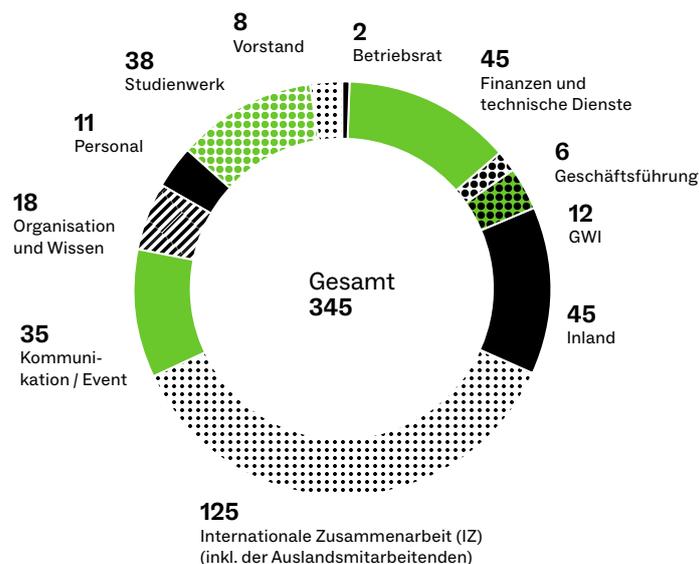
Im Jahr 2024 haben wir ein stiftungsinternes Lern-Management-System (LMS) eingeführt: das cloudbasierte Open Source System ILIAS. Böll Lernen ist ein wichtiger Baustein in der Gestaltung einer innovativen Lernwelt.

Qualifizierung

Mit dem internen Weiterbildungsprogramm unterstützen wir Mitarbeitende bei ihren beruflichen Herausforderungen. Im Jahr 2024 haben zahlreiche interne Angebote in Live-Online- oder Präsenzformaten stattgefunden. Zunehmend werden Inhalte auch über digitale Selbstlernformate (eLearnings) vermittelt. Diese ermöglichen flexibles, zeit- und ortsunabhängiges Lernen, das sich in den Arbeitsalltag integrieren lässt.

Wir haben so über 1300 Teilnehmende in zusammengefasst 550 Tagen qualifiziert und weiterentwickelt. Wir stärkten insbesondere Führungs-, Diversity-, Projektmanagement- und Moderationskompetenzen. Darüber hinaus haben über 100 Mitarbeitende eine Weiterbildung oder ein berufsbegleitendes Coaching bei externen Anbietern wahrgenommen.

Inlandsbeschäftigte und ins Ausland entsandte Mitarbeitende



Die TuWas-Stiftung für Gemeinsinn wurde 2013 mit großem ehrenamtlichem Engagement der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung gegründet. Seit dem Jahr 2022 fördert TuWas ein Programm zur Regeneration von Menschenrechtsverteidiger*innen. TuWas schließt damit eine wichtige Förderlücke in der Stiftungsarbeit: Menschenrechtsverteidiger*innen vor extremer psychischer Belastung zu schützen und ihre Resilienz zu stärken. Das Programm wird von unserer Global Support Unit in Brüssel durchgeführt. Der Bedarf nach dieser Art von Unterstützung ist leider sehr groß.



Foto: © Heinrich-Böll-Stiftung

Ihre Spenden und Zustiftungen ermöglichen uns im vergangenen Jahr die Unterstützung von vier weiteren Projekten in unseren Förderschwerpunkten:

- ▶ **Krieg und Gewalt in Europa**
- ▶ **Opfer sexualisierter Gewalt**
- ▶ **Demokratie unter Druck**
- ▶ **Populismus**
- ▶ **Rechtsruck und Klimafolgen**
- ▶ **Migration**

Dafür herzlichen Dank!
Mehr unter tuwasstiftung.de

Bei TuWas glauben wir, dass Erholung kein Rückzug ist – sondern Widerstand.

Jeden Tag kämpfen Menschenrechtsaktivist*innen unter unerbittlichem Druck für Rechte, Gerechtigkeit und Sicherheit. Ohne Erholung ist ein Burn-out unvermeidlich.

TuWas bietet Zeit, Raum und Unterstützung, um neue Kraft zu tanken. Mit Ihrer Hilfe können wir diese Arbeit fortsetzen.

Schützen wir diejenigen, die andere schützen. Spenden Sie jetzt:

IBAN DE41 4306 0967 1154 4708 00

Verwendungszweck:

„Spende Menschenrechtsverteidigung“

↗ tuwasstiftung.de

Viele Menschen unterstützen uns mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Referent*innen, als Vertrauensdozent*innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums. Sie helfen uns, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln. Und sie unterstützen uns durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Zustiftungen, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis

Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von regulär 92 Euro, ermäßigt 25 Euro. Geringverdienende zahlen 46 Euro. Mit Ihren Beiträgen unterstützen wir unbürokratisch und schnell dort, wo die Heinrich-Böll-Stiftung selbst oft aus rechtlichen Gründen nicht eingreifen kann. So fördern wir gezielt kleinere Kunst- und Kulturprojekte, für die schon vergleichsweise geringe Summen eine große Wirkung haben.

Im Jahr 2024 gehörten dazu etwa das Buch „Billige Plätze. Gender, Macht und Diskriminierung in der Musikbranche“

von Rike van Kleef, das sich kritisch mit der Live- und Festivalindustrie auseinandersetzt, der Film „The Pipeline“ des Pulitzerpreisträgers Daniel Etter über Umweltaktivist*innen im Irak sowie die Bremer Filmreihe „Desaparecidos“, die das Schicksal von Menschen beleuchtet, die im Zuge des lateinamerikanischen Drogenkriegs entführt, ermordet oder inhaftiert wurden.

Über die Vergabe der Mittel entscheidet das ehrenamtliche Koordinations-team, das von den Mitgliedern gewählt wird.

Und was haben Sie davon?

Wann immer möglich, werden die geförderten Projekte für Sie erlebbar gemacht – mit Einladungen zu Vernissagen, Aufführungen von Theater und Film, Lesungen oder Gesprächen. Sie erhalten den „Info-Brief“ mit Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen. Speziell für Mitglieder und Ehrenamtliche bieten wir jedes Jahr eine Bildungsreise in Zusammenarbeit mit unseren Auslandsbüros bzw. Landesstiftungen an. Zur Jahresversammlung stehen regelmäßig Vorstand oder Geschäftsführung der Stiftung zum Austausch bereit. Zudem organisieren wir verschiedene Veranstaltungen unter Beteiligung unserer Mitglieder – sei es als Ideengeber*in, als Moderator*in oder Gesprächsteilnehmer*in. Wir freuen uns auch auf Ihre Expertise.

Bitte füllen Sie beide Seiten aus und senden Sie das Formular in einem frankierten Briefumschlag (0,95 €) an uns zurück.

Heinrich-Böll-Stiftung

Bereich Kommunikation
Schumannstraße 8
10117 Berlin

Name _____

Vorname _____

dienstlich privat

Institution / Organisation _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

E-Mail _____

Telefon _____

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten elektronisch gespeichert werden, um Informationen von der Heinrich-Böll-Stiftung zu erhalten. Ich kann der Nutzung meiner Daten jederzeit widersprechen. Mehr zum Datenschutz finden Sie unter: boell.de/datenschutz

Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum und Unterschrift _____



Klaus Linsenmeier, Koordinationsgremium des Freundeskreises; Foto: Ludwig Rauch



Marie Luise von Halem, Koordinationsgremium des Freundeskreises; Foto: Robert Recker



Ulrike Cichon, Koordinatorin des Freundeskreises; Foto: Conny Fisch

Werden Sie Mitglied im Freundeskreis!

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung. Wir laden Sie herzlich ein, Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Netzwerkes zu werden – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Als Freund oder Freundin tragen Sie dazu bei, die Qualität und Selbständigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung langfristig zu sichern. Eine breite Palette an Veranstaltungen mit und für die Freundinnen und Freunde bietet Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, politische Konzepte und Entwicklungen zu

diskutieren und die Stiftungsarbeit näher kennenzulernen. Mindestens einmal im Jahr verreisen die Freundinnen und Freunde gemeinsam. Zuletzt führte sie ihre Reise nach Irland, wo sie mit Heinrich Bölls Irischem Tagebuch im Gepäck einige der darin beschriebenen Orte sowie Bölls früheren Wohnsitz auf Achill Island besuchten. Zudem waren sie Gast bei der Heinrich-Böll-Landesstiftung in Bremen.

Informieren Sie sich über unser Programm
 ▶ boell.de/freundeskreis

Ansprechpartnerin für Freundinnen und Freunde, Spender*innen und Sponsor*innen:

Ulrike Cichon

T 030-285 34-112, F 030-285 34-5112
 cichon@boell.de
www.boell.de/freundeskreis

Spenden- / Beitragskonto:

Bank für Sozialwirtschaft
 BICBF SW DE 33 BER
 IBANDE15 3702 0500 0003 0767 02
 Gläubiger-ID im SEPA-Lastschriftverfahren: DE 17 ZZZ 00 00 03 60 794

Ihr Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft jederzeit kündbar.

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied

- mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- mit dem Jahresbeitrag von _____ €
- mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schüler*innen, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von _____ €

Zahlungsweise

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs), Gläubiger-ID DE17ZZZ00000360794, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der hbs auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber*in (falls abweichend)

Kreditinstitut

IBAN

BIC

Die Mandatsreferenz wird mir durch die hbs separat mitgeteilt.

Datum, Ort und Unterschrift

- Ich überweise meinen Beitrag selbst auf das Konto der Heinrich-Böll-Stiftung, IBAN DE15 3702 0500 0003 0767 02.

Recht, von dem man keinen Gebrauch macht, stirbt ab;

Heinrich Böll (aus: Widerstand muß
heute darin bestehen, von seiner
Freiheit Gebrauch zu machen, 1983)

Freiheit, von der man keinen Gebrauch macht, welkt dahin.

Heinrich Böll (1917 – 1985)
Schriftsteller / Nobelpreisträger /
Politischer Intellektueller



Mitgliederversammlung

Ferda Ataman
 Bettina Backes
 Margarete Bause
 Sarah Bast
 Lukas Beckmann
 Yevgenia Belorusets
 Tanja Berger
 René Böll
 Franziska Brantner – MdB
 Wibke Brems – FraVo
 Agnieszka Brugger
 Prof. Dr. Marius Busemeyer
 Fabian Czerwinski
 Aladin El-Mafaalani
 Stephan Ertner
 Mirjam Gläser
 Ivan Gregurić
 Kübra Gümüşay
 Rebecca Harms
 Andrea Hoops
 Ulrich Khuon
 Maria Klein-Schmeink – MdB
 Franziska Krumwiede-Steiner
 Katrin Langensiepen – MdEP
 Dr. habil. Julia Leininger
 Sylvia Löhrmann
 Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe
 Dr. Birgit Metzger
 Dr. Matias Mieth
 Nambowa Mugalu
 Hannah-Katharina Nadji
 Omid Nouripour – BuVo
 Monika Oberle
 Janka Oertel
 Dr. Tamara Or
 Anja Piel
 Ramona Pop
 Andreas Rade
 Prof. Dr. Anja Reinalter – MdB
 Jamila Schäfer – MdB
 Reiner Scholz
 Dr. Julia Schulze Wessel
 Esther Straub
 Stefan Tidow
 Dr. Gerhard Timm
 Dr. Maya Trapp
 Dr. Kira Vinke
 Antje von Broock

Stipendiatische Vertreter*innen

Karolin Tuncel
 Dilan Yazicioglu

Aufsichtsrat

Prof. Dr. Marius Busemeyer
 Sylvia Löhrmann
 Dr. Gerhard Timm
 Agnieszka Brugger
 Andrea Hoops
 Dr. Julia Schulze Wessel

**Gemeinschaftsaufgabe Teilhabe,
Geschlechterdemokratie
und Antidiskriminierung**

Tessa Ganserer
 Laura Gehlhaar
 Andrea Schirmacher
 Dr. Dag Schölper
 Dr. Dan Ghattas
 Dr. Iris Werner
 Dr. Kristin Bergmann
 Dr. Laura Dornheim
 Elisabeth Kaneza
 Kübra Gümüşay
 Malti Taneja
 Özcan Karadeniz
 Naima Shali
 Katrin Langensiepen
 Prof. Dr. Ilse Lenz
 Stefanie Lohaus

**Koordinationsgremium
des Freundeskreises**

Marie Luise von Halem
 Klaus Linsenmeier

Mitglieder Grüne Akademie

Prof. Dr. Gabriele Abels
 Prof. Dr. Hartmut Aden
 Minister und MdL Tarek Al-Wazir
 Birgitt Bender
 Armin Bernsee
 Felix Beutler
 Prof. Dr. PD Thomas Biebricher
 Marianne Birthler
 Dr. Franziska Brantner
 Prof. Dr. Christina von Braun
 Dr. Sandra Brunsbach
 Dr. Eva Buddeberg
 Prof. Dr. Heinz Bude
 Emily Büning
 Prof. Dr. Marius Busemeyer
 MdEP Reinhard Bütikofer
 Prof. Dr. Thomas Christaller
 MdB Dr. Anna Christmann
 Prof. Dr. Dr. Michael Daxner
 Prof. Dr. Simone Dietz
 Dr. Thea Dücker
 Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani
 Rainer Emschermann
 Jan Engelmann
 Stephan Ertner
 Prof. Dr. Philipp Felsch
 Prof. Dr. Rainer Forst
 Georgia Franzius
 Ralf Fücks
 Anna-Catharina Gebbers
 Silke Gebel
 Prof. Dr. Brigitte Geißel
 Karsten Gerlof
 Prof. Dr. Arnim von Gleich
 Stephanie Gleißner
 Prof. Dr. Stefan Gosepath
 Prof. Dr. Sigrid Graumann
 Rebecca Harms
 PD Dr. Eva Hausteiner
 PD Dr. Felix Heidenreich
 Dr. Dietrich Herrmann
 Eva Herzog
 Prof. Dr. Lisa Herzog
 Dr. Paula Marie Hildebrandt
 Imma Hillerich
 Dr. Johannes Hillje
 Prof. Dr. Jeanette Hofmann
 Andrea Hoops
 Prof. Dr. Rahel Jaeggi
 Kristina Jeromin
 Dr. Stefanie John
 Pico Jordan
 Arne Jungjohann
 Lamya Kaddor
 Prof. Dr. Otto Kallscheuer
 PD Dr. Karena Kalmbach
 Petra Kirberger
 Sibylle Knapp
 Michael Knoll
 Johannes Kode
 Silke Krebs
 Prof. Dr. Regina Kreide
 Prof. Dr. Georg Krücken
 Prof. Dr. Rainer Kuhlen
 Prof. Dr. Bernd Ladwig
 Sergey Lagodinsky
 Prof. Dr. Susanne Lanwerd
 Dr. Justus Lentsch
 MdL Andrea Lindlohr
 Valentin Lippmann
 Niombo Lomba
 Prof. Dr. Bertram Lomfeld

Dr. Anna Lührmann
 Dr. Willfried Maier
 Nicole Maisch
 Dr. Linartas Martyna Berenika
 Dr. Ole Meinefeld
 Sebastian Metzger
 Prof. Dr. Jan Christoph Minx
 Prof. Dr. Christoph Möllers
 Alexander Müller
 Dr. Melanie Müller
 Prof. Dr. Jochen Müller
 MdB Claudia Müller
 Dr. Ella Müller
 Dr. Carsten Neßhöver
 Mona Neubaur
 Dr. Gero Neugebauer
 Prof. Dr. Christian Neuhäuser
 Dr. Ralph Obermayer
 Dr. Rainer Olschanski
 Prof. Dr. Konrad Ott
 Michael Pelke
 Prof. Dr. Arnd Pollmann
 Dr. Andreas Poltermann
 Ramona Pop
 Prof. Dr. Lother Probst
 Volker Ratzmann
 Prof. Dr. Andreas Reckwitz
 Prof. Dr. Hedwig Richter
 Dr. Manuel Rivera
 Prof. Dr. Thomas Rixen
 Krista Sager
 Philipp Sälhoff
 Prof. Dr. Thomas Saretzki
 Stephan Schilling
 Joscha Schmierer
 Dr. Simone Schwanitz
 Dr. Christine Schwarz
 Jan Seifert
 Prof. Dr. Sandra Seubert
 Peter Siller
 Dr., MdB Till Steffen
 Prof. Dr. Tine Stein
 Prof. Dr. Grit Straßenberger
 Dr. Niko Switek
 Nejma Tamoudi
 Rena Tangens
 Dr. Thorsten Thiel
 Dr. Michael Thöne
 Stefan Tidow
 Dr. Ellen Ueberschär
 Prof. Dr. Berthold Vogel
 Sybille Volkholz
 Prof. Dr. Christiane Voss
 Dr. Kristina Weissenbach
 Prof. Dr. Michael Zürn

Fachbeirat Europa / Transatlantik

Dr. Eltje Aderhold
 Dr. Annegret Bendiek
 Reinhard Bütikofer
 Dr. Tobias Bunde
 Prof. Dr. Burak Çopur
 Juliette de Grandpré
 Dr. Sabine Fischer
 Tobias Flessenkemper
 Dr. Kai-Olaf Lang
 Boris Mijatović
 Tobias Münchmeyer
 Neda Noraie-Kia
 Dr. Henriette Rytz
 Dr. Ronja Scheler
 Prof. Dr. Michaele Schreyer
 Prof. Dr. Daniela Schwarzer
 Michał Sutowski
 Viola von Cramon

Fachbeirat Globale Kooperation

Dr. Olumide Abimbola
 Dr. Muriel Asseburg
 Anna Cavazzini
 Dr. Jan-Niclas Gesenhues
 Sven Giegold
 Thilo Hoppe
 Frederike Kaltheuner
 Lotte Leicht
 Dr. Rirhandu Mageza-Barthel
 Dr. Margitta Minah
 Daniel Mittler
 Prof. Dr. Renata Motta
 Dr. Melanie Müller
 Dr. Barbara Sennholz-Weinhardt
 Prof. Dr. Anja Senz

Fachbeirat Studienwerk

PD Dr. Stefan Bösch
 Dr. Gabi Elverich
 Dr. Nadin Fromm
 Kai Gehring – MdB
 Prof. Dr. Kristina Giesel
 Dr. Eva Gümbel
 Dr. Maja Hußner, LL.M
 Dr. Claudia Maicher – MdL
 Prof. Dr. Peer Pasternack
 Krista Sager
 Prof. Dr. Thomas Saretzki
 Dr. Simone Schwanitz
 Dr. Falko Ueckerdt

Stipendiatische Vertreter*innen

Susanne Klimroth
 Ranran Ji

**Auswahlkommission
Studienwerk**

Dr. Alaa Alhamwi
 Dr. Christine Andrä
 Wolfgang Baum
 Dr. Thilo Becker
 Dr. Florian Bernstorff
 Dr. Franziska Blomberg
 Prof. Dr. Andrea Blunck
 Dr. Manuela Böhm
 Anatoli Botea
 Paula Bradish
 Prof. Dr. Holger Buck
 Prof. Dr. Stephan Bundschuh
 Dr. Sebastian Büttner
 Dr. Denis Cohen
 Prof. Dr. Simone Dietz
 Prof. Dr. Marco Dräger
 Chinh Duong
 Dr. Sophie Engelhardt
 Prof. Dr. Leonie Esters
 Dr. Matthias Falke
 Dr. Nadia Feddahi
 Prof. Dr. Anke Fesenfeld
 Prof. Dr. Juliane Filser
 Prof. Dr. Angela Francke
 Dr. Nadin Fromm
 Johannes Geibel
 Dr. Mareike Gronich
 Prof. Dr. André Grüning
 Dr. Steffen Hagemann
 Prof. Dr. Jan Christoph Heemann-
 Minx
 Marie Heidenreich
 Dr. Jens Heidingsfelder
 Dr. Gabriele Heinen-Kljajic
 Prof. Dr. Julius Heinicke
 Prof. Dr. Isabell Hensen
 Ina Hieronymus
 Dr. Manja Hußner
 Dr. Caspar Moritz Hütten
 Nastasja Ilgenstein
 Prof. Dr. Johannes Salim
 Ismaiel-Wendt
 PhD Monika Ursula Junker
 Dr. Gregor Kaiser
 Prof. Dr. Omar Kamil
 Prof. Dr. Nele Kampa
 Prof. Dr. Stefanie Kessler
 Caroline Knorr
 Thomas Korbun
 Prof. Dr. Claudia Kraft
 Dr. Franziska Krumwiede-Steiner
 Dr. Nora Krzywinski
 Dr. Stefanie Kunas
 Klaus Linsenmeier
 Dr. Alexandra Lübcke
 Prof. Dr. Sandra Maß
 Prof. Dr. Birgit Möller-Kallista
 Prof. Dr. Franziska Müller
 Prof. Dr. Christian Neuhäuser
 Dr. Ariane Neumann
 Prof. Dr. Ursula Neumann
 Dr. Sebastian Neumann-Böhme
 Ann-Kathrin Neureuther
 Dr. Benno Nietzel
 Dr. Ipek Ölcüm
 Dr. Lars Ostermeier
 Dr. Norbert Paulo
 Prof. Dr. phil. habil. Birger
 Petersen
 Dr. Eva Pfannerstill
 Annika Maria Philipps

Dr. Jana Pinosová
 Tim Rauschan
 Prof. Dr. Thomas Rixen
 Maria Ximena Rodríguez
 Medeyros
 Prof. Dr. Mieke Roscher
 Dr. Renate Ruhne
 Prof. Dr. Sabine Ruß-Sattar
 Cordula Rutz
 Dr. Konstanze Schiemann
 Prof. Dr. Christopher Schmidt
 Jörg Schreiber
 Prof. Dr. Ludger Schwarte
 Dr. Rena Schwarting
 Dr. Christine Schwarz
 Dr. Simon Sinsel
 Eva Stadler
 Steffen Stadler
 Prof. Dr. Lieselotte Steinbrügge
 Prof. Dr. Grit Straßenberger
 Prof. Dr. Sabine Toppe
 Dr. Ngoc-Han Tran
 Dr. Andreas Wagner
 Prof. Dr. Christoph Weller
 Prof. Dr. Kirsten Wiese
 Dr. Marianne Zepp

Unser Netzwerk

Das Studienwerk arbeitet mit rund 200 Vertrauensdozent*innen (VDs) aus dem In- und Ausland und 90 Auswahlkommissionsmitgliedern – darunter viele Ehemalige – zusammen, die uns ehrenamtlich bei der Auswahl künftiger Stipendiat*innen und im Rahmen der Erstberatung an Hochschulen unterstützen. Einmal pro Jahr treffen sie sich zur Jahrestagung in der Stiftung und tauschen sich über das Auswahlverfahren, über hochschul- und wissenschaftspolitische Fragestellungen und/oder zu aktuellen Schwerpunkten des Studienwerks respektive der Stiftung aus.

Aachen

Fachhochschule Aachen: Prof. Dr. Duc Hung Tran; Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen: Prof. Dr. Stefan Böschchen, Dr. Martina Roß-Nickoll

Augsburg

Universität Augsburg: Prof. Dr. Christoph Weller

Bamberg

Otto-Friedrich-Universität Bamberg: Prof. Dr. Astrid Schütz, Dr. Anne-Kathrin Holfelder

Bayreuth

Universität Bayreuth: Prof. Dr. Erdmute Alber, Prof. Dr. Stefan Peiffer, Dr. Mariam Popal

Berlin

Prof. Dr. Werner Konitzer; Dr. Angela Lammert; Dr. Jakob Schweizer; Alice Salomon Hochschule Berlin: Prof. Dr. Sabine Toppe; Freie Universität Berlin: Dr. Yvonne Albers, Dr. Achim Brunnengräber, Prof. Dr. Barbara Fritz, Dr. Michaela Haase, Prof. Dr. Cilja Harders, Prof. Dr. Bernd Ladwig, Prof. Dr. Margreth Lünenborg, Prof. Dr. Thomas Rixen; Hertie School of Governance: Prof. Dr. Jan Christoph Heemann-Minx; HMKW – Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft: Prof. Dr. Markus Ziener; Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin: Prof. Dr. Florian Koch; Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin: Prof. Dr. Hartmut Aden, Prof. Dr. Annika Dießner, Prof. Dr. Heike Wiesner; Humboldt-Universität zu Berlin: Prof. Dr. Susanne Baer, Prof. Dr. Beate Binder, Prof. Dr. Claudia Bruns, Prof. Dr. Marcelo Caruso, Dr. Jeanette Ehrmann; Technische Universität Berlin: Prof. Dr. Nina Langen, Prof. Dr. Tilman Santarius

Bielefeld

Universität Bielefeld: Dr. Mareike Gronich, Prof. Dr. Kornelia Konczal, Prof. Dr. Paul Mecheril

Bochum

Ruhr-Universität Bochum: Prof. Dr. Viktoria Däschlein-Geßner, Dr. Matthias Falke

Bonn

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn: Prof. Dr. Leonie Esters

Braunschweig

Hochschule für Bildende Künste Braunschweig: Prof. Dr. Wolfgang Jonas, Prof. Dr. Rolf Nohr; Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig: Jun.-Prof. Dr. Henriette Bertram, Prof. Dr. Jörg Grunenberg, Prof. Dr. Bettina Wahrig

Braunschweig/Wolfenbüttel

Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, Ostfalia: Prof. Dr. Ludger Kolhoff

Bremen

Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen: Prof. Dr. Kirsten Wiese; Universität Bremen: Dr. Sabine Horn, Prof. Dr. Konstanze Plett, Prof. Dr. Maike Vollstedt

Chemnitz

Technische Universität Chemnitz: Jun.-Prof. Arndt Leininger, Prof. Dr. Cecile Sandten

Detmold

Technische Hochschule Ostwestfalen-Lippe: Prof. Oliver Hall

Dortmund

Technische Universität Dortmund: Prof. Dr. Christian Neuhäuser

Dresden

Evangelische Hochschule Dresden (FH): Prof. Dr. Marlies Fröse; Technische Universität Dresden: Prof. Dr. Uta Berger, Prof. Dr. Markus Scholz

Duisburg

Hochschule für Polizei öffentliche Verwaltung: Prof. Dr. Janet Kursawe

Düsseldorf

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf: Prof. Dr. Simone Dietz; Kunstakademie Düsseldorf: Prof. Dr. Ludger Schwarte

Erfurt

Universität Erfurt: Prof. Dr. Omar Kamil, Prof. Dr. Achim Kemmerling, Prof. Dr. Jamal Malik

Erlangen

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg: Prof. Dr. Kristina Giesel

Essen

Universität Duisburg-Essen: Dr. Nadia Feddahi, Prof. Dr. Franziska Martinsen

Esslingen

Hochschule Esslingen: Prof. Dr. Christopher Schmidt

Flensburg

Europa-Universität Flensburg: Dr. Marc Buggeln, Prof. Dr. Gerd Grözinger, Prof. Dr. Christine Thon

Frankfurt (Oder)

Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) Prof. Dr. Timm Beichelt, Dr. Benno Nietzel

Frankfurt am Main

Frankfurt University of Applied Sciences: Prof. Dr. Margitta Kunert

Freiburg

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau: Dr. Sylvia Kruse, Prof. Dr. Anke Weidlich

Fulda

Hochschule Fulda – University of Applied Sciences: Prof. Dr. Susanne Dern

Gießen

Justus-Liebig-Universität Gießen: Prof. Dr. Jörn Ahrens, Prof. Dr. Regina Kreide

Göttingen

Georg-August-Universität Göttingen: Prof. Dr. Nicolai Miosge

Greifswald

Universität Greifswald: Prof. Dr. Susanne Stoll-Kleemann

Halle

Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle: Prof. Frithjof Meinel; Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Prof. Dr. Thomas Bremer, Dr. Peter Dietrich, Prof. Dr. Isabell Hensen

Hamburg

Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg: Prof. Dr. Franziska Müller; Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg: Prof. Dr. Louis Henri Seukwa; Hochschule für bildende Künste: Prof. Dr. Friedrich von Borries; Universität Hamburg: Prof. Dr. Andrea Blunck, Dr. Nina Feltz, Prof. Dr. Ursula Neumann, Dr. Sebastian Neumann-Böhme, Prof. Dr. Kai-Uwe Schnapp, Prof. Dr. Barbara Henning

Hannover

FOM Hochschule für Oekonomie & Management: Prof. Dr. Manuel Pietzonka; Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover: Prof. Dr. Christine Hatzky, Prof. Dr. Peter Nyhuis, Prof. Dr. Brigitte Reinwald; Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover: Prof. Dr. Michael Fuhr

Heidelberg

Pädagogische Hochschule Heidelberg: Prof. Dr. Marco Dräger; Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg: Prof. Dr. Christiane Schwieren

Hildesheim

Universität Hildesheim: Prof. Dr. Julius Heinicke, Prof. Dr. Johannes Salim Ismaiel-Wendt

Ilmenau

Technische Universität Ilmenau: Prof. Dr. Johann Reger

Ingolstadt

Technische Hochschule Ingolstadt: Prof. Dr. Klaus-Uwe Moll

Iserlohn

University of Applied Sciences Europe – Iserlohn, Berlin, Hamburg: Prof. Dr. Thomas Meuser

Jena

Ernst-Abbe-Hochschule Jena: Prof. Dr. Thomas Sauer; Friedrich-Schiller-Universität Jena: Prof. Stephan Lorenz

Jülich

Dr. Eva Pfannerstill, Dr. Isabel Schäfer

Kaiserslautern

Hochschule Kaiserslautern: Prof. Hendrik Speck; Rheinland-Pfälzische Technische Universität: Dr. Florian Bernstorff, Heide Gieseke, Dr. Steffen Hagemann

Karlsruhe

Pädagogische Hochschule Karlsruhe: Dr. Manuela Böhm

Kassel

Universität Kassel: Prof. Dr. Anna Elisabeth Growe, Prof. Dr. Christoph Scherrer

Kiel

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel: Dr. Sandra Brunsbach, Dr. Insa Kühling

Köln

Universität zu Köln: Prof. Dr. Boris Braun

Konstanz

Universität Konstanz: Prof. Dr. Marius Busemeyer, Dr. Oliver Trevisiol

Landshut

Hochschule Landshut: Prof. Dr. Hannah Jörg, Prof. Dr. Mehmet Mihri Özdoğan

Leipzig

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig: Prof. Dr. Gabriele Hooffacker

Ludwigsburg

Evangelische Hochschule Ludwigsburg: Prof. Bettina Heinrich

Lüneburg

Leuphana Universität Lüneburg: Prof. Dr. Dawid Govinda Friedrich, Prof. Dr. Peter Pez

Magdeburg

Hochschule Magdeburg-Stendal: Prof. Dr. Maureen Maisha Auma; Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg: Prof. Dr. Alexander Pott, Prof. Dr. Thorsten Unger, Prof. Dr. Gerald Warnecke

Mainz

Johannes Gutenberg-Universität Mainz: Prof. Peter Kiefer, Prof. Dr. Constantin Wagner, Prof. Dr. phil. habil. Birger Petersen

Marburg

Philipps-Universität Marburg: Prof. Jan Christoph Goldschmidt, Prof. Dr. Susanne Maurer, Dr. Tareq Sydiq

München

Hochschule für angewandte Wissenschaften München: Prof. Dr. Constance Engelfried; Katholische Stiftungshochschule München: Prof. Dr. Markus Babo; Ludwig-Maximilians-Universität München: Nikolai Brandes, Prof. Dr. Tobias Benedikt Hank, Dr. Norbert Paulo; Technische Universität München: Prof. Dr. Oliver Alexy

Münster

Fachhochschule Münster: Prof. Dr. Birgit Möller-Kallista; Westfälische Wilhelms-Universität Münster: Dr. Tobias Albrecht, Dr. Harry Mönig, Prof. Dr. Gabriele Wilde

Neubiberg

Universität der Bundeswehr München: Prof. Dr. Sina Farzin, Prof. Dr. Franz Kohout

Neubrandenburg

Hochschule Neubrandenburg: Prof. Dr. Claudia Steckelberg

Oldenburg

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg: Prof. Dr. Bernd Siebenhüner

Osnabrück

Universität Osnabrück: Prof. Dr. Helen Schwenken

Paderborn

Universität Paderborn: Prof. Dr. Michael Hofmann, Prof. Dr. Dorothee M. Meister

Passau

Universität Passau: Prof. Dr. Martina Aruna Padmanabhan

Potsdam

Fachhochschule Potsdam: Dr. Ellen Euler, Dr. Renate Ruhne; Universität Potsdam: Prof. Dr. Joachim Gessinger, Prof. Dr. Vera Kirchner, Prof. Dr. Gert Zöllner

Regensburg

Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg: Maïke Berndt-Zürner

Reutlingen

Hochschule Reutlingen: Anna Goeddeke, Dr. Karin Widmayer

Rostock

Universität Rostock: Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski

Saarbrücken

Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes: Prof. Dr. Holger Buck, Prof. Dr. Susan Pulham, Prof. Dr. Ulrike Zöllner; Universität des Saarlandes: Dr. Daniela Braun

Siegen

Universität Siegen: Dr. Dr. Momme von Sydow

Stralsund

Hochschule Stralsund: Prof. Dr. André Grüning

Stuttgart

Staatliche Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Stuttgart: Prof. Dr. Judith Siegmund; Universität Hohenheim: Dr. Birgit Hoinle; Universität Stuttgart Dr. Max Hoßfeld, Dr. Ralph O. Schill; Hochschule Macromedia für angewandte Wissenschaften: Prof. Karin Jobst

Trier

Hochschule Trier: Prof. Dr. Stefan Naumann, Prof. Dr. Antje Bruns, PD Dr. Rita Voltmer

Tübingen

Eberhard Karls Universität Tübingen: Prof. Dr. Gabriele Abels, Dr. Marco Krüger, Prof. Dr. Martin Seeleib-Kaiser, Dr. Mandy Tröger

Vechta

Universität Vechta: Prof. Dr. Gabriele Dürbeck, Prof. Dr. Marco Rieckmann

Wilhelmshaven

Jade Hochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth: Prof. Dr. Beate Illg

Witten

Private Universität Witten/Herdecke: Prof. Dr. Martin Schnell

Wuppertal

Bergische Universität Wuppertal: Prof. Dr. Rita Casale, Prof. Dr. Hans J. Lietzmann, Prof. Dr. Gertrud Oelerich; Kirchliche Hochschule Wuppertal/Bethel: Prof. Dr. Michaela Geiger

Würzburg

Julius-Maximilians-Universität Würzburg: Dr. Ulrike Zeigermann

Ausland**Amsterdam**

Vrije Universiteit Amsterdam: Prof. Dr. Menusch Khadjavi

Beirut

Lebanese University: Prof. Dr. Markus Schmitz

Groningen

University of Groningen: Dr. Christine André

Linz

Johannes Kepler Universität Linz: Dr. Waltraud Ernst

Oxford

University of Oxford: Dr. Wolfgang Zumdick

Pernambuco

Universidade Federal de Pernambuco: Dr. Peter Schröder

Tel Aviv

Dr. Dani Kranz

Tokyo

University of Tokyo: Dr. Caspar Moritz Hütten

Utrecht

Universiteit Utrecht: Dr. Christoph Baumgartner

Wien

Central European University: Dr. Inga Winkler; Universität für angewandte Kunst Wien: Dr. Annette Krauss

Yale

Yale School of Forestry and Environmental Science: Dirk Bergemann

Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8
10117 Berlin
T 030-285 34-0
info@boell.de
www.boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis
Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
T 030-285 34-260
archiv@boell.de

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich Böll Stiftung
Baden-Württemberg e. V.
Kernerstraße 43
70182 Stuttgart
T 0711-26 33 94 10
info@boell-bw.de
www.boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung
Bayerisches Bildungswerk für
Demokratie und Ökologie in der
Heinrich-Böll-Stiftung e. V.
Hochbrückenstraße 10
80331 München
T 089-24 22 67 30
info@petra-kelly-stiftung.de
www.petrakellystiftung.de

Bildungswerk Berlin der
Heinrich-Böll-Stiftung e. V.
Olivaer Platz 16, 10707 Berlin
T 030-308 779 480
info@bildungswerk-boell.de
www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Brandenburg für Ökologie,
Demokratie und Soziales e. V.
Jägerstraße 2
14467 Potsdam
T 0331-870 00 801
info@boell-brandenburg.de

Bildungswerk Umwelt und Kultur
in der Heinrich Böll Stiftung
Carl-Ronning-Straße 9
28195 Bremen
T 0421-35 23 68
kontakt@boell-bremen.de
www.boell-bremen.de

Politisches Bildungswerk
Heinrich-Böll-Stiftung
Hamburg e. V.
Kurze Straße 1
20355 Hamburg
T 040-389 52 70
info@boell-hamburg.de
www.boell-hamburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Hessen e. V.
Niddastraße 64
60329 Frankfurt am Main
T 069-23 10 90
info@boell-hessen.de
www.boell-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Mecklenburg-Vorpommern e. V.
Friedrichstraße 23
18057 Rostock
T 0381-492 21 84
post@boell-mv.de
www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt
Heinrich-Böll-Stiftung
Niedersachsen
Warmbüchenstraße 17
30159 Hannover
T 0511-301 85 70
info@slu-boell.de
www.slu-boell.de

Bildungswerk der Heinrich-Böll-
Stiftung Nordrhein-Westfalen e. V.
Graf-Adolf-Straße 100
40210 Düsseldorf
T 0211-93 65 08 0
info@boell-nrw.de
www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Rheinland-Pfalz
Walpodenstraße 10
55116 Mainz
T 06131-90 52 60
mainz@boell-rlp.de
www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar e. V.
Talstraße 56
66119 Saarbrücken
T 0681-58 35 60
mail@boell-saar.de
www.boell-saar.de

Weiterdenken – Heinrich-
Böll-Stiftung Sachsen e. V.
Kraftwerk Mitte 32 / Trafohalle
01067 Dresden
T 0351-85 075 100
info@weiterdenken.de
www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Sachsen-Anhalt e. V.
Hansering 20 (Eingang D)
06108 Halle (Saale)
T 0345-202 39 27
info@boell-sachsen-anhalt.de
www.boell-sachsen-anhalt.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Schleswig-Holstein e. V.
Weimarer Straße 6
24106 Kiel
T 0431-906 61 30
info@boell-sh.de
www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Thüringen e. V.
Trommsdorffstraße 5
99084 Erfurt
T 0361-555 32 57
info@boell-thueringen.de
www.boell-thueringen.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung

Europa und Nordamerika
Büro Brüssel – Europäische Union
info@eu.boell.org
www.eu.boell.org

Büro Paris – Frankreich
Heinrich-Böll-Stiftung
info@fr.boell.org
www.fr.boell.org

Büro Prag – Tschechische
Republik, Slowakei, Ungarn
info@cz.boell.org
www.cz.boell.org

Büro Warschau – Polen
pl-info@pl.boell.org
www.pl.boell.org

Büro Kyjiw – Ukraine
Heinrich-Böll-Stiftung
ua.ua-info@ua.boell.org
www.ua.boell.org

Büro Tbilissi – Region
Südkaucasus, info@ge.boell.org
www.ge.boell.org

Büro Belgrad – Serbien,
Montenegro, Kosovo
info@rs.boell.org
www.rs.boell.org

Büro Sarajevo – Bosnien und
Herzegowina, Nord-Mazedonien
info@ba.boell.org
www.ba.boell.org

Büro Tirana – Albanien
info@al.boell.org
al.boell.org

Büro Thessaloniki – Griechenland
info@gr.boell.org
www.gr.boell.org

Büro Istanbul – Türkei
info@tr.boell.org
www.tr.boell.org

Büro Washington, DC – USA,
Kanada, Globaler Dialog
info@us.boell.org
www.us.boell.org

Büro Wien
info@at.boell.org

Asien
Büro Peking – China
info@cn.boell.org
www.cn.boell.org

Büro Hongkong – Asien,
Globaler Dialog
info@hk.boell.org
www.hk.boell.org

Büro Neu-Delhi – Indien
in-info@in.boell.org
www.in.boell.org

Büro Bangkok – Südostasien
info@th.boell.org
www.th.boell.org

Büro Phnom Penh – Kambodscha
info@kh.boell.org
www.kh.boell.org

Afrika
Büro Abuja – Nigeria
info@ng.boell.org
www.ng.boell.org

Büro Nairobi – Kenia, Uganda,
Tansania, ke-info@ke.boell.org
www.ke.boell.org

Büro Horn von Afrika – Äthiopien,
Sudan, Somalia /Somaliland
hoa.boell.org

Büro Dakar – Senegal
info@sn.boell.org
www.sn.boell.org

Büro Kapstadt – Südafrika,
Namibia, Simbabwe
info@za.boell.org
www.za.boell.org

Nahost und Nordafrika
Büro Tel Aviv
info@il.boell.org
www.il.boell.org

Büro Palästina und Jordanien
info@ps.boell.org
www.ps.boell.org

Büro Beirut – Mittlerer Osten
info@lb.boell.org
www.lb.boell.org

Büro Tunesien – Tunis
info@tn.boell.org
www.tn.boell.org

Büro Rabat – Marokko
ma-info@ma.boell.org
www.ma.boell.org

Lateinamerika
Büro Mexiko-Stadt – Mexiko,
Karibik, mx-info@mx.boell.org
www.mx.boell.org

Büro San Salvador – El Salvador,
Costa Rica, Guatemala,
Honduras, Nicaragua
sv-info@sv.boell.org
www.centroamerica.boell.org

Büro Rio de Janeiro – Brasilien
info@br.boell.org
www.br.boell.org

Büro Bogota – Kolumbien
co-info@co.boell.org
www.co.boell.org

Büro Santiago de Chile – Chile,
Peru, Bolivien
info@cl.boell.org
www.cl.boell.org

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von Immigranten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, teamorientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

Wir sind eine grüne Ideenagentur

- ▶ Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- ▶ Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- ▶ Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- ▶ Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- ▶ Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- ▶ Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- ▶ Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

- ▶ Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- ▶ Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.
- ▶ Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.
- ▶ Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- ▶ Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- ▶ Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation. Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- ▶ Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- ▶ Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- ▶ Wir vermitteln Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteurinnen und Akteure.

Die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin ist eine politische Stiftung, die der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahesteht. Sie versteht sich als Denkfabrik für grüne Ideen, als Zukunftswerkstatt und als internationales Netzwerk mit Partnern in rund 60 Ländern sowie mit Landesstiftungen in allen Bundesländern. Vorbild ist Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik. Ihre zentrale Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland. Ziel ist es, Demokratie, gesellschaftliches Engagement und Völkerverständnis zu fördern – getragen von den Werten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. 2024 vergab das Studienwerk 298 neue Stipendien.

Die Stiftung unterhält Auslandsbüros in Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika, dem Nahen Osten und den USA und erhielt im Jahr 2024 rund 98 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln.

Im Jahr 2024 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 298 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. ● Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u. a. den Vorstand. ● Den hauptamtlichen Vorstand bilden Dr. Imme Scholz und Jan Philipp Albrecht. Die Geschäftsführung hat Steffen Heizmann inne. ● Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrant*innen vor.

● Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Belgien, Frankreich, Österreich, Polen, Tschechien, der Türkei, Griechenland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Albanien, Israel, Libanon, dem arabischen Nahen Osten, Tunesien, Marokko, Kenia, Nigeria, Senegal, Südafrika, Thailand, Kambodscha, Indien, China, Südkorea, Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Chile, Mexiko und den USA. ● Im Jahr 2024 standen der Stiftung circa 98 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.